

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 51/52
vom 20. Dez. '85
19. Jahrgang
Preis 1,- DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

Weihnachtsausgabe —
Doppelnummer — 20 Seiten

Thesen von
ZK-Abteilungen
zum
6. Parteitag
der KPD
(Seiten 17 - 19)

FLUG- UNTAUGLICH?

Die Lufthansa hatte kürzlich erklärt, sie würde jetzt auch Pilotinnen ausbilden. 300 Frauen hatten sich beworben — beim Eignungstest der Lufthansa kam nicht eine durch! Die Ankündigung entpuppte sich als Windei — Schuld waren natürlich die Frauen selbst. Schon vor dem Test hatte einer der Prüfer den Drang der Frauen ins Cockpit, in diese Männerdomäne, kritisiert: „Diese überemanzipierten Frauen fallen bei uns gleich raus — die mögen wir hier nicht.“ Und der Sprecher der Lufthansa, Helmut Kaulich, stellte klar, daß Emanzipation die Frauen immer dazu verführe, besser sein zu wollen, als ihre männlichen Kollegen — was noch lange nicht zu besseren Pilot(inn)en führe. Originalton Kaulich: „Und Konkurrenzdenken im Cockpit können wir uns überhaupt nicht erlauben.“

Gefragt, was den Frauen denn nun fehle, um im Cockpit arbeiten zu können, erklärte der Lufthansa-Sprecher: „Logisches Denken, emotionsfreies Handeln, Kombinationsgabe und Sinn für mathematische und physikalische Probleme sind gefragt.“ Dazu hatte er auch gleich ein, wie er sagte, „einleuchtendes“ Beispiel parat: „Es fällt doch jedem auf, daß Frauen sich schon bei Autopannen viel weniger zu helfen wissen als Männer!“

Als „frauenfeindlich“ meinte die Lufthansa, wäre ihre Haltung wirklich nicht zu bezeichnen. Sie würden ja immerhin auch folgendes sehen: „Es gibt ja auch Berufe, für die Frauen besser geschaffen sind als Männer. Denken Sie doch nur mal ans Ballett. Da gibt's doch viel mehr Tänzerinnen als Tänzer. Wieder Originalton Kaulich.“

Genauso ist es — darum werden bei der Lufthansa weiterhin auch Frauen beschäftigt bleiben: als — verpflichtet — immer nette und adrette Stewardess, die Essen austellt, sich um Kinder kümmert und dem kotzenden Fluggast die Tüte reicht. Und nicht zuletzt als Putzfrau — denn wer, glaubt man(n), macht zwischen den Flügen die Maschinen sauber?

§ 116: Auf die CDA trauen wir nicht

1986: Vom Protest zum Widerstand

Chaos im Kölner Berufsverkehr: am 18. Dezember legten die Beschäftigten im Kölner Nahverkehr in aller Frühe die Arbeit nieder, um gegen die geplante Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz zu demonstrieren. Eine Aktion mehr, die beweist, daß Millionen Gewerkschafter bereit sind, für die Verteidigung des Streikrechts zu kämpfen.



Kiel: HDW-Kollegen im Proteststreik

Bundesversammlung der Grünen

Absage an „Monopol“?

Sprach man in den wenigen Tagen nach dieser Bundesversammlung mit Mitgliedern der Grünen Partei, so war ihr — ohne Anspruch auf Repräsentativität — Standpunkt fast durchweg der, daß diese Bundesversammlung einen Rekord an Vertagungen aufstellte. Dabei waren nicht nur die ausdrücklich vertagten Fragen gemeint, sondern auch einige Auseinandersetzungen, die sich andeuteten.

Sicherlich sind Beschlüsse wie der für Volksentscheid wichtig und von unserem Standpunkt aus ausgesprochen zu begrüßen. Wichtiger für die politische Debatte jedenfalls als die Spekulationen um Kräfteverhältnisse und wie oder warum sie bei den Vorstandswahlen nicht zum Tragen kamen.

Daß in dieser Debatte Bundestagsabgeordnete der Grünen sich ausdrücklich gegen den Volksentscheid ausgesprochen haben, mit Argumenten wie sie klassisch von bürgerlichen Parlamentspar-

teien vertreten werden, erscheint nicht erschreckend, sondern als Maßstab dafür wie weit der Parlamentarisierungsprozeß der Grünen bereits fortgeschritten ist. Es ist eben nicht nur „Otto Realismo“ Schily, wie ihn das „Handelsblatt“ nennt, der sich so vehement für das Gewaltmonopol des Staates einsetzt, sondern, wenn Abgeordnete wie Müller gegen Volksentscheid auftreten, ist dies die dazu passende Ergänzung — das Politikmonopol der Parteien.

Immerhin: Der Volksent-

scheid fand eine deutliche Mehrheit und dies ist zu begrüßen. Ansonsten war an inhaltlichen Debatten wenig da, ein medienpolitisches Programm wurde ohne Debatte beschlossen, die Gentechnologie andiskutiert, aber im Vordergrund stand eindeutig die Debatte um Beteiligung an den Wackersdorf-Aktionen.

Ohne Zweifel dürfte die so deutlich offengelegte Position von prominenten Parteimitgliedern wie Schily und Müller zum Ergebnis der Vorstandswahlen einiges beigetragen haben, sahen doch viele Delegierte in dieser Lage in der Bestätigung des alten Vorstands (also Ditzfurth, Beckmann und Trampert, um die es ging) eine Absage an staatliches Gewaltmonopol und Parteienprivileg.

Grüne verlangen Rücktritt

Geheime Spranger-Polizei

Die Rechtsaußen Spranger (CSU), Staatssekretär im Innenministerium und Todenhöfer (CDU) „Abrüstungspolitiker“ (?) Sprecher seiner Fraktion haben beim Verfassungsschutz die Bespitzelung von Bundestagsabgeordneten der Grünen veranlaßt. In vier konkreten Fällen wurde Spranger entsprechend aktiv, einmal wurde sein Material der „Bild“-Zeitung zugespielt.

Dreimal ging es dabei um Verbindungen Grüner Abgeordneter zu „linksextremen“ bzw. „terroristischen“ Kreisen, einmal sollte für Spranger nachgeforscht werden, ob die Fakten über Flicks Politikerkäufe denn wohl vom KGB stammen würden...

Daß die bundesdeutschen Geheimdienste nicht nur direkt im Auftrag der Industrie tätig werden (nahezu zur selben Zeit gestand Zimmermann ein, daß die Industrie — doch wohl Mannesmann — 350 000 DM wieder mal für einen Mauss-Einsatz zur Suche nach den „verschwundenen“ Dioxin-Fä-

sern ausgegeben habe) sondern auch im Auftrag der Reaktionäre alles und jeden bespitzeln, einschließlich anderer Bundestagsabgeordneter ist dadurch erwiesene Tatsache. Zimmermanns Mannen traten daraufhin wieder einmal die Flucht nach vorn an, gaben alles zu und versuchten, dies als rechtmäßig (was bewußt gelogen ist) bzw. als normal (was wohl eher sein kann) darzustellen.

Die Forderung der Grünen, Spranger müsse zurücktreten, ist mehr als berechtigt, allein sie wird kaum reichen. (Siehe dazu auch Kommentar auf Seite 6).

Zum 1. Juli 86

Keine Wende bei der Rente

3,1 Prozent Rentenerhöhung zum 1. Juli nächsten Jahres ließ Norbert Blüm über die Medien der Bevölkerung mitteilen. Schönfärberei — wie gehabt.

Abzuziehen von diesem Prozentsatz ist die erneute Steigerung des Rentnerbeitrags zu den Krankenkassen von 0,7 Prozent was, wie es auch in breiten Teilen der Presse nachzulesen war, die Erhöhung bereits auf 2,3 Prozent verringert. Bestenfalls wäre also, in Aufrechnung der realen Einkommensverluste der Rentner im Jahre 1985 für die Jahre 85 und 86 ein Niveau von plus minus null zu erwarten — nach fünf Jahren Verlust von 80 bis 84. Aber so einfach ist die Rechnung nicht, da die Preissteigerungsrate für Rentnerhaushalte höher liegt als der Durchschnitt, da sie weniger derjenigen Güter kaufen, die billiger oder kaum teurer geworden sind, während der Alltagsbedarf überdurchschnittlich angestiegen ist — es wird also wohl auch im siebten Jahr in Folge Einkommensverlust geben.

Die großspurigen Töne Blüms, unter seiner Amtszeit werde das Niveau der Renten in Bezug auf die Nettoeinkommen der Werktätigen niemals unter 65 Prozent absinken (was bereits ein deutliches Absinken im Vergleich

zu 1980 bedeutete) sind damit bereits, wie so oft, wieder Makulatur.

Diese Quote, so berechnete es der Sozialbeirat seines Ministeriums selbst, werde 86 auf 63,5 Prozent absinken und damit auf das niedrigste Niveau seit anderthalb Jahrzehnten.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen euch ein gutes, erfolgreiches Jahr 1986. Einige der wichtigsten Auseinandersetzungen, die da auf uns alle zukommen werden, lassen sich ja bereits voraussehen. Auch und gerade deswegen wünschen wir euch allen erholsame Feiertage und einen guten Rutsch. Der Rote Morgen 1/86 erscheint am 10. Januar.

Schwarz-rot-gold?

Daß der Hauptvorstand der IG Metall demnächst eine Schallplatte mit der Nationalhymne besingen wird, ist vorderhand noch ein böses Gerücht. Völlig abwegig erscheint es allerdings nicht.

So massenhaft sind die Farben der Republik auf Fahnen und Plakaten, Stickern und Aufklebern auf den Straßen und Plätzen (Werksgelände inklusive) in diesem unserem Lande schon lange nicht mehr hochgehalten worden, wie ausgerechnet von der IG Metall in den vergangenen Wochen.

Schwarz-rot-goldig gegen die „Systemveränderer“ — für die marxistische Gewerkschaftslinken eine reichlich herbe Zumutung. Tröstlich immerhin, daß der deutschnationale Konservatismus weitaus größere Probleme damit hat, wenn aufgebrauchte Arbeiter mit schwarz-rot-goldenen Fahnen gegen seine Regierung demonstrieren.

Zur Begründung eigener Klassenkampfaktionen halten es die Gewerkschaften hierzulande offensichtlich für unverzichtbar darauf zu verweisen, daß man nur auf den „Klassenkampf von oben“ reagiert. In der Begründung für den eigenen Kampf wird das Bekenntnis zum „sozialen Frieden“ mitgeliefert. Das ist keineswegs nur eine taktische Argumentationsschiene für die Öffentlichkeit. Es entspricht der in den meisten Gewerkschaftsvorständen vorherrschenden parteioffiziellen sozialdemokratischen Vorstellung, daß der Widerstand gegen die Konfrontationsstrategie von Kapital und Reaktion zum Ziel hat, die Gegenseite wieder auf den sozialpartnerschaftlichen Teppich zurückzuholen.

Was für die ökonomischen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit gilt, gilt erst recht, in der Stellung der Gewerkschaften zum Staat. Der Widerstand gegen staatliche Maßnahmen braucht zu seiner Legitimation den Nachweis, daß der Staat seine „Pflichten“ verletzt hat. In der Begründung für den Widerstand gegen staatliche Angriffe, wird ausgegangen von einem demonstrativen Bekenntnis zum gerechten, also neutralen Staat.

Das ist offensichtlich die überwiegende Bewußtseinslage in den oberen Funktionärssetagen der IG Metall und des DGB. Aber es entspricht auch einem mehrheitlichen Bewußtsein der Arbeiterklasse.

Das tiefe Eindringen sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen in die Arbeiterbewegung war stets gepaart mit einer großen Identifikation mit dem politischen System, also vor allem mit dem Staat.

Die verstärkt krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in den letzten 10 Jahren hat auch die Sozialpartnerschaftskonzeption in die Krise gebracht. Die offene Parteinahme der Wenderegierung für die Unternehmer in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche 1984 und jetzt der Angriff auf das Streikrecht und die Gewerkschaftsfreiheit über § 116 AFG lassen zum ersten Mal in Ansätzen erkennen, daß sich eine politische Legitimationskrise des Staates in der Arbeiterbewegung entwickeln könnte.

Hier liegt das eigentliche Problem: die Debatte um die Frage des politischen Streiks gegen eine Maßnahme dieser Regierung, gar gegen eine wahrscheinliche Mehrheitsentscheidung des Bundestags berührt die Stellung der Gewerkschaften zum Staat sehr grundsätzlich. Die Gewerkschaften sind dieser Frage bisher immer ausgewichen: etwa in der Frage der Wiederbewaffnung oder bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze.

Der Ärger über die geschmackvolle farbliche Gestaltung der aktuellen gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit sollte uns den Blick für diese tiefsitzende Problematik nicht verstellen. Unser Eintreten für weitere Kampfaktionen bis hin zum politischen Massenstreik zur Verteidigung des Streikrechts darf sich nicht leichtfertig über tatsächliche Legitimationsprobleme hinwegsetzen. Das heißt vor allem, daß der Betonung des Widerstandscharakters unter Berufung auf das Grundgesetz sehr wohl eine große Bedeutung zukommt. „Legal-illegal-scheißegal“ — so ist die Bewußtseinslage nicht.

Rote Fahnen sieht man trotzdem besser.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A) FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

Schnell noch ein Steuergeschenk

Zehntausende gegen Wackersdorf

Zu den Protestaktionen gegen die WAA in Wackersdorf kamen — das Zählen fällt immer schwer — zwischen 30000 und 40000 Menschen. Mehr als erwartet, ohne Zweifel. Die Begleitumstände waren die heute fast schon üblichen: Der Aufmarsch von 1500 Polizisten ebenso wie die weiträumige Kontrolle der Autostraßen durch die Polizei.



In den ganzen Tagen vorher hatte es bereits immer wieder Auseinandersetzungen mit der Polizei gegeben. Die bayerische Landesregierung machte mit diesem Vorgehen klar — sofern das noch nötig

lichkeiten regionaler Institutionen in der Oberpfalz abzusuchen. Dafür machte Strauß bei den Steueränderungen letzter Woche im Bundestag noch mal gewaltig Druck, damit die Fristen so gesetzt wurden, daß die WAA-Betreiber noch in den Genuß der größeren Summe an Regionalförderung kommen. Nach Berechnungen der Grünen im Bundestag bedeutet dieser erfolgreiche Straußsche Einsatz ein noch einmaliges Geschenk von 250 Millionen Mark aus der Steuerkasse an die Betreiber.

„Die Polizei hielt sich zurück“ — dieser Tenor der Berichterstattung in der bürgerlichen Presse und im Fernsehen sieht großzügig darüber hinweg, was in diesen gesamten Tagen passiert ist und berichtet nur über die Zeiten, in denen Medienvertreter anwesend waren. Die zahlreichen Festnahmen bereits vor dem Wochenende jedenfalls sprechen eine andere Sprache als solche Berichte. Zwar wurde auf die Besetzung des Geländes nicht mit unmittelbaren Überfällen reagiert, aber dies bleibt, nicht nur nach aller Erfahrung, sondern auch nach allen Bekundungen, lediglich eine Frage der Zeit.

Allein schon die gleichzeitig neu verschenkte Millionensumme zeigt, daß alle diejenigen, die gemeint hatten, es gäbe ein sinkendes Interesse der Konzerne an der Atomwirtschaft, auf dem Irrweg waren — und eben dieses Interesse wird durchgesetzt.

Vor der Kabinettsentscheidung Für SDI: Die Großkonzerne

Eindeutig haben sich in den letzten Tagen vor der Entscheidung der Bundesregierung über eine offizielle politische Beteiligung der BRD am SDI-Projekt nochmals die Fronten zwischen Ablehnung und Befürwortung gezeigt.

Deutlichster Anhaltspunkt war die 12stündige Anhörung des Bundestages zu diesem Thema. Außer den Vertretern der Konzerne mochte kein einziger der Teilnehmer eine Beteiligung direkt bejahen, vor allem zahlreiche Naturwissenschaftler lehnten das Projekt, mit unterschiedlichen Begründungen, rundweg ab.

Zur selben Zeit, während die CDU nach wie vor mit allen Kräften für eine politisch abgesicherte Beteiligung povert, hat die FDP klargestellt, daß sie zwar eher gegen ein politisches Rahmenabkommen ist, aber sehr für eine Beteiligung bundesdeutscher Konzerne.

Der Sprecher des Zentralverbandes der deutschen Elektroindustrie, Scheid, unterstrich zur selben Zeit, daß eine Beteiligung westdeutscher Elektrokonzerne an SDI-Projekten selbstverständlich keine positiven Auswirkungen auf die Zahl von Arbeitsplätzen hätte (was ja — wieder mal — als ein verlogenes Hilfsargument herhalten mußte) aber langfristig eben die Wettbewerbsfähigkeit bundesdeutscher Kapitalisten sichere.

So unterschiedlich diese verschiedenen Stellungnahmen im Detail auch sein mögen, ihnen allen ist eines ge-

meinsam: Der Versuch, die Bedeutung, auch und gerade die finanzielle Bedeutung, einer solchen Beteiligung, herunterzuspielen. Dabei wird von allen Seiten so getan als gäbe es nicht die Grundaussage Reagans, der eine Beteiligung anderer vor allem deshalb will, weil die USA alleine nicht in der Lage seien, alle die anfallenden Kosten (sprich Gelder für die Rüstungskonzerne) zu tragen. Daß es also sehr wohl um Kosten (und sicher nicht in geringer Größenordnung) auch für die Bundeskasse gehen wird.

Und: So unterschiedlich Nuancen bei den Stellungnahmen sein mögen, es wird auch deutlich, daß es den westdeutschen Konzernen darum geht, einen Teil dieses Riesenkuchens abzubekommen. Selbst wenn es nur die Brosamen vom Tisch der US-Konzerne sein mögen: Die Größenordnung für die BRD-Konzerne ist immer noch mehr als verlockend — so groß jedenfalls, daß es ihnen egal ist, was sonst dabei nebenbei ein Bundestags-Hearing zur Farce degradiert wird, das kümmert schon gar nicht. Am wenigsten diejenigen, die immer so tun, als sei dieses Parlament eine einmalige demokratische Institution.

war — daß sie auch weiterhin zu allem bereit ist, um im Interesse der Energiekonzerne die WAA durchzusetzen. Dafür hatten Strauß und Co. im Verlauf der Auseinandersetzungen schon in ausgesprochen dubioser Weise Gesetzesänderungen vorgenommen, um die Einspruchsmög-

Mustervorgang im Musterlände Rückwirkendes Verbot zugunsten des Privatfunks

Als achties Bundesland hat Baden-Württemberg durch Beschluß des Stuttgarter Landtages seit letzter Woche ein Landesmediengesetz. Die Besonderheit dieses Gesetzes ist die eindeutige Verfahrensweise zugunsten der Schlange stehenden privaten Betreiber.

Die konkrete Auseinandersetzung ging um Lokalsender. Hier gibt es zahlreiche Anwärter — wie anderswo vor allem aus der Verlagsbranche — denen die Pläne des Süddeutschen Rundfunks (SDR) und des Südwestfunks (SWF) zur weiteren Regionalisierung ihrer Programme entgegenstehen.

Das CDU-Mediengesetz in Baden-Württemberg weist nun gerade hier seine Besonderheiten auf. Zum einen werden per Gesetz mehrere konkrete Projekte beider ARD-Anstalten nachträglich abgeblockt. Zum anderen werden entsprechende Lokallizenzen zuhauf freigegeben.

Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Weg des Aufbaus privater Funk- und Fernsehprogramme. Nachdem in den beiden letzten Jahren sehr deutlich wurde,

daß die ganze Sache nicht so einfach läuft wie es potentiell Betreiber und ihre politischen Beauftragten sich ausgedacht hatten, werden nun „Nägel mit Köpfen“ gemacht, wird per Gesetz auf die weitere Privatisierung gedrückt anstatt ihr „nur“ Spielraum zu verschaffen.

Ob solch ein Gesetz verfassungsgemäß ist oder nicht — warum soll sich die CDU in Stuttgart über etwas stören, was ihr auch in Bonn und anderswo total egal ist? Die Schroffheit dieses nachträglichen Verbots und seine Fragwürdigkeit ließen selbst Lothar Späth ins Wanken kommen, aber dieses Mal folgte ihm seine Fraktion nicht (wobei ja gerade in Stuttgart die Frage auftauchen kann, wieviel CDU-Abgeordnete wohl da mit Nebenjobs bei privaten Funkgesellschaften ausgehalten werden).

Grüner Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz

Hier und heute unsere Rechte einklagen!

Vor kurzem haben grüne Frauen einen vorläufigen Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz vorgelegt. Der vorliegende Entwurf ist ein Gemeinschaftsprodukt des Arbeitskreises Frauen der Bundestagsfraktion und der Bundes-AG Frauen der Grünen. Anfang 1986 ist zu diesem Entwurf ein Hearing in größerem Rahmen geplant. Anschließend soll eine überarbeitete Fassung des Entwurfs in den Bundestag eingebracht werden.

Der Gesetzentwurf der Grünen für ein Antidiskriminierungsgesetz (ADG) ist der bisher umfassendste und gründlichste Vorschlag zur Abschaffung frauenfeindlicher Bestimmungen in Gesetzen und Verwaltungsvorschriften und zur gesetzlichen Verankerung positiver Bestimmungen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Frauen. Er umfaßt eine Generalklausel, ein Quotierungsgesetz, ein Frauenbeauftragtengesetz, ein Gesetz zur Frauenförderung an Hochschulen und zahlreiche Änderungen bzw. Streichungen von bestehenden Gesetzen.

Generalklauseln sind in der Diskussion um ein wirksames Antidiskriminierungsgesetz umstritten, weil sie allzu leicht zu allgemeinen, folgenlosen Proklamationen geraten. Die Generalklausel, die die Grünen vorschlagen (s. unten auf dieser Seite), vermeidet das dadurch, daß sie konkret benennt, was zur Aufhebung der Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Frauen zu tun ist. Eine solche Generalklausel macht als „Programmsatz“, wie die grünen Frauen sie auch selbst verstehen, durchaus Sinn, weil ansonsten in der Vielzahl der einzelnen Gesetzesänderungen das Gesamtanliegen des An-

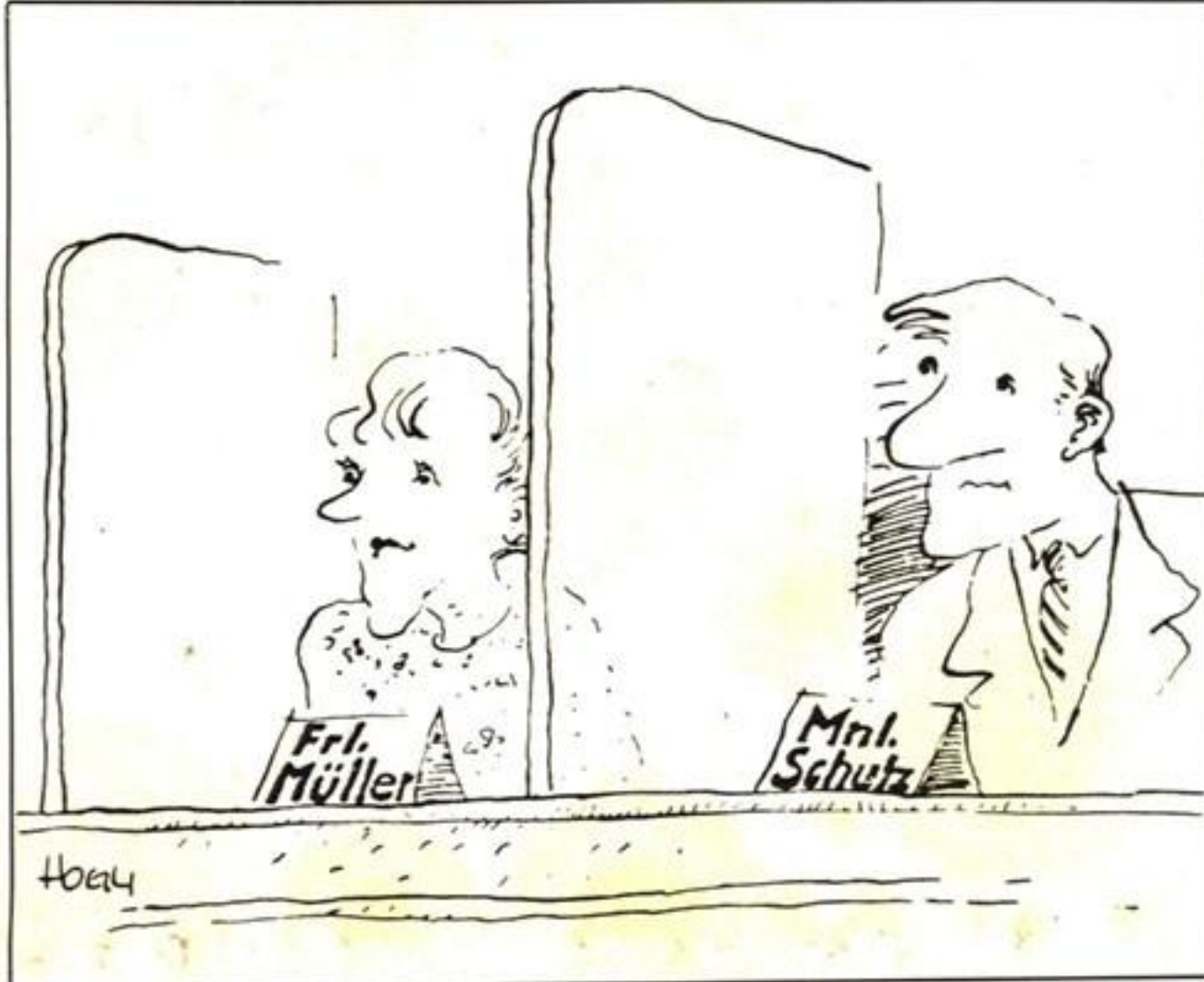
tidiskriminierungsgesetzes allzu leicht untergehen könnte.

Neben der Quotierung und der Einrichtung einer Frauenbeauftragten sieht die Generalklausel außerdem ein Klagerecht für Vereine und

richtung von sogenannten Ombudsfrauen vorgesehen.

Bei den einzelnen Gesetzesänderungen geht es einmal um die Neufassung des § 611 (EG-Anpassungsgesetz). Hier werden die wichtigsten Forderungen an ein

hen — neben der ersatzlosen Streichung der §§ 218/219 — vor allem vor, Vergewaltigung auch in der Ehe und in allen Formen unter Strafe zu stellen und sorgen dafür, daß Frauen, die in Vergewaltigungsprozessen als Zeugin-



Verbände vor, die für die Gleichberechtigung der Frauen eintreten.

Diese drei Maßnahmen — gesetzlich vorgeschriebene Quotierung, Frauenbeauftragte mit bestimmten Machtbefugnissen und die Möglichkeit, daß Frauen kollektiv ihr Recht einklagen können — würden allein schon einen erheblichen Fortschritt für die Frauen bedeuten. Um mehr Gleichberechtigung am Arbeitsplatz durchzusetzen (und nicht nur zu proklamieren), ist im Gesetzentwurf der Grünen außerdem eine Erweiterung der Mitbestimmung bei Frauenförderplänen sowie die Ein-

wirkungsvolles Gleichstellungsgesetz am Arbeitsplatz aufgegriffen. Zahlreiche Änderungen werden auch im Familienrecht vorgenommen (Aufhebung der Rechtsfigur des Verlobnisses, freie Wahl des Familiennamens usw.). Grundsätzlich wollen die Grünen hier durch eine Änderung des Grundgesetzes etwas erreichen, indem nämlich der bestehende staatliche Schutz ausschließlich für Ehe und Familie aufgehoben bzw. durch die Ausdehnung auf den Schutz aller Lebensformen erweitert wird.

Die Änderungen im Strafgesetzbuch und in der Strafprozeßordnung se-

nen auftreten, nicht mehr wie bisher zu Quasi-Angeklagten gemacht werden können.

Von den weiteren Änderungen, die der Gesetzentwurf der Grünen vorsieht, seien hier nur noch zwei erwähnt: die Abschaffung des Ehegattensplittings und die Einführung einer eigenständigen Krankenversicherung für Frauen, die bisher über ihren Mann versichert sind.

Insgesamt gesehen ist der Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz, den die grünen Frauen vorgelegt haben, sehr positiv zu werten — weshalb er, wie die Autorinnen auch selber schreiben, im Bundestag wohl kaum eine Mehrheit finden wird.

Ein langer Weg

Bekanntlich heißt es im Grundgesetz: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt werden. Heute, 36 Jahre nach der Verabschiedung dieses Grundgesetzes, beschreiben diese Sätze aber genau wie 1949 einen Zustand, den es in der Bundesrepublik nicht gibt. Männer und Frauen sind nicht gleichberechtigt. Frauen werden tagtäglich wegen ihres Geschlechts benachteiligt. Und das nicht etwa illegalerweise, als Verstoß gegen geltendes Recht, sondern im Einklang mit — vorgeblich — demokratischen Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien.

Zusammen mit dem Grundgesetz wurde 1949 beschlossen, daß rechtliche Bestimmungen, die dem Gleichberechtigungsgesetz entgegenstehen, bis zur Verabschiedung eines Gleichberechtigungsgesetzes außer Kraft gesetzt sind. Dieses Gesetz sollte bis zum 31.3.1953 — so der Auftrag des Artikels 117 GG — fertig sein. Tatsächlich wurde es aber erst 1957 erlassen. Von einem Gleichberechtigungsgesetz im wirklichen Sinne des Wortes konnte allerdings keine Rede sein, weil das Gesetz sich darauf beschränkte, krasseste Auswüchse von Frauendiskriminierung in den Bereichen Ehe und Familie zu beseitigen und ansonsten alles beim alten ließ.

Abgesehen von einigen positiven Veränderungen im Ehe- und Familienrecht Mitte der 70er Jahre tat sich erst 1980 durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Regelung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz (EG-Anpassungsgesetz) wieder etwas. Allerdings erst, nachdem der Europäische Gerichtshof der Bundesrepublik mit einer Klage gedroht hatte, weil sie die bereits 1976 beschlossene EG-Richtlinie im Unterschied zu anderen EG-Staaten immer noch nicht in geltendes Recht umgesetzt hatte. Der 1980 beschlossene § 611 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der die Benach-

teiligung von Frauen bei Einstellungen und bei Stellenausschreibungen unterbinden soll, sorgt allerdings nicht wirklich für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen. Denn erstens bleibt die Beweislast für die Benachteiligung bei Einstellungen auf Grund des Geschlechts faktisch nach wie vor bei den Frauen; zweitens handelt es sich bei den vorgeschriebenen geschlechtsneutralen Stellenausschreibungen lediglich um eine Soll-Vorschrift; drittens sind faktisch keine Sanktionen vorgesehen (es müssen nur die Bewerbungskosten ersetzt werden), weshalb der Europäische Gerichtshof die Bundesrepublik im Mai dieses Jahres erneut gerügt hat.

Als 1980 das Gesetz zur Regelung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz verabschiedet wurde, stellte die damalige sozialliberale Koalition weitere Gesetzesänderungen bzw. neue Gesetze zur Verwirklichung der Gleichberechtigung in Aussicht. Es wurde eine Sachverständigenkommission zum Thema „Kann die Situation der Frau durch ein Antidiskriminierungsgesetz verbessert werden?“ gebildet, die Anfang 1982 eine öffentliche Anhörung durchführte. Irgendwelche Konsequenzen hatte das Ganze allerdings nicht, obwohl sich nicht nur die Frauenbewegung, sondern auch andere gesellschaftliche Gruppen für ein solches Gesetz aussprachen und andere Länder — in Westeuropa: Irland, Italien, Britannien, Dänemark, Norwegen und Schweden — im Zeitraum von 1975 bis 1980 Antidiskriminierungsgesetze erließen.

Seitdem ist es um die Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz wieder sehr still geworden. Wenn der Gesetzentwurf der Grünen über ein Antidiskriminierungsgesetz bewirken würden, daß die Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre begonnene Diskussion neu belebt werden könnte, so wäre damit allein schon viel gewonnen.

Im Wortlaut

Generalklausel

Artikel 1

(1) Die Ungleichbehandlung und Diskriminierung einer Frau aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit ist unzulässig.

(2) Eine Ungleichbehandlung im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn eine Frau aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Gebärfähigkeit benachteiligt und weniger gefördert wird als ein Mann.

(3) Eine Diskriminierung liegt vor, wenn eine Frau aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Lebensform durch private oder juristische Personen oder öffentliche Träger in Öffentlichkeit, Presse, Medien, Schul- und Lehrbüchern, sowie im Geschäftsverkehr

1. in ihrer Entfaltung als Mensch auf ihren Körper oder ihre Gebärfähigkeit reduziert,
2. auf geschlechtsspezifische Rollenbilder festgelegt,

3. durch Einsatz derartiger Rollenbilder oder Zurschaufstellung ihres Körpers als Werbeträger benutzt wird.

Artikel 2

(1) Die Einflußnahme und Beteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist zu gewährleisten.

(2) Zu diesem Zweck sind Frauen zu bevorzugen.

(3) Private und juristische Personen, sowie öffentliche Träger sind verpflichtet, Fördermaßnahmen zu ergreifen, die geeignet und bestimmt sind,

1. Frauen in gleichem Maße wie Männer an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen zu beteiligen,

2. die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Gesellschaft und Familie aufzuheben,

3. unentgeltliche Arbeitsleistungen in Haus und Familie auf Männer und Frauen gleichermaßen zu verteilen.

Artikel 3

Alle Erwerbsarbeits- und Ausbildungsplätze, sowie alle Funktionen und Ämter sind mindestens zu 50 v. Hundert mit Frauen zu besetzen. Das näher regelt ein Durchführungsgesetz zu dieser Vorschrift (Quotierungsgesetz).

Artikel 4

Die deutsche Amts-, Gerichts- und Gesetzessprache ist zu bereinigen. Alle personenbezogenen Bezeichnungen sind, wenn sie nicht notwendig ausschließlich auf ein Geschlecht bezogen sind, geschlechtsneutral oder gleichzeitig weiblich und männlich zu fassen.

Artikel 5

Die Durchführung und Überwachung dieses Gesetzes obliegt der Frauenbeauftragten. Das näher regelt ein Gesetz (Frauenbeauftragtengesetz).

Artikel 6

Vereine und Verbände, die

sich als juristische Personen konstituiert haben und in ihrer Satzung die Förderung der Gleichstellung der Frau oder aber die Bekämpfung und Beseitigung von Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen zum Ziel gesetzt haben, sind berechtigt, Verstöße gegen dieses Gesetz in eigenem Namen gerichtlich geltend zu machen, soweit eine einzelne Frau verletzt ist, jedoch nicht gegen deren Willen.

Artikel 7

Alle den Artikeln 1 — 4 widersprechenden Gesetze und Rechtsnormen sind vom Gesetzgeber nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft bezüglich der Gleichbehandlung der Geschlechter zu ändern. Das diesem Gesetz entgegenstehende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmungen in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1990.



(Der „Vorläufige Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes“ ist — mit ausführlichen Begründungen versehen — in einer Broschüre veröffentlicht, die außerdem noch weitere Materialien zum Thema Antidiskriminierungsgesetz enthält. Die Broschüre (DIN A 4, 100 S.) kostet 7,— DM und ist zu beziehen über: Bundes-AG Frauen der Grünen, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1.)

§ 116: Auf die CDA vertrauen wir nicht

1986: Vom Protest zum Widerstand

Fortsetzung von Seite 1

Und ihre Aktionen zeigen durchaus Wirkung. Der § 116 ist zum beherrschenden Thema der öffentlichen Auseinandersetzung geworden. Obwohl noch vor wenigen Wochen die meisten Menschen wahrscheinlich nicht einmal wußten, daß es ein Arbeitsförderungs-gesetz gibt, dürfte der § 116 inzwischen nahezu die Bekanntheit des Abtreibungsparagrafen 218 erreicht haben.

Die erste Spekulation der Unternehmer und ihrer Bonner Regierung ist damit fehlgeschlagen: die einschneidende Einschränkung des Streikrechts über die Hintertür des Arbeitsförderungs-gesetzes unbemerkt von der öffentlichen Diskussion durchzusetzen. Die massenhaften gewerkschaftlichen Protestaktionen haben klargemacht, daß es nicht um eine drittklassige Detailfrage geht, sondern um die Substanz des Streikrechts und der Gewerkschaftsfreiheit.

Der DGB-Bundesvorstand ist mit seinen Beschlüssen weit hinter der Kampfberedtheit in den Betrieben und Ortsverwaltungen zurückgeblieben. Es wäre notwendig und politisch klug gewesen, den gewerkschaftlichen Protest noch vor Weihnachten, etwa mit einer Großdemonstration in Bonn, zu einem ersten Höhepunkt zu führen, um darauf die weiterführende Mobilisie-

rung im neuen Jahr aufzubauen.

Damit hätte gegenüber der Bonner Regierung und den Unternehmerorganisationen klargestellt werden können, daß jede Spekulation darauf, daß über die Weihnachtspause Gras über die Angelegenheit wachsen

könnte, vergeblich ist. Es ist offensichtlich, daß hinter der Hast, mit der das Bundeskabinett noch vor Weihnachten seine Entscheidung fällt, genau diese Absicht steckt.

Die Protestkundgebung mit 5000 Funktionären in der Düsseldorfer Philipphalle, die erst nach Redaktions-



Bochum: Logisch und überzeugend — „Gewerkschaften ohne Streikrecht sind wie Autos ohne Räder“



Dortmund: Tausende vor dem Gebäude des Arbeitgeberverbandes

Brief aus der BMW-Zentrale

„Ihre Aktion Betriebsratswahl“

In ihrer Ausgabe vom 13. 12. veröffentlicht die „taz“ einen Brief der PR-Chefin des Münchner BMW-Konzerns, Helga Raddatz, an den Personalchef des Westberliner BMW-Werks Neulinger, aus dem unzweideutig die massive Einmischung der Konzernzentrale in die Betriebsratswahl 1984 im Westberliner Werk hervorgeht.

Bei der Betriebsratswahl im

Berliner BMW-Werk hatte eine geschäftsleitungsfreundliche „Mannschaft der Vernunft“ gesiegt. In der Auseinandersetzung um die massive Wahlbeeinflussung der Geschäftsleitung wurden drei Gewerkschafter entlassen und mittlerweile mit einer Serie von Kettenkündigungen überzogen. Alle Kündigungsschutzklagen sind bislang zugunsten der drei Kollegen

ausgegangen. Das gilt auch für die bisherigen gerichtlichen Entscheidungen über die von den Kollegen Knirsch, Köbrich und Vollmer angestrebte Wahlanfechtungsklage. Die Entscheidung über die Wahlanfechtungsklage vor dem Bundesarbeitsgericht aber steht noch aus.

Der jetzt von der „taz“ veröffentlichte, als vertraulich gekennzeichnete Brief aus der Münchner Konzernzentrale beseitigt in dieser Frage auch die letzten Zweifel. Gleich zu Beginn heißt es an die Adresse des Berliner BMW-Managers „Ihre Aktion Betriebsratswahl“. Im folgenden läßt die Münchner PR-Chefin ihrer Verärgerung über Fehler der westberliner Geschäftsleitung, durch die die Wahlmischung rührbar werden könnte, freien Lauf: „Eine so dilettantisch vorbereitete Aktion ist mir noch nicht vorgekommen.“

Die Aufzählung der Pannen, über die Frau Raddatz in helle Empörung geraten ist, bringt an den Tag, daß BMW der „Mannschaft der Vernunft“ das Programm geschrieben hat und die Wahlbroschüre erstellt hat. Die „taz“ berichtet, daß ihr für die Erstellung der Broschüre eine Kopie der Firma „Satz + Druck GmbH“ an die BMW AG über 2576,40 DM vorliegt.

schluß stattfindet, ist dafür kein Ersatz.

Die Spekulation darauf, daß die Gesetzesvorlage der Bonner Koalition im Bundestag scheitern könnte, weil Abgeordnete der CDU-Sozialausschüsse gegen eine Änderung des § 116 stimmen könnten, hat sich bislang als trügerisch erwiesen. Von dem sogenannten Arbeitnehmer-Flügel der CDU wurde im Bundestag erklärt, die Opposition könne in dieser Frage nicht auf „wechselnde Mehrheiten“ rechnen.

Um so weniger verständlich, daß Hans Mayr, Fehrenbach und andere Gewerkschaftsführer immer noch die Hoffnung äußern, daß der Anschlag auf das Streikrecht im Bundestag scheitern könnte.

Er kann dort scheitern, aber nur, wenn der gewerkschaftliche Widerstand zuvor ein solches Ausmaß angenommen hat, daß auch bürgerliche Kräfte erkennen, daß die weitgehende Vernichtung des Streikrechts zu einer schweren und keineswegs vorübergehenden politischen Krise des bürgerlichen Systems führen wird. Darauf wird es vom ersten Tag des neuen Jahres an ankommen: klare Aktionsschritte müssen beschlossen werden zum Aufbau einer gewerkschaftlichen Mobilisierungskampagne bis hin zum politischen Massenstreik.

Das scharfe Auge der WdA

In der gewerkschaftlichen Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ (WdA) wird in der Rubrik „WdA vor Ort“ ein scharfes Auge auf die Mißstände in der Republik geworfen. Höhepunkt dieser Serie ist ein Stück Enthüllungsjournalismus, das Wallraff neidisch machen könnte.

WdA-Redakteur Norbert Hüsön war ganz unten: bei den Schwarzfahrern, die allein beim Verkehrsverbund Rhein-Ruhr nach seinem Artikel „25 Millionen Miese“ im Monat „einfahren“. Norbert Hüsön hat sich getraut: Mit der Straßenbahnlinie 79 fuhr er durch Düsseldorf, dann mit der 717, weiter mit der 706, dann noch mit dem 727er Bus. Drei Stunden lang — alles ohne Fahrschein — er wollte es miterleben, das „Katz-und-Maus-Spiel mit Kontrolleuren.“ Aber schnell ist ihm die Lust an diesem Spiel vergangen: „Inzwischen macht das Katz-und-Maus-Spiel mit den Kontrolleuren keinen Spaß mehr. Es spielen zu wenige Katzen mit. Am Nord-



friedhof steige ich aus, mache Schluß.

Anruf bei der Rheinischen Bahngesellschaft AG: „Ich bin schon drei Stunden als Schwarzfahrer unterwegs, wann werde ich denn erwischt?“ Kurzes Schweigen, dann ein herzhaftes Lachen am anderen Ende der Leitung.

Der gewerkschaftlich orientierte Leser ahnt schon, worum es dem Enthüllungsjournalisten der WdA ging: um Arbeitsplätze, genau, um mehr Kontrolleure, eine ÖTV-Forderung. „Zugbegleiter, die auch die Fahrgäste kontrollieren sollen“, die sind offensichtlich notwendig, wie Norbert Hüsön mit seiner gefährlichen Reportage jenseits der Legalität (der allgemeinen Beförderungsbestimmungen) nachgewiesen hat. Und noch mehr: Sie würden mehr Spaß bringen, beim Katz-und-Maus-Spiel mit Kontrolleuren. Mehr Arbeitsplätze, mehr Spaß, wem leuchtet das eigentlich nicht ein?

T. Hansen wieder IGM-Mitglied

Törk Hansen, Betriebsratsvorsitzender der Lübecker Sinter-Metall-Werke, ist wieder Mitglied der IG Metall. Er war aus der IG Metall ausgeschlossen worden, weil sein Einsatz für und seine Mitgliedschaft in der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg als gewerkschaftsfeindlich eingestuft wurden.

Die 22. Zivilkammer des Frankfurter Landgericht stellte jetzt fest, daß sein Ausschuß aus der IG Metall im Sommer 1982 zu Unrecht erfolgte.

Die Begründung des Urteils liegt noch nicht vor. Eine

große Rolle hat für die Entscheidung des Gerichts offensichtlich gespielt, daß die Lübecker Ortsverwaltung Ende 1981 es zunächst abgelehnt hatte, Törk Hansen aus der IG Metall auszuschließen. Das war damals Resultat der bis heute anhaltenden breiten Solidarität mit Törk Hansen in Lübecker Gewerkschaftskreisen.

Erst nach einer erneuten Intervention des Frankfurter Hauptvorstandes der IG Metall konnte der Ausschuß Törk Hansens Mitte 1982 in der Lübecker Ortsverwaltung durchgesetzt werden.

Seitens der IG Metall

konnte nun offensichtlich nicht dargelegt werden, welchen Anlaß Törk Hansen nach dem ersten Beschluß der Ortsverwaltung für seinen Ausschuß durch den zweiten Beschluß gegeben hat. Im Gegenteil hatte die Lübecker Ortsverwaltung noch unmittelbar im Vorfeld des Prozesses in Frankfurt erklärt, daß keine konkreten Vorwürfe wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens gegen Törk Hansen erhoben werden. Wenn das Urteil schriftlich vorliegt, werden wir ausführlicher berichten.

Protest gegen Kürzung der Ausbildungsvergütungen



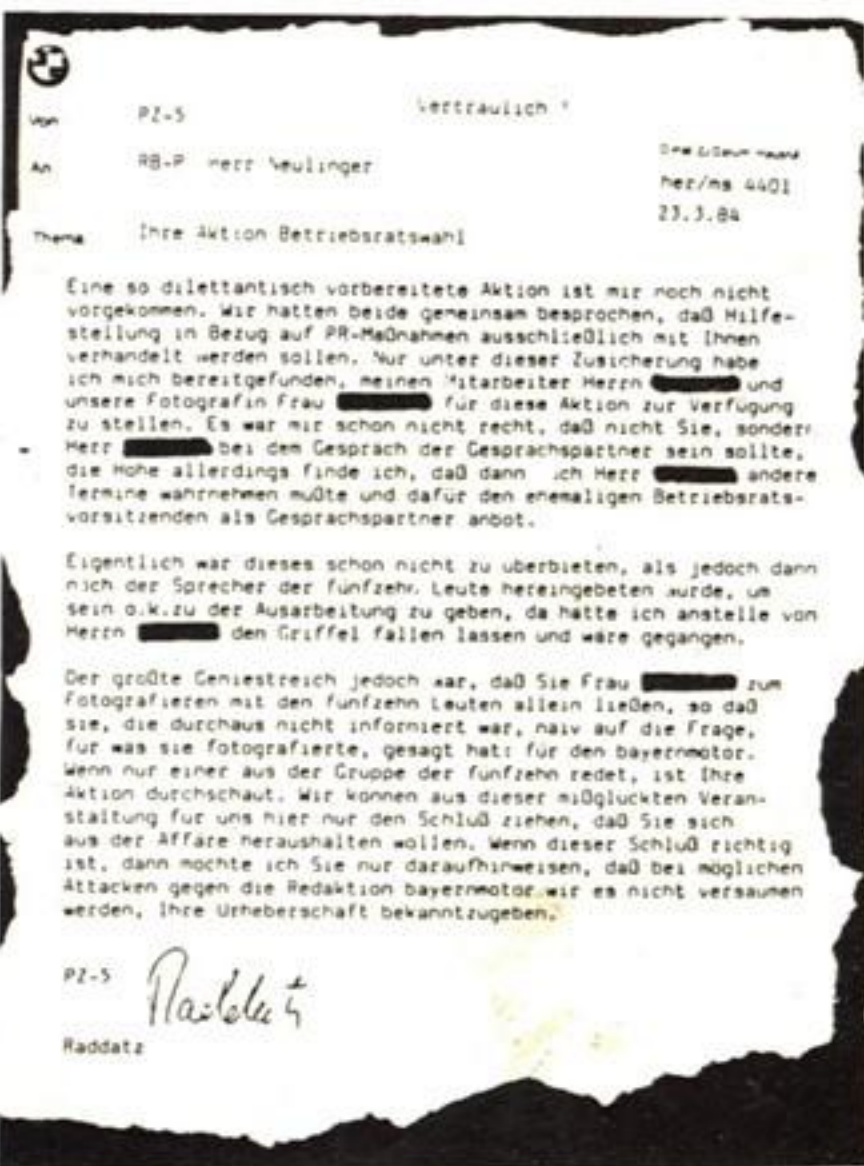
Die Demonstration am 14. 12. in Köln gegen die drastische Kürzung der Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege war ein guter Erfolg. Nach ÖTV-Angaben waren es 5000, die aus dem gesamten Bundesgebiet gekommen waren. Es war die erste bundesweite Demo im

Gesundheitswesen überhaupt. Die Stimmung war gut und die Wut darüber, daß auf der einen Seite, insbesondere bei der Pharma- und Rüstungsindustrie abgesahnt wird, andererseits Azubis unter Existenzminimum gedrückt werden sollen, kam immer wieder in Transparen-

ten und Parolen zum Ausdruck.

Das Flugblatt der KPD wurde übrigens überwiegend positiv aufgenommen, zudem keine andere Partei überhaupt ihren Standpunkt per Flugblatt darlegte.

Ein Teilnehmer aus Köln



Keine Änderung der gültigen Ladenschlußzeiten

Seit September 85 liegt die, zwischen CDU und FDP ausgehandelte, Änderung zum Ladenschlußgesetz vor. Obwohl es in der Gesetzesnovelle heißt, daß sie rasch im Bundestag eingebracht werden soll, ist es 1985 zu keiner Verabschiedung mehr gekommen. Das erstaunt angesichts der bisherigen Praxis der CDU/FDP-Koalition, Gesetzesvorlagen zügig durchzuziehen.

In der Tat tut sich die CDU schwer in der Umsetzung einer, von der FDP seit Jahren unterstützten, Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes, da sie in ihren eigenen Reihen die unterschiedlichsten Interessen in dieser Frage berücksichtigen muß. Dennoch, in den bürgerlichen Zeitungen wird keine örtliche Gelegenheit ausgelassen, um gegen den „starken Ladenschluß“ (Bange) zu Felde zu ziehen: Für die Erhaltung der Abendöffnungszeiten in der Stuttgarter Klettpassage (unterirdische Einkaufspassage in Bahnhofsnähe), für ein größeres Warenangebot — nicht nur Reiseproviant — auf Flughäfen, wie in Frankfurt, für bestimmte verkaufsoffene Sonntage in Neu-Ulm und Ulm oder für eine Verlängerung der Ladenschlußzeiten während der Hannover Messe, wie jetzt von der CDU-Fraktion gefordert. Hauptsächlich werden solche Vorstöße in großen Städten gemacht, dort, wo Lebensmittel- und Warenhauskonzerne Hauptanbieter sind.

Geplante Änderung

Nach der beschlossenen Koalitionsvereinbarung sind von der Änderung betroffen: a) Öffnungszeiten innerhalb einer unterirdischen Passage. Hier kann künftig eine Ausnahmeregelung für den Verkauf an allen Tagen von 6.00 bis 22.00 Uhr bewilligt werden, bei „Verkaufsstellen, innerhalb einer baulichen Anlage, die der Verknüpfung zwischen dem Personennah- und Fernverkehr dient, aus besonderen örtlichen Gründen...“ Das würde eine tägliche Ausdehnung der Ladenschlußzeiten, einschließlich Samstag und Sonntag!, bedeuten. b) Ausdehnung des Warenangebots auf sog. internationalen Flughäfen.

Protest von HBV und Einzelhandel

Die HBV verweist in ihrer Stellungnahme vor allem auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, weil „für viele Verkäuferinnen regelmäßig der Feierabend noch weiter in die Nachtstunden verschoben“ wird. Inzwischen gibt es eine Unterschriftensammlung der HBV gegen jegliche Versuche, die Ladenschlußzeiten zu verlängern mit den Forderungen „Hände weg vom Ladenschluß!“ und „Keine Nachtarbeit im Einzelhandel!“

Protest kommt auch von Einzelhandelsverbänden, wie

der „Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels“, deren Präsident, CDU-Bundestagsmitglied Hinrichs, der Bundesregierung vorwirft, mit der Koalitionsvereinbarung „überfallen“ worden zu sein. Die Einzelhändler fürchten vor allem Wettbewerbsvorteile zugunsten großer Unternehmen, die z.B. höhere Betriebsbereitschaft zeigen, d.h. optimaleren Einsatz des vorhandenen Personals und zusätzliche Verkaufsflächen schaffen können. Da die besseren Konkurrenzbedingungen, so befürchten die Einzelhändler zu Recht, auf einen eingeschränkten Markt stoßen, werden sich die Gewinne nur anders verteilen. Beschleunigung des Konzentrationsprozesses im Handel ist die Folge. Kleine und mittlere Geschäfte werden noch rascher zugrundegehen. Ähnliche Bedenken und Widerstand gegen die geplante Gesetzesänderung äußert der Bund der Selbständigen und die CDU-Mittelstandsvereinigungen. Sie wollen eine erhebliche Einschränkung der neuen Regelung und fordern: Begrenzung auf Städte über 500 000 Einwohner; die Sonntage sollen aus der Regelung herausgenommen werden; für einzelne Läden soll eine Flächenbegrenzung vorgeschrieben werden, um Handelsmonopole am Kauf oder am Mieten ganzer Passagen zu hindern.

Zustimmung auf der Seite des Großkapitals

Die Befürchtungen der Einzelhändler decken auf, wem eine Aufweichung des Ladenschlußgesetzes nutzt und wer sie betreibt: Die Handelsmonopole suchen nach Mitteln, den stagnierenden Markt neu aufzuteilen. Der BDI hat ausdrücklich die CDU/FDP-Initiative unterstützt. „Wer mehr Flexibilität im Wirtschaftsleben fordert, darf vor dem Ladenschlußgesetz nicht halt machen“. Untersuchungen über die Konzentration der Lebensmittelgeschäfte bestätigen, daß in dicht besiedelten Gebieten weniger Geschäfte pro Einwohner zur Verfügung stehen, d.h., dort, wo die größten Warenmassen umgeschlagen werden, ist es den Handelskonzernen gelungen, in größerem Ausmaß kleine Geschäfte zu vernichten. Jetzt üben sie Druck auf die Bundesregierung aus, um vor allem in den großen Städten bessere gesetzliche Rahmenbedingungen zu erhalten, auch mittlere Betriebe zu vernichten.

Verbraucherfreundlich?

In der Öffentlichkeit werden die Interessen des großen Handelskapitals mit Verbraucherfreundlichkeit angepriesen. Verschiedene Umfragen sind in Auftrag gegeben und sollen bestätigen, daß flexible Ladenschlußzeiten,

Abendeinkauf etc. den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Da aber solche Bestrebungen nicht von einem Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung ausgehen, sondern von Profitinteressen des Kapitals, sind sie auch nur vordergründig „verbraucherfreundlich“. Konzentration im Einzelhandel bedeutet nämlich auch, daß sich das Warenangebot auf Stadtzentren, Ortskerne



oder Einkaufszentren im Grünen konzentriert. Für manche Lohnabhängigen sind solche Zentren gar nicht oder nur schwierig erreichbar, teils mit öffentlichen Verkehrsmitteln, teils nur mit dem Auto. Bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Rentner mit niedrigem Einkommen haben Schwierigkeiten, ihren täglich notwendigen Lebensunterhalt zu organisieren. Sie trifft insbesondere die Auswirkung der beschleunigten Konzentration im Einzelhandel, wonach immer mehr Läden aus Stadtteilen verschwinden.

Kaufhof-Arbeiterinnen setzen höheren Lohn durch

Überraschenderweise hat der Kaufhof-Konzern jetzt auf eine Berufung gegen ein Urteil des Ludwigsburger Arbeitsgerichts verzichtet. In diesem Urteil wird der Konzern verpflichtet, drei Lagerarbeiterinnen 200 Mark mehr Lohn im Monat zu zahlen — rückwirkend zum 29.10.84. Die drei Frauen hatten im Juni 1984 stellvertretend für 41 betroffene Kolleginnen Klage erhoben. Sie waren als Etikettierinnen in der niedrigsten Lohngruppe I-1 (leichte und einfache Arbeiten) ein-

Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten bedeutet Flexibilisierung der Arbeitszeit

Flexibler Ladenschluß birgt noch eine weitere Gefahr im Hinblick auf eine generelle Flexibilisierung der Arbeitszeit. Von der Ausdehnung der Arbeitszeit im Ladenschlußgesetz sind immerhin 2,3 Mio. Beschäftigte betroffen. Die Durchsetzung der Flexibilisierung in diesem Bereich kann allen anderen Branchen ins Gesicht schlagen, die sich gegen weitere Flexibilisierung, Ausweitung von Schichtarbeit, Nacht- und Sonntagsarbeit zur Wehr setzen. Die Kapitalisten ken-

Zukunft des Bergbaus

Was ist mit der Zukunft im Norden?

Anläßlich der Eröffnung der „Haltern“-Schächte vor einigen Wochen erhebt sich erneut die Frage nach der Zukunft des Bergbaus und unserer Arbeitsplätze in Recklinghausen.

Inzwischen ist die Stilllegung der Zeche „Gneisenau“ in Dortmund vollzogen, die Kumpel sind unter anderem auch auf „Blumenthal“ angelegt und müssen weite Fahrten und lange Busfahrzeiten in Kauf nehmen. Inzwischen ist aber auch klar, daß die Stilllegungs- und Rationalisierungspläne der RAG weitergehen. Den Kumpels von „Gneisenau“ wurde von der Werksleitung erklärt, jetzt wären sie auf einer Zeche, wo sie bis zur Rente bleiben würden. Doch gleichzeitig wurde auch schon gesagt: Das Anschlußbergwerk „Haltern“ braucht eine Fortsetzung nach Norden, wenn in 10 Jahren auf „Blumenthal“ keine Kohlen mehr kommen, und dann müßte in Olfen ein Schacht abgeteuft werden — „wenn die Kohlen dann noch gebracht werden“!

Das ist allerdings die entscheidende Frage. Die EG-Kommission als Sprachrohr des europäischen Großkapitals wollte eigentlich einen Abbau der Förderkapazität um 50 Prozent in Europa.

Alle Subventionen und Bergmannsprämien sollten gestrichen werden. Und obwohl diese Beschlüsse erstmal aufgehoben wurden, geht die Kohl-Regierung schon in die gleiche Richtung. Natürlich (wie schon Jahre vorher Schmidt und Rau) unter Beibehaltung der sogenannten „Kohle-Vorrang-Politik“, die in nur 15 Jahren allein bei der RAG zum Abbau von über 70 000 Arbeitsplätzen geführt hat.

Welches sind die neuesten Maßnahmen zum Abbau der Bergbau-Arbeitsplätze bei der „Kohle(e)-Vorrang-Politik“? Der „Jahrhundertvertrag“ genannte Abnehmervertrag zwischen Zechen und Stromerzeugern (bis 1995) gerät durch den Ausbau der Kernenergie zunehmend ins Wackeln. Dieses Jahr wurden allein vier Kernkraftwerke ans Netz gebracht (u.a. der Hochtemperatur-Reaktor in Hamm), die die Steinkohle vom Markt drängen. In Hannover, Frankfurt, Baden-Württemberg usw. wird

Kohle durch Atomstrom, Gas usw. ersetzt. Der „Schnelle Brüter“ in Kalkar, der über 6 Milliarden Mark kostet (natürlich den Steuerzahler), soll auch in absehbarer Zeit ans Netz, obwohl er unwirtschaftlich ist und auch zur Atombomben-Produktion (die in Deutschland verboten ist) verwendet werden kann. Der Folgevertrag für die Koks-kohle entspricht nicht den Regelungen des ursprünglichen RAG-Vertrages!

Erstens sind sämtliche Exporte nach 1988 an die europäische Stahlindustrie gestrichen, sie werden nicht mehr unterstützt. Damit ist die Einfuhr billiger Kohle aus Südafrika, USA, Australien (wo die RAG überall eigene Beteiligungen hat) natürlich für die europäischen Stahlkonzerne freigegeben.

Zweitens wird die Koks-kohlebeihilfe nicht jährlich anhand der Weltmarktpreise, sondern im voraus anhand von Schätzungen für drei Jahre festgelegt. Nun ist es nicht unser Problem, ob den Kapitalisten des Bergbaus und der Stahlindustrie ein Risiko bleibt, ob sie auch genügend Millionen aus der Staatskasse bekommen oder nicht.

Das Problem ist, daß die RAG natürlich in dem Fall sofort die Rationalisierungsschraube anziehen wird, was sich direkt auf die Arbeitsplätze auswirkt. Wenn weniger Kraftwerks- und weniger Koks-kohle gebraucht wird, ist die nächste Stilllegungswelle bei der RAG schon eingeleitet.

Genannt werden die Zechen „Minister Stein“ in Dortmund (die letzte), die Zeche „Fürst Leopold“ und eine weitere am Niederrhein!

Was ist aber mit der Kohle aus dem Haltern-Feld? Flöz „Zollverein“ hat Kraftwerkskohle, darunter will man später an die Fettkohle (= Koks-kohle) flöze. Bisher lieferte „General Blumenthal“ sehr viel Koks-kohle an die französische und europäische Stahlindustrie. Was ist dann in drei Jahren, wenn die Exporte der BRD abgebaut werden und auslaufen sollen? Wie sieht es dann mit der „Zukunft im Norden“ aus?

(Aus: Vor Ort, Zeitung der KPD für Recklinghausen)

RGO-Nachrichten 5/85 erschienen

In gewohnter Materialfülle ist die Dezember-Ausgabe der RGO-Nachrichten erschienen. Sie enthält Beiträge zur Auseinandersetzung um den § 116 (ein vierseitiges Materialblatt dazu kann auch als Sonderdruck bestellt werden), zum Thema neue Technologien und eine umfangreiche Materialsammlung zum Thema Leiharbeit — gerade rechtzeitig zur durch das Wallraff-Buch ausgelösten Diskussion.

Die RGO-Nachrichten können bestellt werden beim Koordinationsausschuß der RGO, Postfach 410332, 4600 Dortmund 41. Der Einzelpreis beträgt 2,— DM.

Postler gegen Ausländerhaß

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im März 1986 wird in Kiel erneut die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ kandidieren. Werbung für ihre ausländerfeindlichen Ziele betreibt sie unter anderem mit Wurfendungen. Über diese Wurfendungen war es bereits bei der letzten Wahl zu heftigen Auseinandersetzungen darüber gekommen, ob die Bundespost solche Pamphlete überhaupt versenden dürfe.

Diesmal wurde eine Resolution, unterzeichnet von 43 Angestellten und Beamten des Postamtes 1

in Kiel an den Postminister gesandt. Die Resolution lautet: „Wir, dieses sind Zusteller und Zustellerinnen vom Postamt Kiel 1, befinden uns in Gewissensnot. Wir mußten eine Wurfendung der Kieler Liste für Ausländerbegrenzung (Millionen neue Türken) zustellen, mußten sogar bei Nichterfüllung der Zustellpflicht mit Entlassung rechnen. Unter diesem Druck haben wir uns gebeugt, aber das schlechte Gewissen in uns ist geblieben, da wir zudem Bedrohungen und Beschimpfungen seitens unserer Kundschaft ausgesetzt waren! Deshalb bitten wir die Deutsche Bundespost, uns durch die Ablehnung weiterer KLA-Wurfendungen zu schützen!!! Zudem distanzieren wir uns mit unserer Unterschrift entschieden von den Inhalten dieser Wurfendung!“

10000 Unterschriften für Ausländerwahlrecht

Am 7. Dezember übergab der Landesverband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit — VIA-NRW in Bochum im Rahmen einer Podiumsdiskussion einem Vertreter des nordrhein-westfälischen Innenministeriums 10000 Unterschriften für die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Ausländer. Diese Unterschriften waren in den letzten zwei Jahren gesammelt worden. Anlaß waren zunächst die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen gewesen. Die Unterschriftensammlung war u.a. von der

Volksfront und von der KPD unterstützt worden.

Der Vertreter des Innenministeriums drückte sich um eine klare Stellungnahme zu der Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer in NRW herum. Angeblich, so Elkemann, könne die Landesregierung NRW keine konkreten Schritte in dieser Richtung einleiten, weil es nach herrschender Rechtsauffassung keine verfassungsrechtliche Grundlage für ein Wahlrecht für Ausländer gäbe. Was stimmt, ist, daß es einen Rechtsstreit in dieser Frage gibt. Was aber auch stimmt, ist, daß die Frage des Wahlrechts für Ausländer in erster Linie keine juristische, sondern eine politische Frage ist. Und deshalb sind von der Landesregierung NRW klare Entscheidungen zu fordern.

Antifaschistische Schläfer

Rund 50 Antifaschisten schliefen in der Nacht von Samstag auf Sonntag in Frankfurt für einen guten Zweck. Sie besetzten auf diese Weise nämlich frühzeitig ein öffentliches Gebäude, in dem die NPD am Sonntag Nachmittag eine Weihnachtsfeier abhalten wollte. Der Geschäftsführer des Ta-

gungslokals verzichtete darauf, die Polizei zu holen und diskutierte stattdessen mit den Besetzern. Am Morgen erschienen weitere 300 Gegendemonstranten, die sich vor dem Gebäude versammelten. Die Weihnachtsfeier der NPD fiel aus.

Die Stadt Frankfurt hatte der NPD die Räume zunächst versagt, das Verwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung. Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel hob das Verbot allerdings wieder auf.



5 000 gegen Shultz



5000 Menschen demonstrierten am letzten Samstag gegen den Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in Westberlin. Mit Plakaten und Spruchbändern wie „Reagan und Shultz — das hätten sie gerne — unser Geld für den Krieg der Sterne“ — zogen die Demonstranten über den Kurfürstendamm.

Aufgerufen zu der Demonstration hatten insgesamt ca. 50 Organisationen und Gruppen.

Bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei im Anschluß an die Demonstration wurden 38 Menschen vorübergehend festgenommen.

Verschoben

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, die ursprünglich für den 14./15.12. geplante Aktionskonferenz der Friedensbewegung auf den 1./2. Februar 1986 zu verschieben. Die Konferenz findet in der Gesamtschule Bonn-Beuel statt.

Weitere Geheimdienstskandale

Aufträge von Spranger und Chemiekonzernen

Rechtsstaat — das soll ja erst einmal nichts anderes heißen, als daß klar ist, welchen Verlauf Probleme nehmen werden, wie die juristischen Bedingungen, Rechte und Möglichkeiten liegen, soll immer auch heißen Berechenbarkeit anstatt Willkür. Daß es damit wenig auf sich hat, weiß jeder, der sich oppositionell betätigt hat, zu erzählen.

Die erste Tatsache: Dioxin-Suche von Konzernen bezahlt.

Was der Polizei ihre „Undercover“-Agenten, daß sind den Geheimdiensten ihre Privataufträge. Nicht, daß es da nicht das Problem gäbe, mit allseitiger Bespitzelung einzuschüchtern und ähnliche altbekannte Taktiken. Aber, wie sich gerade in den letzten Wochen immer deutlicher gezeigt hat, gibt es eben auch das Problem des eben willkürlichen, unberechenbaren, privat finanzierten Einsatzes von Geheimdiensten im Auftrag von Reaktion und Kapital ohne große staatliche Vermittlung.

Was der Agentenhelfer Mauss auf der einen Seite, waren die Fahnder nach Dioxinfassern auf der anderen Seite: Private Geheimdienst-Leibwachen für das Großkapital. Daß diese Suchaktion — natürlich auf Betreiben eines Typs wie Zimmermann — nicht nur privat finanziert wurde, sondern auch ausdrücklich dazu gesagt wurde, es seien interessierte Kreise des Kapitals gewesen, die da gedrängt hätten, die Fässer möglichst rasch zu finden — das ist

Vorausgesetzt man gehört zur politischen Rechten in der BRD oder hat genügend Geld, kann man sich über den Service der bundesdeutschen Geheimdienste wahrlich nicht beklagen. Nachdem Geheimdienste sich bereits als Hilfwillige bei der Beschaffung von Kopfgeldjägern für die Großindustrie entpuppt hatten, kamen in der letzten Woche zwei weitere Tatsachen ans Licht der Öffentlichkeit, die zeigen, wie wenig es mit der allgegenwärtigen Propaganda vom sogenannten Rechtsstaat auf sich hat.

Natürlich gab es das Interesse, diese Fässer mit Dioxin damals möglichst schnell zu finden — nicht zuletzt von Seite jener, die für ihre Existenz und für ihr Verschwinden verantwortlich gewesen waren. Daß da ein Minister dies ganz nebenbei sagt, zeigt doch nur den Grad der Verkommenheit speziell dieser Regierung nochmals in aller Deutlichkeit.

Die zweite Tatsache: Bespitzelung der Grünen.

Ausgerechnet im Auftrag von Spranger und Todenhöfer (deren Verbindungen zu rechtsradikalen Kreisen kein Geheimdienst jemals untersucht hat) sollten Verbindungen von Grünen Abgeordneten zur „Terrorzone“ untersucht werden. Wobei die Ergebnisse, wie Todenhöfer auch noch bedauernd mitteilte, „dürftig“ gewesen seien. Undenkbar erscheint in diesem Zusammenhang, daß ein bundesdeutscher Geheimdienst die Verbindungen eines Unionsmenschen zu seinen Finanziers untersucht. Was sicher ergebnisreicher wäre.

Da kommt ein Abgeordneter daher, will etwas über andere Abgeordnete wissen, geht also zum Staatssekretär Spranger und fordert Ge-

heimdienstberichte an — und das alles wird frech als ganz normal dargestellt. Nun ist sicher, daß ein Innenministerium, an dessen Spitze Leute wie Zimmermann und Spranger stehen, kein Garant dafür ist, wenigstens die bestehenden Gesetze einzuhalten, so reaktionär sie auch seien. Daß dies alles aber immer mit dem Anschein der Normalität dargestellt wird, so getan wird, als sei dies nicht ein direkter Verstoß gegen bestehende Gesetze (wie es etwa die Finanzierung eines Machtorgans aus den Privatschatullen der Konzerne eindeutig ist) das hinlaufen soll, was da eingeübt wird, an was da Gewöhnungsprozesse heranzuführen sollen: An den Polizeistaat.

Die oft geführte Propaganda der angeblichen Unfähigkeit bundesdeutscher Geheimdienste hat noch nie die Wahrheit getroffen. Alle sogenannten Skandale, die angeblich aus solchen Ursachen entstanden waren in der Regel im Gegensatz zur Propaganda ausgesprochen intensiven Aktivitäten der betreffenden Geheimdienste zu danken. Nun zeigt es sich immer mehr, daß es im Gegenteil zu vielen Aussagen noch erhebliche Aktivität über den „normalen“ Rahmen hinaus

gibt, eben direkt im Dienste des Kapitals und der Rechten.

Geheimdienste, die zur Privatpolizei der Reichen und Mächtigen werden, sind zwar mit dem oft gezeichneten Bild des angeblichen Rechtsstaates nicht zu vereinbaren, öffnen zusätzlich Willkür Tür und Tor aber sie sind andererseits natürlich auch eine Rationalisierung — das direktere Kommando derjenigen, in deren Auftrag sie ohnehin arbeiten. Eine „Rationalisierung“ allerdings, die die demokratischen Kräfte dieses Landes keinesfalls hinnehmen dürfen.

Ob in ihren gesetzlichen „Schranken“ (die ohnehin sehr weitgefaßt sind) oder darüber hinaus: Die Aktivitäten der bundesdeutschen Geheimdienste waren und sind immer Aktionen zur Unterdrückung demokratischer und revolutionärer Bestrebungen, weshalb die Forderung nach der Auflösung der Spitzelorganisationen immer eine wichtige demokratische Forderung bleiben wird, auch jetzt und heute. Das ist die Richtung, die jeder Widerstand an dieser Frage einschlagen muß. Denn: So richtig es ist, den Rücktritt eines Herrn Spranger zu fordern, wird das nicht nur nicht ausreichen, solche Machenschaften zu unterbinden, sondern wird auch nicht ausreichen, die Tätigkeit dieser Dienste in der demokratischen Öffentlichkeit zu enthüllen, die sich unabhängig vom Wirken eines solchen Mannes vollziehen.

Unglaublich

Der Begriff „Zigeuner“ kennzeichne nicht die Zugehörigkeit zu den Sinti und Roma, sondern bezeichne Menschen, die „unabhängig von der Volkszugehörigkeit als umherziehende Straftäter auftreten“. Mit dieser Begründung stellte der Generalstaatsanwalt in Karlsruhe das Ermittlungsverfahren gegen einen Polizeibeamten ein, der „Zigeuner“ in einem Atemzug mit „Gauern, Ganoven, Heiratsschwindlern und verkrachten Existenzen“ genannt hatte.

Der Zentralrat der Sinti und Roma, der gegen den Polizeibeamten Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt hatte, bezeichnete diesen Einstellungsbeschuß als Justizskandal und erklärte, daß sich hinter der Begründung des Generalstaatsanwalts die Ideologie der Nazis verberge. Außerdem fragten sich die Roma und Sinti, wie sie angesichts solcher Entscheidungen überhaupt noch mit juristischen Mitteln gegen solche und ähnliche Fälle von Volksverhetzung vorgehen können.

Für eine unabhängige Friedensbewegung

Wir dokumentieren in diesem RM ein Papier aus dem Koordinationsausschuß der Friedensbewegung (KA). Um dieses Perspektivpapier für die Aktionen der Friedensbewegung im Herbst 86 hat sich in den letzten Wochen ein Block aus unabhängigen und linkssozialdemokratischen Kräften gebildet. Auf der Sitzung des KA am 14./15.12. in Bonn wurde jetzt zwischenzeitlich auch mit der DKP und den Jusos Konsens darüber erzielt, daß der KA im Herbst 86 nur eine Großaktion organisieren soll (damit die Kräfte thematisch und organisatorisch nicht zersplittert werden) und daß diese Aktion an einem Stationie-

rungsort stattfinden soll. Bei einem Meinungsbild sprach sich eine Mehrheit von 13:8:2 für eine Großaktion am Cruise-Missiles-Stationierungsort Hasselbach im Hunsrück aus. Der „Block“ schloß eine Großaktion in Bonn aus, weil seiner Meinung nach schon durch die Aktionsform deutlich gemacht werden soll, daß es im Herbst 86 konkret und direkt gegen die Aufrüstungsmaßnahmen in der BRD gehen soll und nicht allgemein um eine „Abrüstungsdemo“. Zu der auch in diesem Papier zum Ausdruck kommenden Haltung zur Anti-SDI-Kampagne haben wir schon im RM 49/85 Stellung genommen.

rüstungsprojekten aus dem Bundeswehrplan 85-97 zuzustimmen und nicht zuletzt die westeuropäische Variante der Weltraummilitarisierung (Eureka, „Europäische Verteidigungsinitiative“ — EVI —) bzw. bodengestützte Raketenabwehrvarianten — zu fördern.

Die Grünen stehen unter dem „realpolitischen“ Druck, friedens- und sicherheitspolitische Forderungen zugunsten der Regierungsfähigkeit in die ferne Zukunft zu verschieben und damit fallenzulassen. DKP und Friedensliste orientieren sich stark an den Genfer Verhandlungen und machen sich abhängig von der Sicherheitspolitischen Orientierung der Bündnisvorfahren. Sie verneinen damit jegliche eigenen Spielräume der Friedensbewegung.

Als Friedensbewegung kommen wir nicht umhin, unabhängig von den verschiedenen möglichen Wahlausgängen im Januar 87 uns auf ein langfristiges, eigenständiges Engagement für Abrüstung einzustellen. Noch so schöne Worte, ob nun von rot, grün oder von sonstwoher, dürfen uns nicht von dieser Überlebensaufgabe abbringen.

Vorbemerkung:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (AS/F), Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Gustav-Heinemann-Initiative (GHI), Initiative Kirche von unten (IKvU), Komitee für Grundrechte und Demokratie, Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam (KoZU), PAX Christi

haben auf der letzten Sitzung des Koordinationsausschusses die Verschiebung der Aktionskonferenz beantragt, da in der Diskussion eine ehrliche Einigung über die zentralen Aktivitäten in 1986 bis zum vorgesehenen Konferenztermin nicht abzusehen war. Im Auftrage dieses Kreises stelle ich im folgenden die Grundpositionen, die zu diesem An-

trag geführt haben, dar.

Die Friedensbewegung steht in der derzeitigen politischen Situation in der Verantwortung zu beweisen, daß sie tatsächlich eine eigenständige Kraft ist, die trotz erlittener Niederlagen weiterarbeitet und in der Lage ist, in einem Lernprozeß ihre grundlegenden Analysen und entsprechenden Forderungen zu erweitern. Sie darf sich nicht als Wahlkampfstimulanz mißbrauchen lassen. Vielmehr muß sie sich selbstbewußt und für alle Parteien spürbar fordernd einmischen. Nur dann besteht für uns alle die Chance, statt der Aufrüstung für Krieg und Unterdrückung eine Abrüstung für Frieden und Gerechtigkeit zu erreichen.

insbesondere die SPD, in ihren friedens- und sicherheitspolitischen Aussagen und Taten an unseren Forderungen abarbeiten und auf uns zubewegen müssen, oder bewegen wir uns auf die Parteien so zu, daß wir ihre bereits bestehenden Positionen übernehmen — was ein Rückschritt für die Friedensbewegung wäre?

• Konzentrieren wir uns auf eine gemeinsame Aussage gegen den Aufrüstungskurs, gegen Raketen-

Gesellschaftspolitischen Druck entfalten

Politischer und gesellschaftlicher Druck seitens der Bewegungen entsteht dadurch, daß immer mehr Menschen für das Anliegen der Friedensbewegung in der ganzen Tiefe gewonnen werden und dies in möglichst massenhaften Demonstrationen und Aktionen zum Aus-

stationierung, Weltraummilitarisierung, offensive Kriegsführungsdoktrinen, konventionelle Aufrüstung und Interventionspolitik an einem Ort, der für unsere Entschlossenheit steht, trotz erlittener Niederlagen und über Wahltermine hinaus für unsere Ziele einzutreten: also an einem Stationierungsort oder verzeteln wir uns an mehreren Orten und nehmen uns damit die Möglichkeit einer starken gemeinsamen Aussage?

druck kommt und nicht dadurch, daß die Forderungen und der inhaltliche Begründungszusammenhang zugunsten der großen Zahl verflacht werden. Auch hierüber besteht im Koordinationsausschuß bisher keine Einigkeit.

„SDI“-Zuspitzung führt Friedensbewegung in die Irre

In den vergangenen Diskussionen im Koordinationsausschuß wurden zwar immer wieder die „Kölner 5 Punkte“ als gemeinsame Grundlage von allen beschworen, aber ein wirklicher Einigungswille in diese Richtung ist bisher nicht zu erkennen. Vor allem die KA-Mitglieder um das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KoFAZ) ließen bisher in den Diskussionen, vor allem aber auch in ihren Beschlüssen und ihrer tatsächlichen Praxis nicht von der Vorstellung ab, daß (Un-)Heil der Friedensbewegung in der Zuspitzung auf die „SDI“-Frage zu suchen. Sie tun dies zudem mit Forderungen, die am Kern des Problems vorbeigehen (in Anlehnung an den Naturwissenschaftler-Appell).

Es werden kräftig Unterschriften unter den Naturwissenschaftler-Appell gesammelt (zweiter „Krefelder Appell“), der von der Bundesregierung fordert,

- sich nicht an der Erforschung, Erprobung wie Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen,
- sich für die Einhaltung bestehender Rüstungskontrollverträge einzusetzen und
- ihren Einfluß geltend zu machen,

Aufrüstungskurs — größte Bedrohung der Menschheit

„SDI“ wird wegen des angestrebten Raketenabwehrschirmes und die dadurch erhöhten Kriegsführungsmöglichkeiten als die größte Bedrohung der Menschheit gesehen. Es ist unbestritten, daß dies eine enorme Bedrohung der Menschheit darstellt. Aber die viel früher und realistischer zu erwartenden Ergebnisse der „SDI“- und Eureka-Forschung werden außer acht gelassen. „Verbesserung“ der elektronischen Aufklärung, bodengestützte Raketenabwehrvarianten, Erhöhung der Zielgenauigkeit vorhandener atomarer und konventioneller Waffensysteme, Vervollkommnung der elektronischen

chen, daß mittels vertraglicher Regelung die bewaffnete Nutzung des Weltraums verhindert wird.

Soweit, so gut. Aber es wird zum Beispiel nicht die notwendige Forderung aufgestellt, konkrete Schritte zur Verhinderung bundesdeutscher Beteiligung zu ergreifen: etwa durch einschränkende Maßnahmen gegenüber Industrie und Forschung. Eureka — u. a. von der SPD favorisiert — stößt nicht auf Ablehnung. Dabei sind bezüglich der militärischen Forschung die Kerngebiete bei „SDI“ und Eureka identisch. Dies bestätigte auch das SEL-Vorstandsmitglied Roland Mecklinger im „Spiegel“-Gespräch („Spiegel“ Nr. 47 vom 18.11.1985). Er war kürzlich mit der Teltschik-Kommission in den USA.

Wer Weltraummilitarisierung nicht will, muß sie in allen Formen und Zusammenhängen und auf allen Ebenen benennen und konsequent ablehnen. Bei derzeitigen Oppositionsparteien gehört auch die erklärte Bereitschaft dazu, im Falle einer Regierungsübernahme etwaige inzwischen abgeschlossene Rahmenabkommen oder ähnlich bilaterale Vereinbarungen wieder aufzukündigen.

Kriegsführung. Verschieben wird damit der Zusammenhang von Weltraummilitarisierung, vorhandenen offensiven Kriegsführungskonzeptionen und heute stattfindender („konventioneller“) Aufrüstung, die — ebenso wie ein Raketenabwehrschirm — dazu beitragen soll, Krieg wieder führ- und gewinnbar zu machen.

Nicht ein einzelnes Rüstungsforschungs- oder Rüstungsprogramm, sondern der gesamte Aufrüstungskurs zur Kriegsführungsfähigkeit der USA und der NATO stellt die größte Bedrohung der Menschheit dar.

Parteienunabhängigkeit dringender denn je

Wenn die Friedensbewegung sich in ihren Forderungen auf die in der SPD akzeptierte (reduzierte) „SDI“-Kritik beschränkt, wird es dieser Partei ein leichtes sein, im Wahlkampf ihre Ablehnung des

„SDI“-Programms zu erklären, damit Stimmen zu fangen und gleichzeitig sich mit der Pershing- und Cruise-Missiles-Stationierung zufrieden zu geben („wegverhandeln“), konventionellen Auf-

Die Raketen müssen weg

Die jetzige Friedensbewegung ist gegen die geplante Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles aufgestanden und groß geworden. Sie hat den Stationierungsbeginn im November 1983 nicht verhindern können, aber sie hat einiges in der politischen Landschaft bewirkt. Selbst in den Stationierungsparteien änderten sich durch den Druck der Bewegung Meinungen bis hin zur

Ablehnung dieses Aufrüstungsbeschlusses. Allerdings werden diese Raketen, gegen die wir uns wegen der Erhöhung der Kriegsgefahr, wegen ihrer hervorgehobenen Funktion in offensiven Kriegsführungskonzepten u. a. m. wehren, weiter aufgestellt. Die Stationierung dieser Raketen ist für uns unakzeptabel, wie letztendlich jede Rüstung. Sie müssen restlos verschwinden.

Prüfstein für die Parteien

An der Bereitschaft, im Falle der Regierungsübernahme für die sofortige und bedingungslose Beseitigung der bereits stationierten Pershing II zu sorgen sowie die Aufstellung weiterer Pershings und der Cruise Missiles zu verhindern, machen wir die Ernsthaftigkeit des friedenspolitischen Meinungsumschwungs bei den Parteien fest. Hieran wird sich zeigen, ob sie sich tatsächlich Positionen der Friedensbewegung zu eigen gemacht haben, die sie auch in Zukunft durchsetzen wollen und ob sie bereit sind,

- sich ebenfalls jeglichem Weltraummilitarisierungsprogramm zu verweigern,
- eine Senkung des Rüstungshaushaltes zu beschließen,
- die Zustimmung zu offensiven

Kriegsführungsplänen zurückzuziehen (FoFA, „Rogers-Plan“) bzw. diese klar zurückzuweisen (AirLand Battle),

- den Beschluß über den Bundeswehrplan 85-97 aufzuheben,
- die Unterstützung jeglicher Interventionspolitik zu beenden,
- die innere Militarisierung der Bundesrepublik (z. B. mittels Zivilschutzgesetzplanung) rückgängig zu machen,
- die für die Rüstung vorgesehenen Mittel zur Überwindung von Hunger und Elend in der „Dritten Welt“, von Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit einzusetzen,
- den Rüstungsexport zu unterbinden.

Demonstration und Aktion am Stationierungsort — Ausdruck der Entschlossenheit

Diese Orientierung, diesen Willen, die bedingungslose Stationierungsrücknahme zum Prüfstein zu machen, kann die Friedensbewegung am eindrucksvollsten und entschiedensten mit Massendemonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams an einem Stationierungsort (möglichst Hunsrück, in Absprache mit den dortigen Initiativen) kundtun. Durch diese Ortswahl bewiese die Friedensbewegung ihre Entschlossenheit, für ihre Grundforderungen in der Gesamtheit („5 Punkte von

Köln“) konsequent einzutreten.

Eine Relativierung der bisherigen Forderung „bedingungslose Rücknahme des Stationierungsbeschlusses“ würde auch allen anderen Forderungen ihr Gewicht nehmen. Eine einfach Umorientierung auf den „neuen Zuspitzungspunkt SDI“ wäre eine bewegungs- und wahlkampfaktische Orientierung ausschließlich an Umfrageergebnissen, die die Identität der Friedensbewegung aufgibt.

Kontroverse im Koordinationsausschuß

Hier liegt der Kern der Kontroverse. Solange der „Koordinationsausschuß“ als das immer noch breiteste Bündnis in der Friedensbewegung hier keine ehrliche Einigung erzielt, ist auch von einer Aktionskonferenz nicht mehr als ein formelhafter und nicht tragfähiger Kompromiß zu erwarten. Hieran ist uns jetzt wie in

der Zukunft nicht gelegen. Die im KA-Beschluß vom 21.11.85 genannten Übereinstimmungen bleiben letztendlich wertlos, wenn in folgenden Fragen keine positive Antwort gefunden wird.

- Mischen wir uns mit unseren Kernforderungen in den Wahlkampf so ein, daß sich die Parteien,

Für gemeinsames Handeln und Einmischen in den Wahlkampf

Deshalb verfolgen wir (die eingangs genannten KA-Mitgliedsorganisationen) mit den Herbstaktionen 86 das Ziel zu zeigen, daß die Friedensbewegung sich nach wie vor auf dem langen Marsch durch die Gesellschaft befindet und daß sie ihre grundsätzlichen Vorstellungen von Friedenspolitik und ihre Forderungen zusammenfassend im Vorfeld der Wahlen und weiterer Stationierung vorträgt.

Stichpunkte sind hierzu, ohne daß sie derzeit schon in allen Punkten Konsens in diesem Kreis sind:

- Verminderung der Bedrohung der anderen Seite zur Überwindung des Abschreckungssystems im europäischen Bereich,
- konsequente einseitige Abrüstung bei uns,
- Entfaltung einer aktiven Entspannungspolitik unter Anerkennung des europäischen Status quo,
- vollständige Verweigerung jeglicher Interventionspolitik und jeglicher Kriegsvorbereitung,
- bemühen um eine vertraglich geregelte europäische Friedensordnung.

Dazu befürwortet dieser Kreis für den Herbst 86 eine zentrale Massendemonstration und Aktionen zivilen Ungehorsams an einem Stationierungsort, bei denen die Friedensbewegung und nicht Parteiredner/innen zu Wort kommen. Die Parteivertreter/innen haben im Wahlkampf, in dem wir sie zu klaren Aussagen zwingen müssen, genügend Gelegenheit zur friedenspolitischen Selbstdarstellung.

Wir wollen im Hinblick auf die Herbstaktionen einen ehrlichen Kompromiß, der in der gesamten Breite der Friedensbewegung trag- und umsetzbar ist. Mit bloßen Formelkompromissen gab es in der Vergangenheit schon genügend schlechte Erfahrungen.

Dieter Schöffmann

Nach dem Streik: Ein zweiter Besuch in Kilnhurst

Als wir im Winter die streikenden Bergarbeiter in Kilnhurst besuchten und ihnen dabei die Solidaritätsspenden aus Oldenburg überbrachten, haben wir versprochen, nach Beendigung des Streiks wiederzukommen. Ende August klappte es endlich.

In einer regnerischen Spätsommernacht stieg ich in Rotherham, South Yorkshire, aus dem Überlandbus, müde nach der langen Fahrt. Bryan Cooke, der Sekretär der Kilnhurst-NUM, holte mich ab, seine herzliche Gastfreundschaft sollte ich in den folgenden Tagen genießen, eine Gastfreundschaft, die er als Revanche für die erwiesene Solidarität im Winter betrachtete.

Erste Eindrücke

Bryan wohnt in einem der typischen Reihenhäuser der britischen Arbeitersiedlungen — zwei Fenster schmal, Küche, Wohnzimmer, zwei Schlafzimmer und ein kleiner Hinterhof. Nicht weit hinter dem Haus ist eine kleine Grünfläche, der sog. Park, dahinter erstreckt sich ein Tal, das beherrscht wird vom Manvers Komplex, einer großen Zeche mit einer Kohleaufbereitungsanlage, in der der Abbau von vier pits, darunter Kilnhurst, weiterverarbeitet wird. Ich atme schwefelige Luft, meine Zunge belegt sich und nach zwei, drei Tagen stellt sich derselbe Reizhusten ein, der mir bereits im Winter so zusetzte. Dabei sei die Luft jetzt erheblich sauberer als noch vor zwanzig Jahren, behauptet Bryans Frau. Damals war die Wäsche mit feinem Kohlenstaub überzogen, wenn man sie abends von der Leine nahm.

Die Verbesserung der Luft hat im wesentlichen zwei Ursachen: Die privaten, kohlebefeuerten Haushalte wurden gezwungen, Filter in die

Schornsteine zu bauen, und die Industrie legte im Verlauf der Krise eine Unmenge von rußigen Schloten still — als Folge zahlreicher Betriebsschließungen.

Die Desindustrialisierung dieser erstmals für die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise so wichtigen Region wird nicht nur deutlich, wenn man in Rotherham an einem kilometerlangen Ödland vorbeifährt, auf dem noch Mitte der siebziger Jahre ein Stahlwerk stand, das mehrere tausend Beschäftigte hatte. Ein weiteres Ergebnis der Krise dieser Region ist die Emigration. Junge Menschen ohne Zukunft verlassen die Gegend, ziehen nach dem Süden, wo es noch Hoffnung gibt — oder wandern aus nach Australien oder Kanada.

Eine der Folgen davon ist, daß z.B. in Mexborough — wo Bryan wohnt — alle paar Häuser ein Schild steht: „For Sale“. Während einer Busfahrt durch die Region sehe ich ganze Straßenzüge, die leer stehen, dem Verfall preisgegeben.

Besuch auf der Zeche

Mit dem Bus fahren wir anderntags nach Kilnhurst — für einen Preis, von dem wir in der BRD nur träumen können! 60 Pfennig kostet im Verbundsystem Rotherham das teuerste Ticket; für ca. 30 km Busfahrt ein billiges Vergnügen. Rentner fahren außerhalb der Stoßzeiten sogar kostenlos. Diese Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein Ergebnis der sozialistischen Regionalverwaltung von South Yorkshire, die aufgrund einer reaktionären Gebietsreform der konservativen Regierung im Sommer 1986 aufgelöst werden wird.

In Kilnhurst selbst ist alles unverändert, lediglich die Streikpostenhütte vor der Zeche ist weg. Es ist Freitagvormittag, da sind immer die Mitglieder des NUM-Committees der Zeche (ein Zwischending von Betriebsrat und VKL) damit beschäftigt, in der Kantine Lose zu verkaufen. Aus den Überschüssen dieser Lotterie werden einmal im Jahr die Rentner der Zeche freigehalten. Gleichzeitig wird Geld für die im Streik entlassenen Kollegen gesammelt. Ich setze mich daneben, haben den ganzen Vormittag Gele-

genheit, mich mit den verantwortlichen Gewerkschaftern der Zeche zu unterhalten und bekomme zugleich ein wenig Einblick in das soziale Klima, denn hier werden nicht nur Wettscheine für die Lotterie abgegeben, hier wird erzählt, gefragt, politisiert, getratscht.

• Was hat sich seit Streikende in Kilnhurst getan?

Maurice Wood, Delegierter der Kilnhurst Branch im Regionalvorstand der NUM, ein sozialistischer, klassenbewußter Arbeiter von einem Schlage, wie ihn sich die revolutionäre Linke in der BRD Anfang der 70er Jahre träumte; keiner, der ins Proletariat gegangen ist, um dort politisch zu arbeiten, sondern einer, der aus dem Proletariat kommt und unter ihm für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft eintritt, steht mir Rede und Antwort:

• Es hat sich natürlich einiges getan. Sie haben bis fast zuletzt ohne Streikbrecher durchgehalten, und die große Mehrheit der Kilnhurst Miner stimmte im Februar gegen den Abbruch des Streiks. Doch im allgemeinen Trend konnten auch sie

sich nicht entgegenstellen. Die Berechtigung des Streiks erleben sie seit der Wiederaufnahme der Arbeit ganz konkret: Über 50 Arbeitsplätze wurden seither abgebaut, die Kumpel werden dabei mit hohen Abfindungen geködert. Im Kampf der NUM für die Verteidigung der Arbeitsplätze ist die Annahme der Abfindungen natürlich sehr schädlich, auf der anderen Seite sind die Kumpel aber auch zu verstehen. Sie greifen nach diesem Strohalm, denn sollte die Zeche tatsächlich geschlossen werden, gibt es nur den üblichen Sozialplan. Und die Zukunft von „Bobs hole“ in Kilnhurst ist sehr ungewiß — d.h. sie wird zumindest von Seiten des Managements bewußt im Ungewissen gehalten, um die Leute leichter zur Annahme der Abfindungen zu bewegen. Warum ein derart forcierter Personalabbau in Kilnhurst betrieben wird — aus Rationalisierungsgründen oder wegen einer bevorstehenden Schließung — ist selbst den NUM-Offiziellen nicht klar.

ner tüchtigen Summe in der Tasche die Zechen verlassen! Maurice sieht in diesen Vorgängen — verkaufen des Bewußtseins nennt er das — eine Folge des unglücklichen Streikendes.

• Hat sich die Niederlage negativ auf die Einstellung der Miner ihrer Gewerkschaft gegenüber ausgewirkt?

• Nein, die Mitglieder der Kilnhurst Branch sind nach wie vor der Meinung, daß die Sache richtig war! Ganz im Gegenteil, sie haben bei der Vertreterwahl im Sommer den bisherigen Betriebsgewerkschaftsvorsitzenden abgewählt, weil er sich während des Streiks nicht aktiv genug beteiligt hat. „Die Sache war ja die: Daß der Streik sich im Frühjahr so schnell ausbreitete, ging nur wegen des Enthusiasmus, der bei den Minern herrschte. (Endlich tat sich was, die angestaute Unzufriedenheit brach auf). Wir mußten dann hauptsächlich deswegen aufgeben, weil wir den landesweiten Überzeugungskampf („propaganda battle“) verloren hatten und die persönlichen Belastungen zu stark wurden.“

Als Organisation standen wir alle gegen die Regierung und gegen die Medien. Als Menschen hatte jeder von uns noch seine persönlichen Probleme. Zwölf Monate kein Geld, es blieb oft nur die nackte Existenz usw. Wir mußten beg, steal and borrow und wir taten das, weil wir wußten, daß es für die richtige Sache war. Aber schließlich kann man solche Extremsituationen nicht ewig aushalten. Und zu alledem kam dann noch der psychologische Druck durch die Medien, der natürlich auch die Miner in dieser Situation stark beeinflusste. So fing die Streikfront an, langsam abzubreitern. Die Hauptursache der Niederlage ist und bleibt jedoch die verlorene propaganda battle.“

„Wiederholbar ist sowas zumindest für die nächste Dekade nicht mehr, die Leute sind ausgepumpt.“

Gut, wir haben verloren, aber die Regierung hat nicht gewonnen. Sie mußte zum einen viele öffentliche Gelder aufwenden, um den Streik zu brechen und hat zum anderen viel Kredit bei der Bevölkerung verloren durch die brutalen Polizeieinsätze gegen Streikposten usw.!

Während sich Maurice einem Kollegen zuwendet, komme ich mit Bully ins Gespräch, einem Koloß, der mit seinen Fäusten den Klassenkampf hin und wieder praktisch führt.

• Wurden in Kilnhurst Miner wegen ihrer Streikaktivitäten entlassen?

„In Kilnhurst selbst nicht, im 4-Zechen-Komplex gibt es allerdings 15 entlassene Kollegen. Obwohl hier in „Bobs hole“ 20 Miner im Verlauf des Streiks eingesperrt wurden, ist keiner geflogen, weil wir hier einen guten Manager haben.“

• Arbeiten scabs (Streikbrecher) im Pit?

„Ja, hier arbeiten noch vier scabs, die anderen haben Abfindungen angenommen und sind gegangen. Die vier fahren eine halbe Stunde früher ein und aus, arbeiten ganz abseits, so daß sie niemand zu Gesicht bekommt, da Zwischenfälle befürchtet werden.“

Ganz unbegründet ist diese Furcht nicht. Es werden nicht nur Steinbrocken nach ihnen geworfen, Bully selbst war für drei Tage von der Arbeit suspendiert, weil er einen scab vor der Kantine prügeln wollte. Die vier sind aus der „closed community“ der Bergleute ausgeschlossen, keiner redet mit ihnen, der Club ist ihnen versperrt, sie haben praktisch ihre ganzen sozialen Kontakte verloren. Selbst in der eigenen Familie sind sie isoliert, die Väter reden dann nicht mehr mit ihren Söhnen usw. Ein Spruch aus der Streikzeit kommt mir in den Sinn: „Wir werden nicht immer arm sein, aber ihr werdet immer Streikbrecher sein.“



Der Streik war Sache der gesamten Familien. Frauen und Kinder kämpften mit.

Zur Spaltung der NUM

Auf dem Tisch liegt die neueste NUM-Zeitung. Auf der Titelseite ist ein Rundschreiben abgedruckt, das Roy Link, der Vorsitzende der Notts-NUM, Nottinghamshire, an die dortigen Gewerkschaftsfunktionäre verschickt hat. Darin heißt es, daß Arthur Scargill nicht vor den Notts-Minern sprechen dürfe, auch wenn sie auf Mitgliederversamm-

lungen mehrheitlich eine entsprechende Einladung beschlossen hätten. Der Hintergrund dieses Verbots ist die Diskussion um die Abspaltung dreier Regionalverbände der NUM, denen die NUM-Politik zu radikal ist. Gerade der exponierteste Vertreter für eine einheitliche Gewerkschaft bekam also Redeverbot, durfte in die Debatte mit den

Betroffenen nicht eingreifen. Ein seltsames Demokratieverständnis haben diejenigen, die die NUM verlassen wollen, weil's ihnen dort zu radikal und undemokratisch zugeht!

Zwischenzeitlich ist die Spaltung der NUM vollzogen. Die Miner von Nottinghamshire, Durham und South Derbyshire haben sich mehrheitlich für die Gründung einer Union of Democratic Mineworkers ausgesprochen. Die Folge wird wohl sein, daß die in der britischen Medienöffentlichkeit ohnehin schon stigmatisierte NUM weiter ins Abseits gedrängt werden wird; als eine Minderheit, die das Vereinigte Königreich ins Chaos stürzen will. Scargill ist noch immer der „enemy within“, der innere Feind Nr. 1, schlimmer als jeder sowjetische Spion; „Rambo Scargill“ nannte ihn der „Sunday Mirror“ am 8.9.85 nach Beendigung des TUC-Kongresses.



Einer der vielen Polizeieinsätze gegen die Miners

• Was denkt Maurice Wood über die Spaltung?

„Die Notts-Miner sind nicht selbstbewußt genug, das war schon während des Streiks so. Ich habe seinerzeit auf einigen Veranstaltungen in Nottinghamshire geredet. Gerade in den Zeiten mit niedrigen Löhnen war die Unzufriedenheit groß, die wollten streiken. Aber die hören zu sehr auf ihre Führer, denen fehlt das Vertrauen in die eigene Kraft. Jetzt muß man abwarten, wie sich die Lage entwickelt. Die Regierung und der NCB unterstützen natürlich die Haltung der Spalter, indem sie dort derzeit keine Zechenschließungen vornehmen. Allerdings beweisen die Dokumente, die die NUM besitzt, daß Schließungen auch in dieser Region schon geplant sind, und dann wird die Situation interessant.“

Hier in Yorkshire ginge das alles gar nicht, die Miner setzen sich ganz anders durch, die würden sich nicht vorschreiben lassen, wer spricht und wer nicht! Die Mitglieder hier haben ein Bewußtsein von der NUM als ihrer „eigenen“ Organisation, nicht der „leader“.

Die Beteiligung am Organisationsleben ist denn auch ungebrochen hoch. Zu den monatlichen Mitgliederversammlungen kommen regelmäßig 15 bis 20 Prozent der Mitglieder, zu wichtigen Treffen bis zu 95 Prozent. Mitsprechen und mitentscheiden zu wollen ist auch der Grund, warum schriftliche Urabstimmungen abgelehnt werden — alle wichtigen Dinge werden auf den Mitgliederversammlungen beschlossen. Geht es nun, z. B. um einen Streikbeschuß, sind alle Mitglieder de facto gezwungen, zum meeting zu gehen, wenn sie mitentscheiden wollen! Der demokratische und zugleich bewußtseinsbildende Aspekt bei dieser Vorgehensweise ist folgender: Da über eine Angelegenheit während des Treffens pro und contra diskutiert wird, Meinungen, Vorbehalte, Forderungen offen angesprochen werden können, wissen bei der anschließenden Abstimmung alle, aus welchen Gründen sie dafür oder dagegen stimmen.

Einschub

Welchen Haß die Jugendlichen auf diese Gesellschaft und vor allem die Repräsentanten ihrer Staatsgewalt entwickeln können, zeigen die sog. Rassenunruhen. Darin drückt sich hilfloser Zorn aus, aufgestaute Wut macht sich Luft — das ist der Haß auf einen Zustand, der jungen Leuten kein Leben ermöglicht, der sie einsperrt in Slums und ihnen nicht die geringste Chance läßt, aus diesem Dreck rauszukommen. Sie haben abgeschlossen mit dem Traum vom „normalen Leben“, sie kennen

nur noch das Überleben in einer Art Kriegszustand mit der Umwelt. „Wie konnte es zu den Unruhen kommen? Sind das Kriminelle oder ist die gesellschaftliche Situation schuld?“

So diskutieren die Experten im Fernsehen, aus den Menschen werden bei ihnen Objekte ihrer Forschung, alles wird in Diskussionsrunden zu erklären versucht...

Die Betroffenen kommen nicht zu Wort, warum auch, es wird ja nur ein Weg gesucht, sie wieder ruhig zu

bekommen, Recht und Ordnung wieder herzustellen. Ihre Wünsche, ihre Vorstellungen sind dabei nur hinderlich, denn dabei gehts an die Substanz dieser Staatsform! Zum Schluß sind sich alle einig: Wege müssen gefunden werden, um so was in Zukunft zu verhindern; die Polizei muß psychologisch besser ausgebildet werden; mehr Sozialar-

beiter; usw. usw.

Weiter geht es mit den Tagesnachrichten. Die „Main Colliery“ mit 900 Beschäftigten in South Yorkshire, hier gleich in der Nachbarschaft, wird geschlossen! Und das bedeutet, daß ein ganzes Dorf stirbt...

Tja, wie konnte es zu den Unruhen kommen?

Zu Besuch in Rotherham

An einem Nachmittag kann ich der Gastfreundschaft von June und Bryan für ein paar Stunden entfliehen. Mit dem Bus fahre ich nach Rotherham, einer charakterlosen Industriestadt, deren einzige Sehenswürdigkeit ein nach der Gebietsreform neugebautes Verwaltungszentrum ist. Zumindest ist dieses Monster im Betonbunkerstil der frühen 70er auf allen Postkarten abgebildet. Ich schlendere ein wenig durch die Stadt, schaue dem Treiben der Leute zu, denke über das Erlebte nach. Ein Weg führt einen Hügel hoch. Vielleicht gibt es sowas wie einen Aussichtspunkt hier, also wandere ich bergan. Links und rechts der Straße stehen in baumbewachsenen kleinen Parks Villen der Jahrhundertwende. Immer wieder ist in den Gärten ein Schild eingepflockt: „For sale“. Die Direktoren

und leitenden Angestellten des Stahlwerkes haben hier oben gewohnt. Nach dessen Demontage sind sie abgewandert, meist gab es neue Stellen für sie — im Gegensatz zu den Stahlarbeitern.

Oben auf dem Hügel steht ein College im neugotischen Stil, und ein Wegweiser zeigt tatsächlich einen Aussichtspunkt an. Von dort habe ich einen weiten Blick über das Tal. „Smog, dust, coal-smelt“ steht in meinen Notizen, überall sind Industrieanlagen zu sehen, deren Lärm aus dem Tal alles übertönend heraufdröhnt. Am Talrand stehen die Arbeitersiedlungen, eiförmig an die Hänge gebaut. Ein geschäftiges Tal, möchte man meinen, und doch sieht man die weite Ödfläche des ehemaligen Stahlwerkes, sind 25 Prozent der Erwerbstätigen hier arbeitslos.

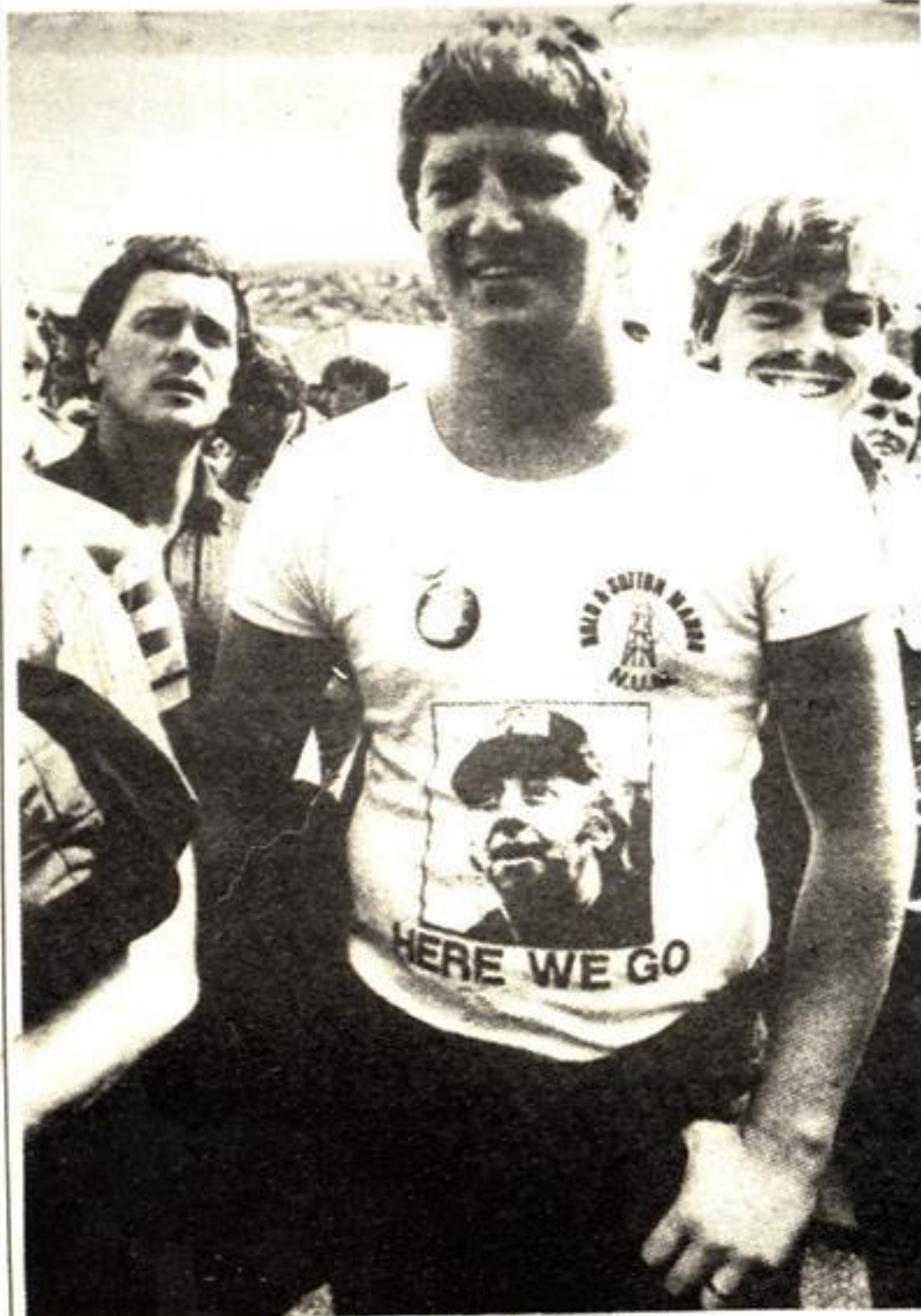
Zechenbesichtigung

Bryan hatte mir versprochen, eine Besichtigung der Zeche zu organisieren. Bis ich endlich einfahren konnte, waren allerdings ein paar Schwierigkeiten zu überwinden.

Der für den Bergbau zuständige Minister wollte kurz zuvor Manvers besichtigen, worauf die Miner dort einen Streik ankündigten. Daraufhin mußte der provokatorische Besuch abgesagt werden. Als Bryan jetzt um eine Besichtigungserlaubnis nachfragte, bekam er zur Antwort, wenn die NUM die offiziellen Besucher des NCB nicht im Pit haben wolle, dann sähe der NCB auch keinen Grund, NUM-Gästen die Besichtigung zu gestatten! Nun passiert es nicht alle Tage, auf die gleiche Stufe mit einem Minister gestellt zu werden. Trotzdem konnte ich

diese Ehre nicht entsprechend würdigen, da ich ja unbedingt die Zeche besichtigen wollte.

Nach einigem Hin und Her hatte Bryan die Erlaubnis endlich in der Tasche. Der Grubendirektor höchstpersönlich führte mich unter Tage, er verband das mit einer Inspektion des Abbaus. Die Zeche hatte für eine Woche Betriebsurlaub, es wurden nur Wartungsarbeiten ausgeführt. Deswegen arbeiteten auch die beiden Bagger nicht, die entlang des 270 m breiten Flözes die Kohle abbauen. Hier gibt es geologische Probleme, ein Riß im Gestein, und das will sich der Manager vor Ort anschauen. Also kriechen wir auf Händen und Knien die 270 m durch das Flöz. Irgendwo kommen wir ins Gespräch und setzen uns zwischen die Hydraulikstützen. Nachdem er



Während des Streiks 1984

mir seine Ansichten über die Zukunft der Kohleindustrie erzählt und seine Ablehnung der Atomenergie dargelegt hat, frage ich ihn, was er über den Miner-Streik denkt.

• „Der Streik ist ja unglücklich ausgefallen, weil es keinerlei Abkommen gab. Hätte die NUM drei Monate nach Streikbeginn verhandelt, hätte es schon irgendwelche Ergebnisse gegeben. Das Ziel wäre natürlich nicht erreicht worden, aber ein Abkommen, bei dem beide Seiten ihr Gesicht gewahrt hätten. Das Ziel, jegliche Zechenstilllegung zu verhindern, ist sowieso utopisch. Wenn ein Pit unökonomisch ist, dann muß er geschlossen werden.“

• Was denkt er über die Folgen des Streiks?

„Gerade die sozialen Folgen sind sehr schwerwiegend. Ältere Miner haben ihre ganzen Ersparnisse für nichts aufgebraucht; alles, was für die alten Tage gedacht war. Für die ist ein solches Streikende besonders bitter. Die NUM wollte mit dem Streik die Regierung stürzen, aber auch ein Labour-Government hätte ihre Forderungen nicht unterstützt. Es herrscht einfach eine große wirtschaftliche Krise. Eine Lösung wäre vielleicht, die Arbeitszeit zu verkürzen bei geringerem Lohn, um so Arbeitsplätze zu schaffen. Aber wir haben eh nicht die Macht, da was Entscheidendes zu ändern.“

Über eine derartige „kostenneutrale“ Lösung kann er natürlich gut reden, bei seinem Gehalt. Die Löhne der Arbeiter hingegen sind nicht gerade üppig. Ein Hilfsarbeiter verdient nicht viel mehr als er für eine vierköpfige Familie an Sozialhilfe bekommen würde — 80 bis 90 Pfund die Woche. Und selbst Maurice, der unter Tage in Staub und Dreck schwere körperliche Arbeit verrichten muß, kommt incl. der Zulagen auf 120 Pfund die Woche.

Naja, wer im Vollen lebt, der hat immer gut reden, das ist hier in der BRD nicht anders.

Im Aufzug lädt er Bryan und mich ein, nach dem Umziehen auf ein Sandwich und ein Glas Bier in sein Büro zu kommen. Dort sprechen wir noch über allerlei und er drängt Bryan eine Diskussion auf über den Unsinn der Klassenorientierung in der NUM. Bedingt durch seine soziale Lage ist er natürlich ein Anhänger der Mittelschichtennideologie. „Klassen, die gibts doch nicht mehr! Wer sind denn hier im Bergbau die Kapitalisten? Ich vielleicht?! Everybody gets a chance to earn money — Jeder hat die Möglichkeit, reich zu werden.“ Das alles kommt mir sehr bekannt vor, auch seine lockere Art erinnert mich stark an die bundesdeutschen Jungunternehmer jener Sorte, die schon mal für ihre Anliegen auf die Straße gehen.

.....

So manches gäbe es hier noch zu berichten, von den Clubs, vom Sport, von der Wettleidenschaft, auch von einem Klassenbewußtsein, das in vielen Gesprächen, Andeutungen, Witzen durchscheint, das einfach besagt, daß alle, die in einer ähnlichen ökonomischen und sozialen Lage stecken, zusammenhalten müssen.

Eine Sache ging mir bei dem Besuch noch durch den Kopf: der Effekt der Solidarität. Durch die Unterstützung der Streikenden wurden Bekanntschaften und Freundschaften zwischen deutschen und englischen Arbeiterinnen und Arbeitern geschlossen. Die internationale Solidarität bekam somit ein praktisches Band, das sich so schnell nicht mehr zerreißen läßt und dessen Bedeutung sich in zukünftigen Arbeitskämpfen erweisen wird.

Hans

Wichtige Neuerscheinung



Eine lesenswerte, informative und in vielerlei Hinsicht hilfreiche Broschüre zum Kampf der Schwarzen in südlichen Afrika ist jetzt erschienen:

Südafrika Geschichte, Kultur, Widerstand ist der Titel des Heftes, das der Arbeitskreis Afrika-AKA, die AZANIA-Koordination für Projekte, Kultur und Bildung e.V. und das Informationszentrum 3. Welt (iz3w) herausgebracht haben. Auf 60 reich bebilderten Seiten (mit vielen Anzeigen für Bücher und Informationsmaterial) finden sich u. a. folgende Beiträge:

Zeit der Landnahme / Rassismus mit System / Repression und Widerstand / Freiheitscharta contra Black Consciousness? / Gedanken zu einem gesellschaftlichen Anachronismus / „Die Bewegung wird von den Ghettos auf die Fabriken übergehen“ / Der niedrigste Lohn ist noch zu hoch / Und wenn Du dazu noch Frau bist / Struktur und Krise der südafrikanischen Wirtschaft / Schwarze Arbeiter im Kampf gegen Kapital und Rassismus / Fremde im eigenen Land / Krieg der Worte / Literaturliste, Filme Gruppenadressen.

Die Herausgeber schreiben in ihrem Vorwort: „Mit dieser Broschüre richten wir uns an Dich, liebe Leserin, lieber Leser, nicht nur, damit Du Dich befriedigt in Deinen Sessel zurücklehnen kannst: „Aha, jetzt blick ich also durch in Südafrika“, sondern vor allem, um Dich anzuregen, Dich an Deinem Wohnort mit Leuten zusammenzusetzen und sinnvolle Aktionen zu richten gegen die, die von der Ausbeutung profitieren und an die, die vielleicht immer noch unbewußt an diesem Profit teilhaben.“

Die Broschüre — 60 Seiten, DIN A 4) kann man zum Preis von 3,— DM bestellen bei:

AZAKO — AZANIA-KOORDINATION — für Projekte, Kultur und Bildung e.V.
An den Mühlen 25
4400 Münster
Tel.: (0251) 521302

Obristenprozeß in Argentinien

Lediglich fünf Verurteilungen

BUENOS AIRES. — Am vergangenen Montag wurden in Argentinien die Urteile gegen neun Mitglieder der drei sich abwechselnden Militärjuntas gesprochen. Zu lebenslanger Haft wurden der frühere Militärdiktator Videla und der ehemalige Marine-Oberbefehlshaber Massera verurteilt. Drei weitere Exmitglieder der Junta wurden zu 17, acht und viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.



Protest der Mütter der Verschwundenen

Trotz der bemerkenswerten Tatsache, daß in Südamerika erstmals Mitglieder einer abgelösten Militärjunta vor Gericht standen und verurteilt wurden, hat das Urteil große Empörung ausgelöst. Vor allem die milden Gefängnisstrafen für drei Angeklagte und die vier Freisprüche empörten viele Menschen. Zu den Freigesprochenen gehörten immerhin der Präsident zur Zeit des Falklandkrieges, Galteri, die beiden Luftwaffenchefs Graffigna und Lami Dozo.

Alle neun Angeklagten hatten diktatorische Macht zur Zeit des verbrecherischen Krieges gegen die argentinische Guerilla. In der Zeit, da sie die Macht in den Händen hatten, verschwanden in Argentinien über 30000 Menschen. Die Anklage, die weit höhere Strafen gefordert hatte, warf den neun vor Ge-

richt stehenden Militärs konkret Mord in 264 Fällen, Entführungen in 1879 Fällen und Folter in 882 Fällen vor. Dazu kamen noch dutzende Fälle von Fälschung, Raub und Erpressung. Sicherlich nur ein kleiner — beweisbarer — Teil der Verbrechen der Obristen.

Die Reaktion auf das Urteil war eine spontane Demonstration in der Innenstadt von Buenos Aires. Tausende Demonstranten blockierten die Straßen und warfen dem Gericht vor, aus dem Verfahren einen Zirkus gemacht zu haben und Schuldige freizulassen. Auf großen Transparenten wurde die Bestrafung der Schuldigen gefordert. Frau Bonafini, die Vorsitzende der Mütter der Plaza de Mayo, einer Vereinigung der Mütter verschwundener und ermordeter Argentinier, beschuldigte

das Gericht, Verbrecher freigesprochen zu haben: „Es ist schrecklich und tragisch“, erklärte Frau Bonafini, deren beiden Söhne zu den Verschwundenen zählen: „Es erscheint wie Betrug“.

Die Regierung des gewählten Präsidenten Alfonsín hat offensichtlich vor, mit diesem Prozeß einen „Schlußpunkt“ zu setzen, weitere Verfolgungen und Verurteilungen der Verbrecher der Zeit der Militärdiktatur sollen nicht mehr stattfinden. Dafür spricht vor allem die Arbeit an einem sogenannten „Schlußpunktgesetz“ in Regierungskreisen. Der argentinische Staatsanwalt Strassera sagte vergangene Woche zu einem solchen Gesetz: „Ich verstehe nicht, worin dieser Schlußpunkt bestehen soll. Es sei denn, es handelt sich um eine verdeckte Amnestie. Das Gesetz sieht bisher schon einen Schutz für die Gehorsamspflicht bei Taten vor, die nicht „scheußlich und abweichend“ sind. Wenn diese Taten ebenfalls (in das Schlußpunkt-Gesetz, RM) einbezogen werden, gibt es keinen Unterschied mehr zu einer Amnestie...“

Spätestens die Entwicklung in Kolumbien, wo trotz demokratischer Wahlen die Militärs, weil nie verfolgt und außer Kraft und Macht gesetzt, das Heft wieder an sich gerissen haben, zeigt, wie notwendig eine konsequente Verfolgung der Verbrecher in Uniform auch für Argentinien ist.

3 000 palästinensische politische Gefangene im Hungerstreik

Info-Stelle Palästina und Nachrichtenagentur Wafa:

BONN, 11.12.85. — 3000 palästinensische politische Gefangene sind nach Angaben aus den besetzten Gebieten am 5. Dezember in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Der Hungerstreik begann einen Tag, nachdem der 25-jährige Ahmad Iqbal Al-Hindi im Gefängnis gestorben war. Nach Angaben der israelischen Behörden erlag Hindi einem Herzanfall. Die Familie und der Anwalt des Inhaftierten hatten die israelischen Behörden zwei Wochen zuvor um die Freilassung ersucht, um ihm eine adäquate Behandlung zukommen zu lassen. Die israelischen Behörden hatten dieses Ersuchen abgelehnt und den Gefangenen stattdessen in Einzelhaft verbracht, wo er nun starb.

Dieser barbarische Akt löste den Hungerstreik nicht aus, unterstreicht aber die Berechtigung der Forderungen der Gefangenen. Der Hungerstreik richtet sich grundsätzlich und generell gegen die totale Überbelegung der Gefängniszellen,

die miserable oder genauer gesagt fehlende medizinische Versorgung, die schlechte Ernährung, die mangelnde Hygiene und die Mißhandlungen durch die israelischen Gefängniswärter. Die Gefangenen verlangen auch ein Ende der vor allem vor der Verurteilung angewendeten Folter in den israelischen Verhörzentren.

Die politischen Gefangenen haben ihre Forderungen detailliert in 30 Punkten aufgelistet. Dazu gehören auch die Wiederzulassung von Zeitschriften, Büchern und Radios, die Einhaltung des Hofgangs für jeden Gefangenen und ein Ende der Prügel durch die Gefängniswärter. (...)

Die politischen Gefangenen in Haifa forderten in einer Erklärung die Abgeordneten der Knesset auf, sich vor Ort ein Bild von den elenden und unmenschlichen Zuständen im Gefängnis zu machen und die Anliegen der Gefangenen in der Knesset zur Diskussion zu bringen. Sie wählten auch einen Ge-

fangenenrat, der ihre Interessen wahrnehmen soll.

Ein Komitee aus Rechtsanwälten hat sich gebildet und berät gegenwärtig Schritte, um gegen das Verbot, ihre Klienten im Gefängnis aufsuchen zu können, vorzugehen. Die Anwälte werden eine Beschwerde beim Obersten Israelischen Gerichtshof einlegen.

Hungerstreiks waren von den palästinensischen politischen Gefangenen wiederholt eingesetzt worden, um ihre Haftbedingungen wenigstens den internationalen verbrieften Rechten der Gefangenen anzupassen. Wiederholt hatten sich israelische Kommissionen in den Gefängnissen umgesehen. Und wiederholt war den Gefangenen eine Verbesserung der unhaltbaren Verhältnisse in Aussicht gestellt worden. Angesichts der bisher leeren Versprechungen haben sich die palästinensischen Gefangenen nunmehr zu diesem generellen Hungerstreik entschlossen, der bereits jetzt ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht hat. (...)

Bologna-Attentat:

Dahinter standen die Loge „P2“, Geheimdienste und Neofaschisten

Vor fünf Jahren, am 2. August 1980 forderte ein Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna 85 Todesopfer. Obwohl allgemein vermutet wurde, daß Neofaschisten die Täter waren, und schon früh die italienischen Geheimdienste in den Verdacht gerieten, Spuren verfälscht oder vertuscht zu haben, ist erst jetzt, fünf Jahre später von der Staatsanwaltschaft Bologna der Kern der Hintermänner aufgedeckt worden, sind Verhaftungslisten veröffentlicht worden.

Ganz oben auf den Listen steht Licio Gelli, der Großmeister der Loge „P2“, einem reaktionären Geheimbund mit Verbindungen zu rechtsradikalen Kreisen, den Spitzen der bürgerlichen Parteien, zu italienischen und amerikanischen Geheimdiensten und zum Militär. Dann steht auf der Liste der frühere Vizepräsident des militärischen Geheimdienstes SISMI, der Verbindungsmann zwischen italienischen und amerikanischen Geheimdiensten, Francesco Pizzenza, und Stefano delle Chiaie, der an Attentaten gegen die baskische Organisation ETA unter Mitwirkung der Guardie Civil beteiligt war.

Die Loge „P2“, „Propaganda 2“, wurde 1968 gegründet und hatte einflussreiche Politiker, Militärs, Richter, Finanziers und Medienzars auf ihrer Mitgliederliste und seit 1970 sämtliche Geheimdienstchefs Italiens. In Putschversuchen verwickelt, war ihr erstes Ziel immer eine Linksregierung oder gar eine Regierungsübernahme von Kommunisten in Italien zu verhindern. Über die Verbindungen der „P2“ schreibt in der vergangenen Woche die „tageszeitung“:

So etwa zu hohen Mitgliedern der Republikanischen Partei (Philip Guarino, Hauptabteilungsleiter und einer der Wahlkampfmanager Reagans, intervenierte z.B. 1979 auf Gellis Aufforderung, um den mit der Loge zusammenarbeitenden und in den USA in Schwierigkeiten geratenen Mafia-Finanzier Michele Sindona herauszupacken). General Vito Miceli, Geheimdienstchef bis 1974, wurde nach seiner Absetzung über die Liste der neofaschistischen Partei MSI ins Parlament gewählt und so dem Strafverfahren entzogen — den Wahlkampf sponserte der amerikanische Botschafter in Rom, Graham Martin, höchstpersönlich. Enge Liaisons auch zur CIA — Francesco Pizzenza, enger Mitarbeiter Gellis (auch er im Zuge „Bologna“ nun mitbeschuldigt), ist der Verbindungsmann zwischen us-amerikanischen und italienischen Geheimdiensten. Pizzenzas bedienten sich übrigens viele christdemokratische Politiker — wie der derzeitige Parteipräsident Flaminio Piccoli und der Wirtschaftsminister Giovanni Goria — wenn sie das Entrée in feine amerikanischen Zirkel benötigten. Daß Gellis Truppen mit Rechtsextremisten zusammenarbeiten, hatte schon die Parlamentskommission zur



Eisenbahnwagen nach einem Attentat

Aufklärung der Affäre „Propaganda 2“ herausgefunden.

Kein Wunder also, daß der „Großmeister“ der Loge, Licio Gelli seit Jahre flüchtig ist, alle möglichen Gerüchte über seinen Aufenthaltsort kursieren, er aber bislang nicht gefaßt werden konnte, wirklich kein Wunder bei solchen „Freunden und Helfern“.

Man könnte das alles für eine Räubergeschichte aus einer Bananenrepublik halten, würde man nicht die Blutspur kennen, die in Italien gelegt worden ist, um das Land und den Staat „nach Rechts zu bomben“. Hier eine kurze Liste der schlimmsten Anschläge: 1969: auf die Landwirtschaftsbank in Mailand (17 Tote, 88 Verletzte). Alle mutmaßlichen Täter freigesprochen. 1970: Bahnhof von Gioia Tauro (6 Tote, 50 Verletzte) Täter nicht ermittelt. 1974: Gewerkschaftsversammlung in Brescia (8 Tote, 94 Verletzte), keine Täter ermittelt. 1974: Italicus-Schnellzug (12 Tote, 105 Verletzte), mutmaßliche Täter alle freigesprochen, 1980: Bologna-Bahnhof (85 Tote, 210 Verletzte) erste Haftbefehle jetzt erlassen. 1984: Schnellzug Mailand-Neapel (15 Tote, 88 Verletzte) Verhaftungen, aber noch keine Verurteilungen.

Und schließlich sei noch das Münchner Oktoberfest-Attentat, kurz vor den vorletzten Bundestagswahlen („Strauß-Wahlen“) erwähnt, der viele — offensichtlich nicht zu Unrecht — an die Taktik und das Vorgehen der italienischen Faschisten und Reaktionäre erinnert. Auch in diesem Falle ist bis heute — bis auf die umstrittene Einzeltäter-These — nichts ermittelt, sind keine Hintergründe und Auftraggeber benannt worden. Wie zu Anfang in Bologna...

Lohnform und Leistungsprinzip in der DDR

In der jüngst erschienenen 13. Ausgabe der Kommunistischen Hefte, dem theoretischen Organ unserer Partei, beschäftigt sich Detlef Schneider mit dem ökonomischen System der DDR. Gibt es in der DDR Warenproduktion? Entspricht der juristische Begriff des staatlichen Eigentums an den wesentlichen Produktionsmitteln den tatsächlichen Besitzverhältnissen? Findet in der DDR Mehrwertproduktion statt und sind die Arbeiter in der DDR Lohnarbeiter? Drückt der Plan in der DDR tatsächlich eine bewußte Lenkung der Wirtschaft im gesellschaftlichen Interesse aus? Diese und andere Fragen sind Gegenstand des Aufsatzes.

Genosse Schneider setzt sich dabei einerseits mit der offiziellen SED-Theorie auseinander, andererseits auch mit verschiedenen linken Erklärungsversuchen. Natürlich erfährt der Leser eine Reihe konkreter Fakten über das ökonomische System in der



DDR.

In künftigen Ausgaben des Roten Morgen werden wir uns mit einzelnen Fragen, die diese Ausgabe der Kommunistischen Hefte aufwirft, auseinandersetzen. Zuletzt hat die kontroverse Debatte auf dem Sonderparteitag gezeigt, daß in der Frage der Beurteilung der revisionistischen Länder ein erheblicher Diskussionsbedarf besteht. In den Diskussionen mit der GIM und in den Diskussionen im sogenannten Beilagenkreis spielt diese Frage eine große Rolle. Es wäre darum zu wünschen, daß der Aufsatz des Genossen Schneider breiten Eingang in die Parteidiskussion findet. Die Kommunistischen Hefte Nr. 13 sind zum Spottpreis von 6,- DM beim Verlag Roter Morgen zu bestellen.

Wir drucken im folgenden einen — leider stark gekürzten — Auszug aus dem Kapitel „Lohnform und Leistungsprinzip“ ab.

Wenn es einen Unterschied gibt gegenüber der Lohnpolitik im westlichen Kapitalismus, dann ist es der, daß die Anwendung des Stücklohns seit Jahrzehnten mit besonderem Fanatismus vorangetrieben wird, „daß in der DDR, auch dann, wenn vom technologischen Prozeß kein ‚Sachzwang‘ besteht, an traditionellen Lohnformen festgehalten, der Schein des Leistungsprinzips aufrechterhalten wird.“ (1) (...)

Da beim Zeitlohn generell die „leistungsstimulierende Wirkung sehr begrenzt“ ist (2), soll er möglichst weitgehend vermieden werden. In der Regel wird er mit bestimmten meßbaren und vom einzelnen Werktätigen beeinflussbaren Leistungskennziffern verbunden und so als Prämienzeitlohn angewandt. Diese rigorose Orientierung auf die Stimulierungsfunktion des Arbeitslohns hat auch das gesamte Tarifgefüge entscheidend geprägt, die Spaltung zwischen den Lohnbestandteilen vertieft und dazu geführt, daß der Anteil des Tariflohns am Effektivlohn nur noch etwa 50 Prozent ausmachte (also ungefähr die Hälfte auf den durch Akkordzuschläge, Prämien usw. erzielten Mehrleistungslohn entfielen).

In dieser Entwicklung entfalten sich widersprüchliche Bewegungen, die den Zielen der staatlichen Lohnpolitik entgegenwirken. Die wachsende Differenz der Einkommen zwischen Wirtschaftsbereichen mit hohem und solchen mit niedrigem Anteil des Mehrleistungslohns (zu letzteren gehören vor allem der Handel und große Teile des Dienstleistungssektors) führte zu einer starken Fluktuation der Arbeitskräfte. Auf der anderen Seite verringerten sich Einkommensunterschiede zwischen bestimmten Stufen der Produktionshierarchie, insbesondere zwischen Akkordarbeitern, die einen hohen Mehrleistungsanteil hatten und solchen Kategorien wie etwa den Meistern, bei denen die Tarifbestandteile im Lohn überwogen. (Diese Bewegungen sind weitgehend darauf zurückzuführen, daß die zentral festgelegten Tariflöhne im wesentlichen konstant blieben, Lohnerhöhungen also — gemäß dem Stimulierungsprinzip — fast ausschließlich über Anhebungen im Mehrleistungsbestandteil stattfanden.)

Vor allem aber machte sich die schon bei der Jahresendprämie beobachtete Tendenz bemerkbar, daß der hohe Mehrleistungsanteil zu einem normalen Besitzstand der Werktätigen wurde, der nur noch unzureichend mit der tatsächlichen

individuellen Leistung verbunden war. Auch hier drohte die konsequente vorangetriebene Stimulierungsstrategie unbeabsichtigte Folgen hervorzubringen, indem beispielsweise mit gesteigerter Arbeitsproduktivität zwar der Mehrleistungslohn anwuchs, aber eine entsprechende Erhöhung der Normen ausblieb.

Aus der Logik des Lohnsystems der DDR heraus ist erklärlich, daß diese Probleme nicht durch eine generelle Erhöhung der Tariflöhne gelöst wurden. Im Rahmen des letzten Fünfjahrplans wurde vielmehr eine neue Lohnform, der sogenannte Grundlohn, entwickelt, auf den bislang 1,5 Millionen Produktionsarbeiter umgestellt wurden. Der Grundlohn soll 70 bis 80 Prozent des Bruttolohns ausmachen, in ihn gehen der frühere Tariflohn vollständig und der Mehrleistungslohn teilweise ein.

Die einschneidende Änderung besteht darin, daß im Grundlohn das früher im Tariflohn verankerte garantierte Mindesteinkommen aufgehoben wird. Denn der neue Grundlohn ist insgesamt an Leistungskriterien gebunden; er wird nur bei der Erfüllung vorgegebener Normen vollständig ausgezahlt und sinkt entsprechend bei verminderter Leistung. Gleichzeitig wurden mit der Einführung des Grundlohns die betroffenen Arbeitsplätze neu bewertet und Änderungen in den Leistungskennziffern vorgenommen, um einen möglichst engen Zusammenhang zwischen individueller Leistung und erzielbarem Effektivlohn wiederherzustellen.

Parallel zur Einführung des Grundlohns wurden 600 000 Meister, Hoch- und Fachschulkader auf neue Gehaltsstufen umgestellt, die ebenfalls das Einkommen an bestimmte Leistungskriterien binden. Ein bedeutendes Ziel dieser Umstellung war es, durch die damit verbundene Anhebung der Gehälter die Einkommensdifferenz zu den Arbeiterlöhnen zu erhöhen.

Die durchgängige Anwendung leistungsorientierter Lohnformen ebenso wie die Ausdifferenzierung der Arbeitseinkommen in eine Hierarchie von Lohn- und Gehaltsgruppen (und die darin zum Ausdruck kommenden großen Einkommensunterschiede zwischen Produktionsarbeitern und „Leitenden“) werden als objektive Notwendigkeiten aus dem „sozialistischen Leistungsprinzip“ abgeleitet, dessen Urheber man Marx unterschiebt. Zur Definition der Leistung und den Kriterien zu ihrer Bestimmung heißt

es etwa in dem schon wiederholt angeführten neuesten Lehrbuch der Politökonomie: „Die Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit dient als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gesamtarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gesamtprodukts.“ (3)

Die Verwendung eines Zitats aus dem „Kapital“ soll hier eine marxistische Ableitung des Leistungsprinzips suggerieren. Allerdings spricht Marx an der zitierten Stelle ausdrücklich nur von der Arbeitszeit (also dem Quantum der verausgabten Arbeit) als Maß für den Anteil des einzelnen an dem Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, der individuell konsumiert werden kann. (4) Auch in der „Kritik des Gothaer Programms“, wo er ausführlich auf die Verteilungsfragen in einer sozialistischen Gesellschaft eingeht, spricht Marx nur von einem „Quantum Arbeit“, das der Produzent der Gesellschaft gibt und für das er eine Menge an Lebensmitteln erhält, die gleichviel Arbeit gekostet hat. (5)

Von der Qualität der Arbeit als Maßstab bei der Verteilung ist dagegen nirgends die Rede. Engels hat in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf verwiesen, daß aus einer höheren Qualifikation der Arbeitskraft kein Mehranspruch bei der Verteilung abgeleitet werden kann, weil in einer sozialistischen Gesellschaft nicht die Individuen, sondern die Gesellschaft selbst die Kosten der Ausbildung trägt; „ihre gehören daher auch die Früchte, die erzeugten größeren Werte der zusammengesetzten Arbeit.“ (6)

Nach dem in der DDR angewandten Leistungsprinzip besteht jedoch nicht nur ein desto größerer Anspruch bei der Verteilung, je höher der Grad der beruflichen Qualifikation ist; als wesentliches Kriterium für Leistung wird hier auch die „Verantwortung“ gewertet — und gerade aus diesem Kriterium werden besonders hohe Einkommen für diejenigen abgeleitet, die „verantwortliche“ Funktionen im Produktionsprozeß oder anderen gesellschaftlichen Bereichen wahrnehmen.

Hat die unterschiedliche Entlohnung nach der Qualifikation noch den Schein einer „objektiven“ ökonomischen Begründung (der aber falsch ist, weil die Kosten der Qualifizierung von der Gesellschaft getragen werden), so ist hinsichtlich der „Verantwortung“ selbst dieser Schein hinfällig — es sei denn, man wollte behaupten, die Arbeit der

„Verantwortlichen“ schüfe vielfach größere „Werte“ als die der Produktionsarbeiter.

In einer Gesellschaft, die nicht nur in dem ideologischen Selbstverständnis ihrer offiziellen Repräsentanten (wie in der DDR), sondern tatsächlich auf der assoziierten Arbeit beruht, kann „Verantwortung“ in dem hier angesprochenen Sinne nur dadurch entstehen, daß die vereinigten Produzenten einzelne Individuen mit der Durchführung bestimmter notwendiger Leitungsaufgaben betrauen. Es ist hinlänglich bekannt, daß nach marxistischen Prinzipien solche besonderen Funktionen einzelner Gesellschaftsmitglieder für Arbeiterlohn ausgeführt werden müssen. (...)

Die Verteilungsnormen in der DDR orientieren sich also nicht an dem „Quantum Arbeit“, das die einzelnen Gesellschaftsmitglieder verausgaben, sie orientieren sich vielmehr an der Stellung der Individuen (und der sozialen Gruppen) im Produktionsprozeß und im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Somit ist die Bemessungsgrundlage, das Maß des Anspruchs bei der Verteilung, auch nicht die Arbeit selbst, sondern die Klassenzugehörigkeit der Arbeitenden. Insofern weisen die Verteilungsverhältnisse auch auf eine bestimmte Ausprägung der Klassenverhältnisse hin; denn „die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur die Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst.“ (7) (...)

Wir hatten oben bereits gesehen, daß ungeachtet der ideologischen Formel vom gesellschaftlichen Charakter der Aneignung in der DDR ebenso stillschweigend anerkannt wird, daß die Aneignung in Wahrheit betriebsborniert stattfindet und die Betriebe mittels des Gewinns und anderer Wertkategorien zu einer Tätigkeit im „gesellschaftlichen Interesse“ erst stimuliert werden müssen. Genauso verhält es sich in bezug auf die Arbeit. Zwar wird auch hier gesprochen vom unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, tatsächlich aber muß auch diese Arbeit „für die Gesellschaft“ erst stimuliert werden, sonst würde sie nicht in ausreichendem Maß stattfinden.

Die Ursache dafür liegt natürlich nicht in einer gattungsmäßig begründeten Faulheit der Arbeiter oder in ihrem zurückgebliebenen Bewußtsein, sondern in ihrer realen sozialen Stellung, in der Tatsache,

daß — wie oben dargestellt — die „assozierte Arbeit“ nur ein ideologisches Trugbild ist, das sich im harten Licht der Fakten in kommandierte Arbeit auflöst, in eine Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln. Deswegen sind sie gleichgültig gegenüber der konkreten Bestimmtheit dieser Arbeit, hat die Arbeit für sie nur insofern Interesse, als sie Mittel zum Leben ist.

Der Lohn als Stimulierungsinstrument reagiert genau auf diesen Tatbestand. Er soll nach offizieller Lesart die persönlichen materiellen Interessen des Arbeiters mit den „gesellschaftlichen Interessen“ in Verbindung bringen. Trotz des angeblich unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit setzt sich das „gesellschaftliche Interesse“ also nicht unmittelbar durch, sondern hinter dem Rücken des Produzenten (nicht durch sein bewußtes Wollen), indem der Arbeiter in Verfolgung seiner privaten Interessen auf einen möglichst hohen Lohn orientiert wird; die dazu erforderliche hohe Arbeitsleistung aber der „Gesellschaft“ nutzt.

Die spezifischen Lohnformen, die dabei angewandt werden, bewirken natürlich eine beständige Verfestigung dieser Verhältnisse. Durch den völligen Verzicht auf kollektive Lohnformen zugunsten des individuellen Leistungslohns wird beständig an das private Interesse appelliert, wird der einzelne Arbeiter wiederum isoliert, an seinen Arbeitsplatz fixiert und in eine Konkurrenzsituation gegenüber den anderen Arbeitern gesetzt. Der Stücklohn zwingt ihm ein Denken in Akkordminuten (und den entsprechenden Geldeinheiten) auf, hinter dem der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion völlig verloren geht, insbesondere da ihm ja auch die unmittelbaren Bedingungen des Stücklohns, die Normen, aufgezungen werden von den Arbeitsnormen als Vertretern einer scheinwissenschaftlichen Objektivität.

Insofern trägt der Lohn als Stimulierungsinstrument auch zur Verfestigung von „Lohnarbeiterbewußtsein“ oder „Konsumdenken“ und anderen Erscheinungen bei, die in der DDR beklagt werden. Sie wurzeln aber weder in den Relikten aus der „vorsozialistischen“ Zeit noch im Westfernsehen, sondern in der tatsächlichen Stellung des Arbeiters, in den Produktionsverhältnissen selbst und sie werden von diesen Verhältnissen reproduziert. Wenn der Arbeiter ein bloßes Objekt des Produktionsprozesses, wenn er von jedem Einfluß auf seine Produktionsbedingungen getrennt ist, müssen für ihn notwendigerweise auch Arbeitszeit und Freizeit völlig auseinanderfallen. Die Freizeit kann dann nicht eine Sphäre der Entwicklung seiner Produktivkräfte (seiner Anlagen und Fähigkeiten) sein, die wiederum auf den Produktionsprozeß zurückwirken. Die Freizeit ist vielmehr eine Sphäre der Kompensation für entfremdete Arbeit, somit eine Sphäre der Privatheit. Von daher ist es nicht verwunderlich, daß die Formen dieser Kompensation genau dem privaten Konsummodell des Westens entsprechen. (...)

ANMERKUNGEN

1. R. Dams, Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt (M) 1973, S. 148
2. Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, Berlin (DDR) 1984, S. 576
3. ebenda, S. 568
4. siehe Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 93
5. siehe Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms
6. F. Engels, Anti-Dühring in MEW Bd. 20
7. K. Marx, Das Kapital Bd. 1, S. 22

„Geronnene, rostige Verhältnisse“

Zwei neue Romane aus der DDR

Heiner Müller, Dramatiker aus der DDR, hat kürzlich in einem Gespräch mit der Zeitschrift „Sinn und Form“ die provozierende These entwickelt, daß die BRD eigentlich keine eigenständige Kultur habe, daß kulturelle Impulse dort im wesentlichen aus der DDR und aus Österreich kämen. Texte aus der DDR seien „einfach sprachlich komplexer und dichter“, enthielten somit auch ein größeres Widerstandspotential gegen die Amerikanisierung der BRD-Kultur.

Das ist natürlich überspitzt formuliert, weist aber auf Entwicklungen hin, die das Vorurteil von der DDR als kulturellem Ödland (das der „Entwicklungshilfe“ aus dem Westen bedürfe) nachhaltig untergraben haben. Das gilt vor allem sicher für Müllers eigentliches Metier, das Theater, wo die Bühnen der BRD einen großen Teil der wirklichen Innovationen der Arbeit von Autoren beziehungsweise Regisseuren aus der DDR zu verdanken haben. Aber auch in anderen Bereichen sind Produktionen aus der DDR zunehmend einflussreicher auf den gesamten deutschen Sprachraum geworden — man denke nur an Christa Wolfs Erzählung „Kassandra“, die sogar auf die westdeutschen Bestseller-Listen rückte.

Zu den immer zahlreicher werdenden DDR-Autoren, deren Werke heute in beiden deutschen Staaten verlegt werden, zählt auch Christoph Hein. Dem 1944 geborenen Erzähler und Dramatiker gelang der Durchbruch zu einem breiten Lesepublikum im Westen vor drei Jahren mit der Novelle „Drachenblut“, nicht zuletzt wohl deshalb, weil es sein BRD-Verlag (Luchterhand) geschickt verstanden hatte, diese Novelle als „Kultbuch“ anzupreisen. In „Drachenblut“ hatte Hein aus der Perspektive einer etwa 40jährigen Ärztin deren kurze Beziehung zu einem Mitbewohner in einem Ostberliner Hochhaus mit Einzimmerapartements erzählt und zu einem Bild nahezu vollständiger Isolation verdichtet: „Ich bin auf alles eingerichtet, ich bin gegen alles gewappnet, mich wird nichts mehr verletzen. Ich bin unverletzlich geworden. Ich habe in Drachenblut gebadet, und kein Lindenblatt ließ mich irgendwo schutzlos. Aus dieser Haut komme ich nicht mehr heraus.“

Hier wird sichtbar, worauf sich die relativ breite Aufnahme der neueren DDR-Literatur in Westdeutschland gründet: Es werden — ungeachtet der in beiden Staaten immer wieder hervorgehobenen angeblich fundamentalen Systemunterschiede — die gleichen gesellschaftlichen Widersprüche thematisiert, mit denen auch die Leser in der BRD konfrontiert sind — sei es die schleichende Militarisierung der gesellschaftlichen Beziehungen in „Kassandra“ oder die Isolierung der Individuen voneinander und von der Gesellschaft in „Drachenblut“.

Das gilt auch für Heins ersten Roman, „Horns Ende“, der in diesem Herbst erschienen ist. Sein Thema ist der „Kampf um Erinnerung“, (Mitscherlich), der Kampf gegen das Vergessen und Verdrängen der Vergangenheit, ohne die doch die Gegenwart nicht begriffen werden kann. Es ist ein Toter, der hier Erinnerung fordert, eben Horn, von Beruf Historiker, zu Beginn der fünfziger Jahre als Museumsleiter in das DDR-Nest Guldenberg strafversetzt und dort kurze Zeit nach der Versetzung durch Selbstmord geendet.

Horn kann die Vergangenheit

nicht ruhen lassen. „Sterben versöhnt nicht. Nicht, wenn die Erinnerung unversöhnlich bleibt.“ Unter seinem Drängen denken sich fünf Personen zurück in das Guldenberg der fünfziger Jahre. Aus ihren erinnernden Erzählungen wird der „Fall Horn“ rekonstruiert und mit ihm das Geflecht sozialer Beziehungen in einem Provinzstädtchen der damaligen Zeit. In einigen dieser Erzählungen wird die Erinnerung noch weiter in die Vergangenheit vorangetrieben, so besonders bei dem schwachsinnigen Mädchen Marlene, das dem Euthanasie-Programm der Nazis nur durch den Opfertod der Mutter entging.

Ganz offensichtlich will Hein in seiner Rekonstruktion des „Falls Horn“ auch Kollektivschuld zur Sprache bringen, die Verantwortung vieler für das traurige Ende eines „Außenseiters“, eines Menschen, der sich der Anpassung verweigert. Diese Absicht wird verstärkt dadurch, daß Heins Figuren in ihren Erzählungen die hinter der kleinstädtischen Normalität verborgene Gewalttätigkeit sichtbar werden lassen: die Aggressionen gegen die Zigeuner, die jedes Jahr zur gleichen Zeit in Guldenberg Station machen (mehr noch als Horn Außenseiter, die Fremden schlecht-hin), die Brutalität in den familiären Beziehungen, das Verräterische der Sprache, wenn etwa der Bürgermeister Kruschkat meint, Horn sei eben lebensuntüchtig gewesen und für den Selbstmord bestimmt wie „ein Ochse für den Schlachthof“.

Dennoch bleibt die kollektive Schuld an Horns Tod im Unbestimmten, weil sich diese individuellen Verhaltensmuster nicht zu gesellschaftlichen Verhältnissen zusammenfügen. Hier macht sich auch negativ bemerkbar, daß Hein die unmittelbar politischen Implikationen des „Falls Horn“ weitgehend ausklammert. Wir erfahren nie genau, welcher Art die politischen „Verfehlungen“ waren, die Horn seine Strafversetzung nach Guldenberg eingetragen haben. Ebenso unklar bleibt, warum gegen Horn kurz vor seinem Selbstmord erneut ein Verfahren in Gang gesetzt wird. Das trägt dazu bei, daß Heins Rekonstruktion von Horns Ende zwar ein beklemmendes und dichtes Bild des Provinzalltags in der Nachkriegszeit ergibt, der historische Zusammenhang hinter diesen Alltagsgeschichten allerdings weitgehend verschwindet.

Heiner Müller hatte in dem oben erwähnten Gespräch gefordert: „Was wir brauchen ist mehr Utopie. Und das ist gefährdet, die Utopie hier. Vor allem der Wille zur Utopie ist in der Gefahr, durch den Alltag paralytisch zu werden, und da muß man aufpassen.“ Einen solchen Anspruch konnte oder wollte Hein nicht einlösen. Der in „Horns Ende“ betriebene Kampf um die Erinnerung läuft ins Leere, weil es nicht gelingt, den notwendigen Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen. Auf Erinnerung dringen die unversöhnt gebliebenen Toten oder als ihre Stellvertreterin die Literatur. Aber mit welchem Interesse für die Gegenwart, mit welchen Zielen für die Zukunft? Das bleibt bei Christoph Hein unbeantwortet.

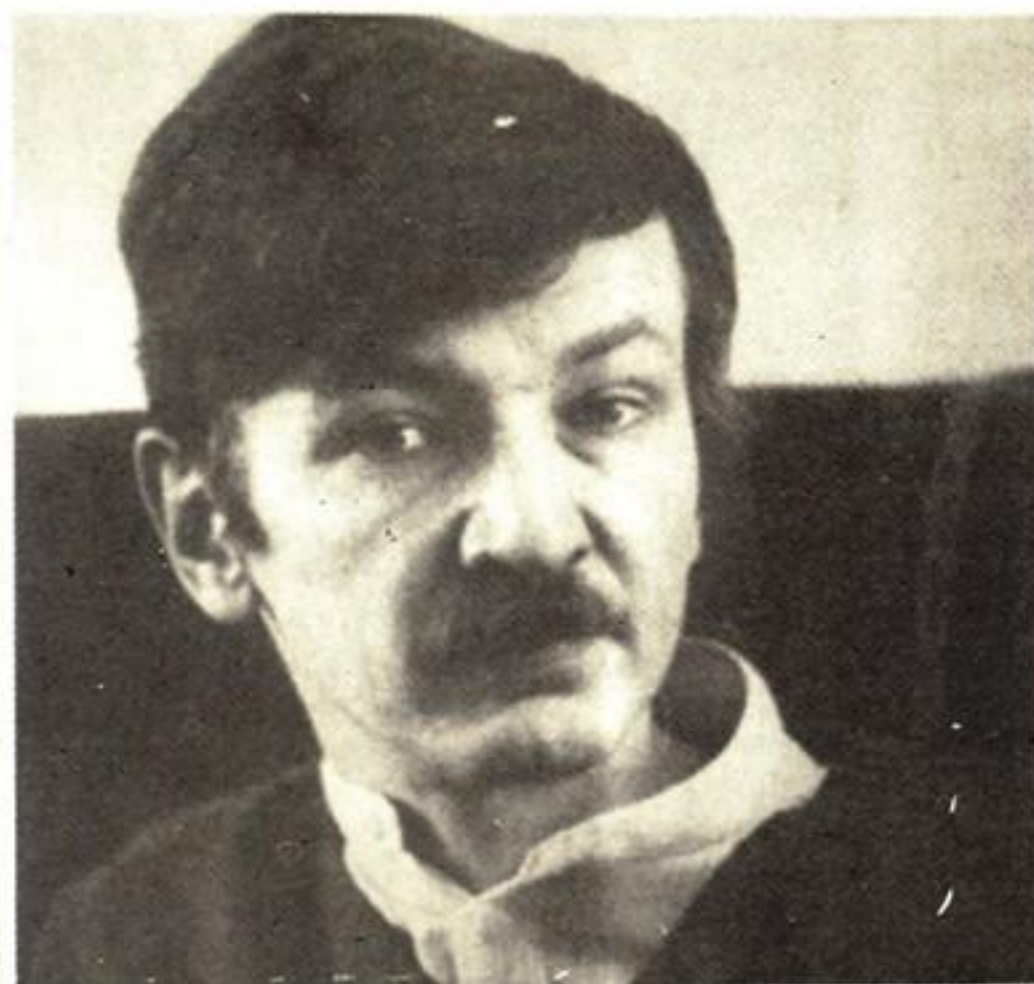
Müllers Forderung nach „mehr Utopie“ wird dagegen in Volker Brauns neuester Arbeit, dem „Hinze-Kunze-Roman“, voll eingelöst. Allerdings nicht auf dem traditionellen Wege des Ausmalens einer „besseren Gesellschaft“ wie et-

wa in den frühen sowjetischen utopischen Romanen von Alexei Tolstoi oder Bogdanow. Ein solches Unterfangen würde heute gesellschaftliche Widersprüche eher verschleiern denn erhellen. Brauns „Utopie“ ist der real existierende Sozialismus selbst, genauer: dessen Anspruch, die Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder verwirklicht zu haben.

Diesen Anspruch prüft Braun, indem er seine Figuren auf Reisen durch die DDR schickt: Kunze, einen hohen Partei- oder Staatsfunktionär, „auf Lehrgänge zum wissenschaftlichen Optimisten qualifiziert“ und dessen Fahrer Hinze, von dem es heißt: „Er war gewohnt, sich überraschen zu lassen. Beschlüsse wurden gefaßt, er las sie in der Zeitung, er war einverstanden.“ Es handelt sich hier — man merkt es schon — um eine neue, eben realsozialistische Variante des Herr und Knecht-Themas.

Volker Braun hat dieses Thema, ungeachtet des Titels seines Buches, nicht in ein herkömmliches Roman-Schema eingepreßt. Er hat vielmehr einen äußerst verzwickten und anspielungsreichen Text geliefert, dessen Kern die Dialoge bilden, in denen Hinze und Kunze auf ihren Fahrten durch die DDR ihr Verhältnis zueinander und zum „gesellschaftlichen Interesse“ reflektieren. So ist dieses Buch auf der einen Seite fast so etwas wie ein philosophischer Traktat, andererseits aber auch ein erotischer Abenteuerroman und vieles andere mehr. Braun spielt virtuos mit verschiedenen literarischen Formen, parodiert sie, greift immer wieder als Erzähler direkt in seinen Text ein, stellt ihn in Frage, nimmt ihn teilweise zurück oder prüft, ob er auch vor den Augen der „hauptamtlichen Leser“ bestehen könnte.

Gerade hier zeigte sich, wie überaus genau Braun die gesellschaftlichen Widersprüche aufgedeckt und literarisch zugespitzt hat. Im „Hinze-Kunze-Roman“ läßt er als Vertreterin der „hauptamtlichen Leser“ eine Frau Prof. Messerle auftreten, die das Roman-Projekt heftig kritisiert und statt dessen vom



Christoph Hein

Autor ein Buch fordert, das „eine sichere Bastion gegen die unzuverlässige Wirklichkeit ist.“ Nach dem verspäteten Erscheinen des Romans in der DDR (das Manuskript hatte vier Jahre beim Verlag gelegen) meldete sich im „Neuen Deutschland“ eine Frau Prof. Löffler zu Wort, die Braun ein Abrutschen ins Anarchistische vorwarf und befand, sein Roman werde „kleinlich, verharrt, unentgrenzt gerade dort, wo für das große, freie Menschenleben plädiert werden soll.“ Es scheint, als wolle nun die Wirklichkeit die Literatur parodieren.

„Hinze-Kunze“ ist unter anderem auch ein Betriebsroman. Ein entsprechender Abschnitt aus dem Buch ist in diesem RM nachgedruckt, (sh. Leseprobe S. 13). Es ist dies natürlich eine vollständige Umkehrung des traditionellen Betriebsromans, wie man ihn aus der DDR-Literatur kennt. So radikal wie bei Volker Braun ist der Rede vom großen, freien Menschenleben wohl noch nie die als „geronnene, rostigen Verhältnisse“ gekennzeichnete Wirklichkeit entgegengestellt worden, die den Arbeitern nur eine Alternative läßt: „Entweder würden sie in den mächtigen eisernen Bedingungen verschwinden, oder sie

müßten sie zerbrechen, wie der Falter die Larve sprengt. Nicht mit einem Flügelschlag: aber um zu fliegen, um sich zu entfalten.“ d.s. Christoph Hein, Horns Ende, Luchterhand Verlag, 266 Seiten, 26,80 DM

Volker Braun, Hinze-Kunze-Roman, Suhrkamp Verlag, 199 Seiten, 28,— DM



**VOLKER
BRAUN
HINZE-
KUNZE-
ROMAN**
SUHRKAMP

„Die Wiedergutmachung“

Die Wiedergutmachung
oder Wie man einen
verlorenen Krieg
gewinnt



Kiepenheuer
& Witsch

„Die Wiedergutmachung — oder wie man einen verlorenen Krieg gewinnt“ von Michael Schneider. Dieses Theaterstück, das 1977 bei seiner leider einmalig gebliebenen Aufführung in Wiesbaden einen Skandal auslöste, ist erstmalig im

Buchhandel erhältlich.

Warum löste es einen Skandal aus und feierte nicht Bühnenerfolge wie „Unsere Republik“ von U.J. Jensen in Bochum? Das mag an diesen und jenen besonderen Umständen gelegen haben, vor allem aber daran, daß es viel unmißverständlicher als das Stück des Bochumer Ensembles zeigt: Dies ist nicht unsere Republik. Thema bei Schneider ist der Wiederaufstieg des großen Geldes nach dem Krieg zu neuer wirtschaftlicher und politischer Macht. Schneider hat daraus kein historisches Schauspiel gemacht in der Art der politischen Stücke von Hochhut. Hochhut entlarvte politisch Verantwortliche wie etwa den Papst Pius XII. oder Leute wie Filbinger, zeigte die Rolle der katholischen Kirche und der Justiz. Die „Wiedergutmachung“ bringt das ganze gesellschaftliche Kräftespiel auf die Bühne und läßt etwa beim Kriegsverbrecher-Prozeß gegen den Stahlkönig Zech nicht bloß Ankläger, Richter, Angeklagten und Verteidiger unter sich agieren, sondern die Arbeiter des Stahlkönigs selbst Anklage erheben. Das Stück zeigt, wie es Zug um Zug zur

Auflösung der antifaschistischen Einheit in der Arbeiterbewegung kommt. Es ist kein Enthüllungstück, sondern ein Aufklärungstheater. Dies ist wohl der Grund, weshalb es weder von DDR-Bühnen noch sozialdemokratisch beeinflussten Theatern in der Bundesrepublik aufgeführt wurde. Es verlangt kritische Distanz sowohl zur kommunistischen als auch der sozialdemokratischen Tradition in der Arbeiterbewegung. Sollte es eines Tages vom Ruhrfestspielensemble in Recklinghausen aufgeführt werden, dann wird man sagen können, daß die Arbeiterbewegung in unserem Land ein Stück weitergekommen ist.

Schneiders Stück enthält im übrigen sehr schöne Verse, Moritaten und Songs, die die Lektüre zum wahren Vergnügen machen. Die Buchveröffentlichung ist mit einem aktuellen Vorwort zum Flickskandal und einer ausführlichen Dokumentation, dem „Lesebuch zur Vorgeschichte der geflickten Republik“, versehen. Erschienen bei Kiepenheuer & Witsch — Preis 34,— DM.

r.s.

Leseprobe: Volker Braun Hinze Kunze Roman

Der Kampf war seit langem im Gange. Als Hinze zum erstenmal die Fabrik betrat, war sie schon vom Getöse erfüllt, die Säle, die Büros, vom stummen Gemetzel. Hinze nahm es zunächst nicht wahr; er ging ahnungslos hinein, mit seinen schwachen kindlichen Gliedern, seinem Milchgesicht, seinen zwei linken Pfoten, nichts als Flausen im Kopf. Eine unbeschriebene Haut! Er wurde an eine alte Maschine gestellt, seinen Platz. Er atmete die ungewohnte Luft, Öl, Eisen, ein schwerer, erregender Geruch. Die Älteren sahn prüfend zu ihm her, ihrem Kameraden: wie würde er sich schlagen? Die Maschine, die Großmutter, klapprig und kaum noch zu beleidigen von seinen raschen ungelinkten Händen, brachte ihm langsam die Griffe bei. Es war ein abgestumpftes aber im Grunde gemüthliches Ding, das ihm nichtsdestoweniger auf die Sprünge und zum ersten Spaß half. Was herauskam am Schichtende lag unter der Norm, blanke aber ungenaue Teile: bis er seinen Ehrgeiz darein setzte, den gehörigen Berg Werkstücke hinzusetzen, auf den hier alles versessen war. Das war der Augenblick, in dem er in die Schlacht ging. Noch wußte er nicht, was er tat, wer hier gegen wen oder was antrat. Noch dachte er, daß er sich nur ausprobierte, daß er gegen sich selbst kämpfte, seine Müdigkeit früh um sechs, seine Unlust gegen elf, seine laweden Knochen. Er nahm es als Sport. Er ließ sich an die neueste Revolverbank delegieren und versuchte, sie auszuholen wie die erfahrenen Dreher. Er beobachtete Form und Farbe des Spans, seine Zerrissenheit, die beschmolzene Schneide des Werkzeugs, das er in falschem Winkel oder bei zu hoher Drehzahl an das Eisen stellte. Er lernte die rasenden Zusammenhänge von Schneidewinkel, Spantiefe, Vorschub und Schnittgeschwindigkeit, die sein Gehirn ins Rotieren brachten und alles überflüssige Denken hinauspritzten. Er mußte bei der Sache sein. Er wurde lebendig. Er mußte, was die Maschine hergab, aus sich selber holen bzw. sie riß es aus ihm heraus, einem ölverschmierten, schwitzenden, fröhlichen, besessenen Mann! Einem andern, den er nicht gekannt hatte, den er nicht vermutet hatte in seinem Fleisch, einem komischen kleinen Athleten, der den andern Männern glich. Man grüßte ihn, die Hand an der Mütze, man steckte ihm die Zigarette ins Maul. Er hätte die Maschine umarmen mögen, aber er foppte sie bloß, er brachte sie auf Touren, rücksichtsvoll, zuvorkommend, aber bis zum letzten Effet. Hinter ihm und neben ihm lagen die fertigen Teile, Kurbelwellen, Walzen, stapelten sich auf Paletten, wurden fortgezogen und blieben in seinem Kopf und kamen wieder auf weißen Listen, Stückzahlen, Sollmengen, an denen er gemessen wurde. Die sich drohend hinter ihm erhoben. Die ihm im Nacken saßen. Totes Zeug, das ihn nichts anging, von dem er abhängig war! Er wollte noch mehr davon über den Schlitten wirbeln, mit Lust und Tücke, die Maschine verstand nicht gut, er geriet in Wut. Sie zwang ihn zu immer denselben Bewegungen, die er spielerisch, wie ein Tänzer vollführte, oder wie ein Affe, am späten Vormittag, wie ein Idiot! Und zu denselben Gedanken im schwirrenden Kopf, die er vergessen konnte. Sie lief stur mit leisem Geheul, er



stand ein dressierter Dompteur im Käfig. In schwarzen lächerlichen Schuhen am Betonboden festgelötet, seine Armstümpfe an der zerknitterten Brust. Eisenhaufen auf seinem Schädel. Seine Produkte. In diesen Momenten ahnte er, worum es hier ging. Das war kein Sport, das war grausamer Ernst. Diese lebendigen Leute hier, Spitzendreher, Bestarbeiter, standen im Krieg gegen tote Dinge, die sich anhäuferten, das Vergangene, das Erlösche, das sich wie Lava in die Halle wälzte. Das Erschrecken über diese Entdeckung hätte Hinze vermutlich zerschmettert und zu der üblichen sechswöchigen Krankschreibung geführt, aber es kam immer Arm in Arm mit einer voluminösen Freude. Er stak hier nämlich nicht allein in dem Schlamassel, sie waren eine Truppe, ausgelernte Haudegen. Auch wenn sie sich nicht ansah, gezwängt an die Dreh-, Bohr-, Fräsmaschinen und numerisch gesteuerten Fließreihen, oder zuhört in dem Gerassel. Auch wenn sie im Wettbewerb standen beieinander. Wenn sie sich übertrafen, diese toten Dinge zu vermehren, sie machten alle den Buckel krumm gegen die Gefahr, lebendig begraben zu werden vor der Rente. Die Langen und die Dünnen, die Deutschen und die Polen, die Weißen und die Gelben, in der gleichen Montur. Auch die Meister, in ihren zu engen Jacken, konnten man zu ihnen zählen: die noch auf das Werkzeug schauten und nicht nur auf das Endergebnis. Die Abteilungsleiter und Direktoren kannte man flüchtig als anteilnehmende Personen, obwohl sie über dem Kampf zu stehen schienen oder die Fronten wechselten, mit ihren Tabellen und Rechenschiebern. Ihren Planziffern und rotweißen Losungen, die ihnen aus der Schnauze hingen. Am Monatsende wurden sie leicht zu Feinden,

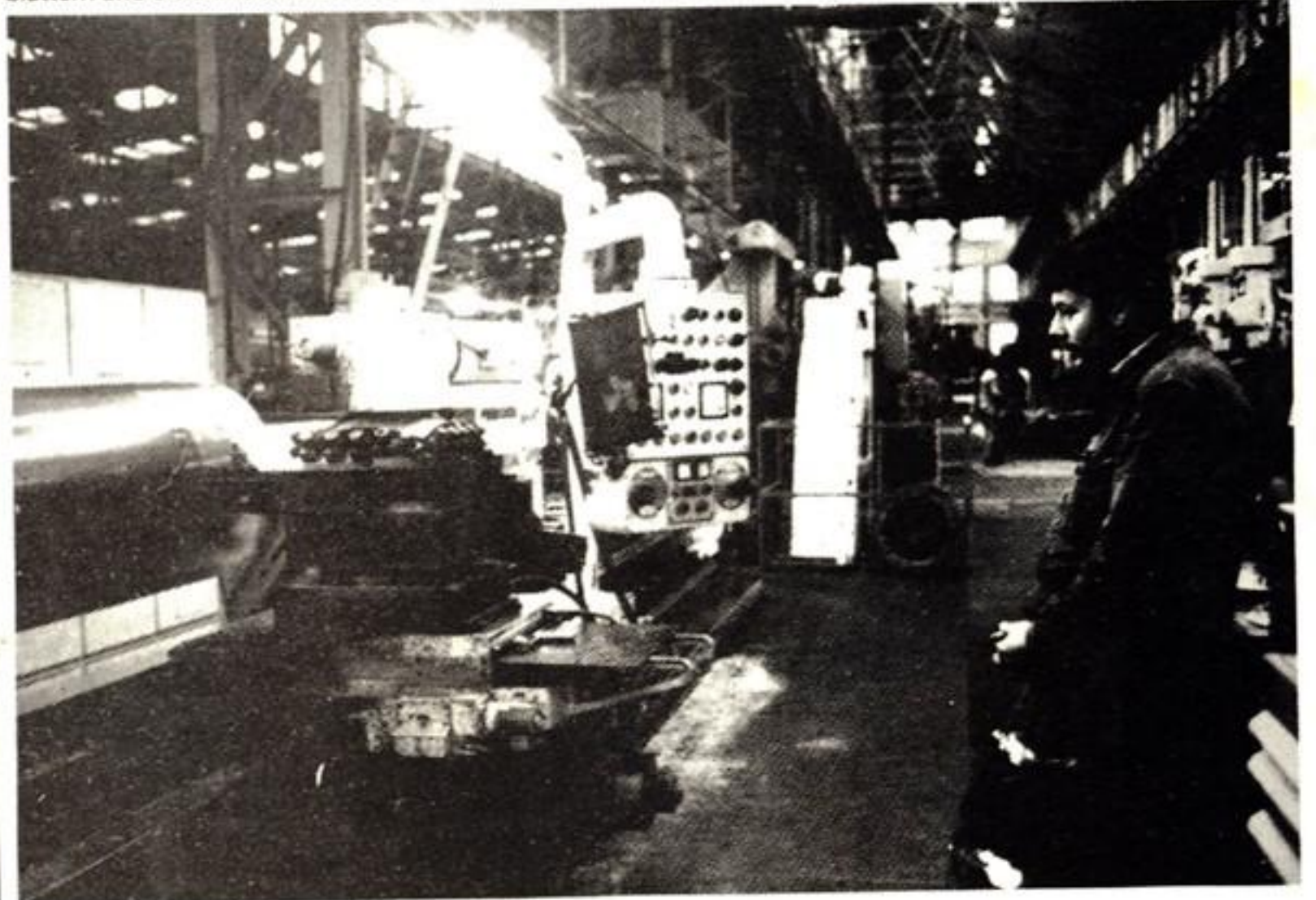
die, hinter den Ausschußstapeln, blödsinnig in die Menge schossen. Die Schlacht hatte offensichtlich ihre eigene Logik, die der Mensch erst begreifen mußte. Sie nagelte die Leute in die Maschinenstraßen oder hob sie in schwindelnde Büros, auf die Kommandoposten, wo sie mit lebendiger Stimme tote Sätze riefen. Hinze, einem harmlosen Mann, der freundlich zwischen den Standpunkten vermittelte, standen aufreibende Erfahrungen bevor. Zwar sah er die Zusammenhänge von Planaufgabe Eigeninitiative Wohlstand und Rationalisierung, die ihn vom Stuhl rissen in der Versammlung und selbstvergessen reden machten. Und es war ein Spaß, Vorschläge hinzublättern und die anmaßenden Refe-



Volker Braun

renten in ihren Quark zu stippen. Dann war er wer, er war angesehen am roten Brett. Er entwickelte sich mit der Gesellschaft, sie verlangte nach ihm. Das war schon ein Glück. Man war sich ja einig, heutzutage, man diskutierte frisch, man ging höchst beweglich taktisch miteinander um. Aber zwischen ihnen, hinter ihnen, über ihnen stand etwas, wurde fest, geronnene, rostige Verhältnisse. Nicht daß sie undurchdringlich waren, man erreichte diesen und jenen, man konnte manchmal etwas ausrichten in der Halle. Aber die Mühe, der Kampf! Und draußen stand der Nebel wie eine Wand. Draußen, wo die größeren Dinge liefen, von denen alles abhing, draußen wo die Weichen gestellt wurden. Er fuhr seine Maschine, seine Anlage, seinen Wagen, auf dem festgeschriebenen Gleis. Natürlich wurde daran gedreht. All diese lebendigen Leute, vom Dreher bis zum Generaldirektor, versuchten die Strukturen zu durchlöchern, sich kurzzuschließen, die Ebenen zu überspringen. Sie setzten die üblichen Waffen ein, die furchtbarste: das Vertrauen. Dagegen half nur ein Mittel: Entzug der Informationen. Die Institutionen, Produkte langjähriger Arbeit von oben herab, die sich in der Landschaft festgesetzt hatten wie ägyptische Pyramiden, wehrten sich mit den alten plumpen Methoden, Tricks, zu denen ihre Mumien noch fähig waren. Das hat Hinze nie ganz begriffen, diese Dimension des Kampfs ging ihm nicht auf. Er war Detailarbeiter. Und doch ahnte er zuletzt, daß es um das Ganze ging. Er lebte längst in den *besseren Zeiten*. Er hatte *alles*, hieß es. Ihm gehörten die Maschinen, jedenfalls nicht Krupp Flick Thyssen. Auf den Stühlen saßen seine Leute, konnte man sagen. Es war, sozusagen, sein Staat. Aber er stand noch immer im Kampf! Der Kampf war nicht ent-

schieden! Es war nicht viel gewonnen! Was herrschte hier? Das Tote, die Dinge, die Pyramide, oder seine Arbeit? Das Tote, oder das Lebendige? Er wechselte die Drehbank, er wechselte den Betrieb, er wechselte den Beruf. Er blieb im Clinch mit den gemachten, den vergangenen, den angehäuften Formen. Die herrschende, die angeherrschte Klasse. Da machte Hinze, gelernter Dreher, Bestarbeiter, in den besseren Zeiten, eine Sensationelle Entdeckung. Es gab nichts außer ihnen selbst, was ihrem Leben Sinn gab. Was sie nicht waren und taten und entschieden, war der Tod. Er hielt in der Arbeit inne, sah auf das verbissene Getümmel, das aschgraue, mit Grünpflanzen getarnte Schlachtfeld. Er hatte nie etwas anderes gesehen. Er wußte nicht, wann der Kampf begonnen hatte. Aber alles deutete darauf hin, daß eine Entscheidung fallen mußte. So oder so; denn der Kampf hatte alles und jeden bis in die Fasern ergriffen. Entweder würden sie in den mächtigen eisernen Bedingungen verschwinden, oder sie müßten sie zerbrechen, wie der Falter die Larve sprengt. Nicht mit einem Flügelschlag: aber um zu fliegen, um sich zu entfalten! Er blickte starr in die Halle hinein, er konzentrierte sich auf das Ende. Die ahnungslose Truppe putzte die Schlitten vor Feierabend, vom Fight gezeichnete Gestalten. Er stellte sich das Finish vor, ein sagenhaftes Jahrtausend. Er ging durch das Tor hinaus, mit allen andern durch die akkurate neonbeleuchtete Unterführung. Er schritt aus, den Kopf zur Seite gedreht, skeptischen Blicks nach hinten, seine Lippen fest aufeinander, die Mundwinkel eine Spur herabgezogen, die Stirn gefurcht, Gesichtsfarbe ungesund schokoladebraun, ein Krieger, der den Tod gesehen hat, am gestreckten Arm die Faust geballt um die Lohntüte.



Kritik am alten KPD-Programm

Der Sonderparteitag der KPD, der Anfang November stattfand, hob das alte KPD-Programm von 1977 auf und billigte an Stelle dessen den neuen Programm Entwurf als weitere Diskussionsgrundlage. Über das neue KPD-Programm wird endgültig entweder ein Sonderparteitag der KPD im kommenden Jahr entscheiden, oder im Falle der Vereinigung von KPD und GIM der Vereinigungsparteitag der neuen Organisation.

Der Sonderparteitag beauftragte das Zentralkomitee im Roten Morgen für die Öffentlichkeit unsere grundlegende Kritik an dem alten Programm der KPD von 1977 noch einmal zusammenzufassen. Diesen Auftrag wollen wir hiermit erfüllen. Der folgende Artikel basiert auf einem ZK-Artikel, überschrieben: „Warum unsere Partei ein neues Programm braucht — Zur Kritik des geltenden Programms“, der Anfang 1985 im „Kommunist“, dem internen Organ der KPD zusammen mit dem neuen Programm-Entwurf, erschien.

Die Programmdiskussion in der KPD begann vor rund zwei Jahren mit der Erkenntnis, daß das Programm von 1977 in vielen Passagen nicht mehr die programmatische Grundlage für die politische Tätigkeit der Partei darstellte, so daß die Schlußfolgerung: wir können mit dem alten Programm nicht einfach so weitermachen, wir brauchen ein neues Programm, das unsere neuen politischen Erfahrungen und Schlußfolgerungen aufgreift, auf der Hand lag.

Der Sonderparteitag im November dieses Jahres beendete diese Debatte über das alte Programm mit einer wesentlich klareren Absage an das Programm von 1977: „Das Programm aber ist zugleich Ausdruck unseres früheren abstrakten und dogmatischen Verständnisses des Marxismus-Leninismus, unserer sektiererischen Haltung zum realen Klassenkampf, unserer theoretischen, organisatorischen und politischen Isolierung von der Arbeiterbewegung. (...) Das Problem des Sektierertums ist in unserer Partei lange als Problem der Taktik im engeren Sinne und der Arbeitsmethoden diskutiert worden. Tatsache aber ist: die heutige KPD ist vor allem deshalb nicht mehr die KPD/ML der frühen Jahre, weil ihre Tätigkeit im wesentlichen nicht mehr von dem Programm von 1977 ausgeht.“ (Aus: Begründung zum ZK-Antrag zur Aufhebung des Parteiprogramms von 1977)

Wir wollen im folgenden genau-

er begründen, warum wir das Programm von 1977 für unbrauchbar halten, um tatsächlich die Tätigkeit einer kommunistischen Partei zu orientieren, und in wesentlichen Passagen für direkt falsch.

Die strategische Vorstellung von der „Ablehnung des Kapitalismus als System“ ist falsch

Die Kritik am Kapitalismus und am bürgerlichen System ist im alten Programm vor allem in den Kapiteln „Der Kapitalismus und der Imperialismus als sein höchstes und letztes Stadium“ und „Die Diktatur der Bourgeoisie in der Bundesrepublik und Westberlin“ zusammengefaßt. Im erstgenannten Kapitel wird versucht, die wesentlichen Bewegungsgesetze des Kapitalismus/Imperialismus darzulegen. Rein sachlich ist das auch relativ gut gelungen. Die Darstellung lehnt sich über weite Strecken an die entsprechenden Passagen des Programms der Kommunistischen Internationale an.

Aber diese kapitalistischen Bewegungsgesetze werden eben nur in gedrängter Form aneinandergereiht, nicht erläutert oder erklärt. Ohne marxistische Vorkenntnisse ist dieses Kapitel kaum zu verstehen. Es ist auch zu bezweifeln, ob eine derartig gedrängte theoretische Beschreibung des Kapitalismus mit dem Bemühen um Vollständigkeit überhaupt verständlich geraten kann.

Gegenüber der theoretischen Darlegung der kapitalistischen Bewegungsgesetze verschwinden deren Auswirkungen für die Arbeiterklasse weitgehend. Zwar werden steigende Arbeitssetze, Arbeitslosigkeit, wachsende Monotonie der Arbeit, Lohndrückerei usw. als Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung erwähnt, aber das erscheint nur als Nebenprodukt der theoretischen Beschreibung des Kapitalismus/Imperialismus als System, was die hauptsächliche Absicht dieses Kapitels ist.

Diese sehr allgemeine Beschreibung des Kapitalismus als System erschwert es den Kolleginnen und Kollegen, die sich aufgrund ihrer Erfahrungen im Kapitalismus für die kommunistische Partei und ihr Programm zu interessieren beginnen, eine Übereinstimmung mit ihren Problemen, die für sie Ausgangspunkt ihrer Kritik am Kapitalismus sind, und der im Programm entwickelten Kritik des Kapitalismus zu erkennen.

Hier ist — von Fragen der Darstellung und der Sprache einmal abgesehen — der erste schwerwiegende inhaltliche Einwand gegen das alte Parteiprogramm anzusetzen: das Programm bleibt bei der Kritik des Kapitalismus im wesentlichen in einer beschreibenden Darlegung seiner Bewegungsgesetze stecken. Die Kolleginnen und Kollegen aber nähern sich dem Kommunismus, weil sie sich die Probleme, die der Kapitalismus ihnen aufbürdet, vom Hals schaffen wollen.

Die Vorstellung, die dahinter steht, läßt sich wohl ungefähr so umreißen: die Kollegen kommen zum Kommunismus, weil sie das kapitalistische System grundsätzlich ablehnen. Entsprechend werden hier auch schon die Weichen da-

für gestellt, wie später der Sozialismus ins Programm eingeführt wird: als Beschreibung eines besseren Systems, in dem alle Probleme, die die Arbeiterklasse im Kapitalismus drücken, verschwunden sind.

Das Pferd wird so vom Schwanz aufgezäumt. Der Kommunismus kann Einfluß gewinnen, indem er Einfluß auf die — vor allem gewerkschaftlich — organisierte Arbeiterbewegung gewinnt. Die Arbeiterbewegung existiert — mit vorherrschendem sozialdemokratischem Einfluß. Diese Arbeiterbewegung wird sich nicht irgendwie auflösen und auf der Grundlage der „Ablehnung des Kapitalismus als System“ neu konstituieren.

Diese real existierende Arbeiterbewegung aber entwickelt sich. Wie? Im Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung auf die Lage der Arbeiterklasse. Jetzt — vermutlich wird das auch noch einige Zeit so bleiben — entwickelt sich die Arbeiterbewegung vor allem im Kampf gegen die ökonomischen Auswirkungen der krisenhaften kapitalistischen Entwicklung für die Arbeiter und Angestellten: Rationalisierung, Arbeitsplatzvernichtung, Lohnabbau, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Verschlechterung der Lebenslage im allgemeinen usw.

Die kommunistische Partei kann ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung nur steigern, wenn sie — mal ganz allgemein gesprochen — die Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung darüber, wie die Arbeiterklasse diese Probleme lösen kann, für sich entscheidet. Nur aus dem Kampf zur Lösung der auf die Arbeiter und Angestellten lastenden, durch den Kapitalismus hervorgerufenen Probleme wird sich für die Arbeiterklasse auch die Notwendigkeit des Kampfes um die politische Macht entwickeln. Das ist sicher sehr verkürzt und vereinfacht, verdeutlicht aber wohl dennoch, warum wir das Herangehen des alten Parteiprogramms für falsch halten.

Dem weitgehenden Verzicht darauf, die Kritik des Kapitalismus an seinen Auswirkungen für die Arbeiterklasse und die Werktätigen zu entfalten, um die politische Strategie der Partei als Weg zur Lösung dieser auf der Arbeiterklasse lastenden Probleme zu entwickeln, entspricht, daß die Politik der Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung und die Werktätigen so gut wie überhaupt nicht konkret angegriffen wird. Daß liegt daran, daß Politik im alten Parteiprogramm so gut wie überhaupt nicht vorkommt.

Besonders deutlich wird das an dem Kapitel „Die Diktatur der Bourgeoisie in der Bundesrepublik und Westberlin“. Dort wird vieles angeführt, was zum Verständnis des Klassencharakters des bürgerlichen Staates als „Staat der Diktatur der Bourgeoisie“ notwendig ist. Die konkrete Wirklichkeit des Systems der Diktatur der Bourgeoisie bei uns aber wird nur völlig unzureichend erfaßt bzw. direkt falsch dargelegt. Wir wollen das an folgendem Absatz auf S. 53 des Parteiprogramms erläutern: „Zur Verschleierung ihrer diktatorischen Herrschaft bedient sich die Monopolbourgeoisie der sogenannten parlamentarischen Demokratie. Das Parlament und die bürgerlichen Parteien dienen dazu, das Volk hinter Licht zu führen, ihm das Gefühl zu vermitteln, die politischen Entscheidungen würden nicht gemäß den Interessen der Monopolbourgeoisie, sondern

nach dem Willen der Mehrheit des Volkes gefällt. In Wirklichkeit werden die eigentlichen „Staatsgeschäfte“ hinter den Kulissen in den Ausschüssen, Kanzleien und Stäben und letztendlich in den Chefetagen der Konzerne und Großbanken abgewickelt. Die bürgerlichen Wahlen sind für die Arbeiterklasse und die Werktätigen in keiner Beziehung freie Wahlen, weil sie unter den Bedingungen der Diktatur der Kapitalistenklasse stattfinden, weil die Werktätigen durch ihre Stimmabgabe höchstens bewirken können, daß eine Regierung der Monopole durch eine andere abgelöst wird, die ebenfalls aus Repräsentanten und Vollzugsgehilfen der Monopolbourgeoisie gebildet wird.“

Konfrontieren wir diese Darlegung des Parteiprogramms mit ein paar Tatsachen aus der jüngeren Geschichte:

- 1970—72 führten mächtigste Finanzkapitalistische Kreise mit großem finanziellen Aufwand einen Kampf zum Sturz des damaligen Bundeskanzlers Brandt, dessen Regierung sich nur auf eine sehr knappe Mehrheit im Bundestag stützen konnte. Im Wahlkampf 72 kam es zu einer ungeheuren Unternehmerkampagne zugunsten der Unionsparteien — der größten in der Geschichte der Bundesrepublik. Die SPD erreichte aber einen triumphalen Wahlsieg. Nebenbei: die Partei beurteilte diese politische Entwicklung damals völlig falsch.

- 1980 wurde Strauß zum Kanzler-Kandidaten der Unionsparteien nominiert. Das rief eine breite demokratische Bewegung unter der Losung „Stoppt Strauß“ hervor. Die Partei reagierte mit einer massiven Anti-Strauß-Kampagne und dem Volksfront-Wahlkampf.

- Ende 1981 wurde die SPDgeführte Bundesregierung Schmidt offensichtlich auf massives Betreiben des organisierten Unternehmertums, vor allem des Bundesverbandes der deutschen Industrie, gestürzt. Im nachfolgenden Bundesstammwahlkampf wurde mehr als offensichtlich, daß die ausschlaggebenden Kreise der Bourgeoisie massiv die Wahlniederlage der SPD betrieben. Die Partei reagierte darauf mit einer Kampagne, deren Stoßrichtung in der Losung „Nein zur Wunschregierung des Großkapitals“ zum Ausdruck kam.

Diese Ereignisse lassen sich mit der Darlegung des Systems der Diktatur der Bourgeoisie im Parteiprogramm von 1977 nicht in Übereinstimmung bringen, erst recht nicht mit ihrer Hilfe erklären. Die Darlegungen im alten Programm rufen vielmehr den Eindruck hervor, als wäre das Verhältnis zwischen Monopolkapital und Regierung ein reines Befehlsverhältnis, als würde der Bundeskanzler sich jeden Montag oder jeden Monatsersten seine Anweisungen für die Regierungstätigkeit direkt in den „Chefetagen der Konzerne und Banken“ abholen. Das aber ist eine unrealistische Abstraktion. Natürlich gibt es solche Treffen und natürlich haben sie erheblichen Einfluß auf die Regierungspolitik. Aber die finanzkapitalistischen Interessen setzen sich politisch vermittelt als Richtlinien der Regierungspolitik durch — jedenfalls im bürgerlich-parlamentarischen System wie bei uns.

Das ist schon deshalb nicht anders möglich, weil das Unternehmertum ja keinen monolithischen Block darstellt, sondern durchaus unterschiedliche, sogar gegensätzliche, Forderungen an die Regie-

rungspolitik stellt. Einheitlich sind die Forderungen der Kapitalisten an die Regierungspolitik nur, insofern es um grundsätzlichere Bedingungen der Kapitalverwertung und der Herrschaftssicherung geht. Ansonsten führen durchaus unterschiedliche Interessenlagen verschiedener Gruppierungen innerhalb der Kapitalistenklasse zu durchaus unterschiedlichen Forderungen an die Regierungspolitik. Die Monopole und Finanzgruppen konkurrieren nicht nur ökonomisch, sondern kämpfen auch um den führenden Einfluß auf die Regierungspolitik, weshalb sie sich auch massiv in die politische Auseinandersetzung innerhalb der bürgerlichen Parteien einmischen. Jede Regierung vertritt insofern nicht einfach nur das Gesamtkapital, sondern schwerwiegend bestimmte finanzkapitalistische Gruppierungen.

Weiter ist die Art und Weise der Durchsetzung finanzkapitalistischer Interessen im bürgerlichen Parlamentarismus, wie er bei uns existiert, durchaus nicht unabhängig von der Parteienstruktur; denn im bürgerlichen Parlamentarismus sind die Parteien nicht nur Attrappe zur Täuschung, sondern tatsächlich für die inhaltliche Formulierung der Politik und ihre personelle Ausstattung von erheblicher Bedeutung. In der Bundesrepublik haben wir es — jedenfalls, was die Unionsparteien und die SPD betrifft — mit Massenparteien zu tun, die keine künstlichen, von der Bourgeoisie aus taktischen Erwägungen über Nacht aus dem Hut gezauberten Gebilde sind, sondern in einer bestimmten politischen, ideologischen und kulturellen Tradition stehen und entsprechend an eine bestimmte soziale Basis gebunden sind. Das bedeutet, daß etwa die Unionsparteien einerseits und die SPD andererseits nur innerhalb bestimmter Grenzen zur Durchführung einer von den ausschlaggebenden Kapitalkreisen geforderten Politik dienlich sein können; so wie es für die SPD unmöglich ist: auf Dauer eine Politik der offenen Konfrontation mit den Gewerkschaften zu verfolgen, ohne politischen Selbstmord zu begehen, ist es den Unionsparteien auf Dauer unmöglich, etwa eine Politik der scharfen Konfrontation mit den Kirchen zu verfolgen, ohne ihre Massenbasis als Parteien zu destabilisieren.

Im Hinblick auf die Arbeiterbewegung ist es, auch wenn CDU/CSU und SPD prokapitalistische Parteien sind, keineswegs egal, welche Partei die Regierung stellt. In den Unionsparteien suchen sich heute jene finanzkapitalistischen Bestrebungen führenden politischen Einfluß zu verschaffen, die der Arbeiterbewegung am feindseligsten und aggressivsten entgegenstehen.

Wir haben das spätestens seit der Strauß-Kandidatur begriffen. Zusehends ist die Frontbildung gegen die Reaktion zu einem bestimmten Moment der Politik der Partei geworden. Das äußert sich nicht nur auf dem Gebiet des Kampfes gegen reaktionäre Gesetze, Ausländerdiskriminierung, Verschärfung der politischen Unterdrückung usw. Das hat Auswirkungen für die Gewerkschaftspolitik, für die Politik im sozialen Bereich, für die Friedenspolitik. Es handelt sich nicht um eine nur sehr begrenzte taktische Frage, sondern um eine bedeutende Frage der politischen Strategie, deren richtige oder falsche Beantwortung über Sieg oder Niederlage der

Arbeiterbewegung entscheiden kann. Ein Blick auf den verlorenen Kampf der Kommunisten und der Arbeiterbewegung gegen den Hitler-Faschismus kann da sehr lehrreich sein.

Es geht nicht einfach darum, daß es ein Mangel des alten Programms ist, daß eine politische Entwicklung, wie sie sich in der bürgerlichen Gesellschaft unter sich verschärfendem Krisendruck vollzieht, nicht erfaßt wird. Es geht darum, daß die abstrakte (man könnte auch sagen naive) Beschreibung des Zusammenhangs von Kapital und politischer Macht im alten Programm eine realistische politisch-strategische Orientierung der Arbeiterbewegung gar nicht zuläßt.

Auch hier stoßen wir wieder auf die dem alten Programm zugrundeliegende Vorstellung, daß die politische Revolution sich als Revolution gegen das „System der Diktatur der Bourgeoisie“ abspielt. Tatsächlich hat sich eine politische Revolution der Arbeiterklasse so noch nie abgespielt. Revolutionen finden statt gegen eine bestimmte für die werktätigen Massen unerträgliche Politik der Bourgeoisie, die von einer bestimmten Regierung der Bourgeoisie durchgeführt wird.

Unsere Kritik diesbezüglich am Programm von 1977 ist grundsätzlich: indem es davon abstrahiert, daß auch die kapitalistischen Anforderungen an Regierung und Staat sich wesentlich politisch durchsetzen, beschreibt es erstens das politische System der Diktatur der Bourgeoisie bei uns falsch — seine klassenmäßige Charakterisierung im Programm ist allerdings richtig. Dieser Fehler führt zweitens dazu, daß alle Ansatzpunkte zur Entwicklung einer politischen Strategie der Arbeiterklasse verlorengehen.

Als Schlußfolgerung aus diesem Teil des alten Programms, der sich in der abstrakten Beschreibung des kapitalistischen System und des Systems der Diktatur der Bourgeoisie erschöpft, für die Tätigkeit der Partei ergibt sich nichts als eine propagandistische Tätigkeit, die der Arbeiterklasse „erklärt“, warum im Kapitalismus systembedingt alles so sein muß, wie es ist, und warum eine Änderung nur durch ein anderes System, dem Sozialismus und die Diktatur des Proletariats, zu erreichen ist. Das alte Programm legitimiert also gerade die Sorte propagandistischer Tätigkeit, durch die sich unsere Partei lange Jahre hindurch „ausgezeichnet“ hat.

Die Partei hat sich mühsam aus dieser Sackgasse der reinen „Propaganda- und Entlarvungspartei“ herausgearbeitet. Nicht auf der Grundlage des alten Parteiprogramms, sondern genau in Abweichung davon; denn weder die Anti-Strauß-Kampagne, noch der Kampf gegen die Wende, noch das Eintreten für Verstaatlichungsforderungen, noch die Politik des differenzierten Herantretens an die Sozialdemokratie lassen sich aus dem alten Parteiprogramm begründen.

Die Darlegungen des sozialistischen Ziels sind keine tatsächlichen Alternativen zu den revisionistischen Auffassungen

Wer heute besonders die Abschnitte „Der Sozialismus“ und „Die Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie“ einmal unter dem Gesichtspunkt liest, was davon eigentlich rein vom Wortlaut her nicht im Programm der SED stehen könnte, der wird feststellen, daß das

alte KPD-Programm den Unterschied zwischen unseren sozialistischen Zielen und den revisionistischen Auffassungen nicht deutlich werden läßt.

Wir meinen, daß vor allem die aktive und herrschende Rolle der Arbeiterklasse selbst zu kurz kommt. Etwa in folgender Passage: „Die Diktatur des Proletariats bleibt eine uneinnehmbare Festung, wenn die Partei die Lehren des Marxismus-Leninismus treu anwendet, den Klassenkampf konsequent führt und ständig eine scharfe revolutionäre Wachsamkeit an den Tag legt. Die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei ist die entscheidende Voraussetzung für die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats, für den siegreichen Aufbau des Sozialismus und die Weiterführung der Revolution bis zum Kommunismus, denn die führende Rolle der kommunistischen Partei ist der konzentrierte Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der wichtigste subjektive Faktor dafür, daß die re-

gleich Stärkung des proletarischen Staates bedeutet. Einen bewußten Prozeß des Absterbens des Staates, indem das Element der Selbstverwaltung und Selbstregierung der Arbeiterklasse sich auf immer mehr Bereiche der Gesellschaft ausdehnt und dadurch die Rolle des Staates immer mehr an Gewicht verliert, kennt der Sozialismus des alten Programms nicht. Das alte Programm stellt lediglich fest: „Mit der endgültigen Beseitigung der Klassen gibt es im Kommunismus auch die Organe der Klassenherrschaft, vor allem die Staatsgewalt, nicht mehr. Als Verkörperung der Klassenherrschaft ist der Staat in dem Maße abgestorben, wie die Klassen verschwunden sind.“ (S. 24)

Das alte Programm geht auch von einer vollständigen und jederzeitigen Identität der Maßnahmen des sozialistischen Staates mit den Interessen von Teilen der Arbeiterklasse bzw. der Arbeiterklasse insgesamt aus. Demokratische Rechte der Arbeiterklasse, wie etwa das Streikrecht, zur Austragung von In-

Beseitigung der kapitalistischen Arbeitshetze findet zwar Erwähnung, ist aber durch die Enteignung der Kapitalisten erledigt. Somit ist die Überwindung der kapitalistischen Organisation der Arbeit, etwa die Abschaffung der Akkordarbeit, der Fließbandarbeit, der Monotonie der Arbeit usw. auch kein Thema mehr. Ebenso die Überwindung des Gegensatzes zwischen Hand- und Kopfarbeit. Auch hierin wird keine Aufgabe der sozialistischen Entwicklung gesehen, sondern die Überwindung dieses Gegensatzes wird nur unter dem Stichwort Kommunismus registriert.

Zur Behandlung der nationalen Frage im alten Programm

Das alte Programm erhebt noch den Anspruch, das Programm der Kommunisten für ganz Deutschland (BRD, DDR, Westberlin) zu

mit dem Standpunkt, daß russisches Territorium „unveräußerlich“ sei. Deshalb wurde der Frieden von Brest-Litowsk unterzeichnet. „Unveräußerlicher Bestandteil“ — mit dieser Formulierung des alten Parteiprogramms sind wir weit über das hinausgeschossen, was in der nationalen Frage in imperialistischen Ländern noch marxistisch begründet werden kann. „Unveräußerlicher Bestandteil“ — das steht, wenn man es genau durchdenkt, im Widerspruch zu der marxistischen Auffassung, daß in den kapitalistischen Ländern die nationale Frage der Klassenfrage untergeordnet ist. Entsprechend unhaltbar ist das uneingeschränkte Versprechen „bewaffneter Hilfe“.

Zu solchen Festlegungen sind wir gekommen, weil wir von einem starken strategischen Zusammenhang zwischen der Revolution der Arbeiterklasse in der DDR einerseits und in der BRD und Westberlin andererseits ausgegangen sind, damit auch von einer großen strategischen Bedeutung der nationalen Frage.

Nun ist es ja wahr, daß die nationale Frage — die Spaltung der deutschen Nation in zwei Staaten, die Zugehörigkeit beider Staaten zu den aggressiven Militärblocken — den Klassenkampf beeinflusst. Das Auftreten der Friedensbewegung in der DDR hat für die Friedensbewegung in Westdeutschland eine andere Bedeutung als die viel größere Friedensbewegung in Holland etwa. Das Auftreten einer Arbeiterbewegung in der DDR, die mit der polnischen vergleichbar wäre, hätte sicher erhebliche Auswirkungen auf die westdeutsche Arbeiterbewegung.

Trotzdem ist die Vorstellung einer starken Verbindung zwischen dem Kampf der Arbeiterklasse in der DDR und in Westdeutschland/Westberlin überwiegend fiktiv, weil der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital sich keineswegs gesamtdeutsch äußert. Auch die Frage der Demokratie und der politischen Macht äußert sich eben nicht gesamtdeutsch.

In einer politischen Strategie der Arbeiterbewegung für die Bundesrepublik und Westberlin spielt die nationale Frage nach unserer Auffassung im Sinne des „Kampfes für Deutschlands Einheit“ keine zentrale Rolle. Wir meinen, daß es ausreichend ist, wenn die Kommunisten programmatisch festhalten, daß nach einem Sieg der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten über die Frage der Wiedervereinigung auf sozialistischer Grundlage in demokratischer Selbstbestimmung entschieden werden kann.

Insofern halten wir die starke Bedeutung, die der nationalen Frage im alten Programm gegeben wird, für falsch. Unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Reaktion und die aggressivsten Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus ist aber der Kampf gegen den Revanchismus, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, für die Anerkennung der bestehenden Grenzen usw. wichtig. Dabei geht es auch darum, der Bourgeoisie zu bestreiten, daß sie im nationalen Interesse handelt.

Von Agenturen der Bourgeoisie umzingelt?

Wie wir festgestellt haben, bietet das alte Programm kaum Anhaltspunkte für eine positive politisch-strategische Orientierung der Tätigkeit der Partei. Dafür gibt es aber in dem Kapitel „Die Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung“ eine detaillierte Auflistung, wer alles schonungslos von der Par-



Das war einmal und kommt nicht mehr: Die KPD/ML Propaganda- und Entlarvungspartei

volutionären Ziele und das revolutionäre Programm der Arbeiterklasse in die Tat umgesetzt werden. Je mehr die Revolution vorwärtsschreitet und sich vertieft, desto mehr muß die führende Rolle der Partei in jedem Bereich des Lebens, in jedem staatlichen und gesellschaftlichen Bereich gefestigt werden.“ (S. 33)

Man muß ja nun wirklich nicht die führende Rolle der Partei ablehnen, um zu erkennen, daß in diesen Ausführungen die Rolle der Arbeiterklasse hinter der führenden Rolle der Partei nahezu verschwindet, daß mit der Formel „führende Rolle der Partei gleich konzentriertester Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse“, die Rolle der Partei von der tatsächlich aktiven Rolle der Klasse losgelöst werden kann, so daß daraus die „Diktatur der Partei“ wird, wie wir es etwa in der DDR vorfinden. Die Rolle der Partei nimmt auch deshalb im Sozialismusbild des alten Programms eine so dominierende Rolle ein, weil die Kulturrevolution als Mittel zur Verhinderung der Entartung, auf die wir früher setzten, sich 1977 durch die Entwicklung in China erledigt hatte, so daß uns als Antwort nur noch das Glaubensbekenntnis von der ideologischen Reinheit unserer eigenen Partei blieb.

Neben der Vorstellung von der „Allmacht der Partei“ geht das alte Programm davon aus, daß Stärkung der Diktatur des Proletariats

teressengegensätzen auch mit dem sozialistischen Staat, sucht man deshalb vergebens im alten Programm. Genauso selbstverständlich ist es für das alte Programm, daß die sozialistische Revolution alle heute existierenden Parteien liquidieren wird, so daß im Sozialismus die KPD keine anderen Parteien neben sich mehr zu befürchten hat.

In den Ausführungen über die Organisation der sozialistischen Wirtschaft übernimmt das alte Programm die auch von Revisionisten vertretene Theorie, daß Verstaatlichung der Produktion gleichbedeutend mit ihrer Vergesellschaftung ist. Die Verstaatlichung der wesentlichen Produktionsmittel wird also nicht als erster Schritt zur Enteignung der Kapitalisten charakterisiert, dem der zweite, bewußte Schritt, die Vergesellschaftung — das heißt die Aufhebung der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln — folgen muß. Das Verschwinden der Warenproduktion ist im alten Programm eine zwangsläufige Folge der Verstaatlichung und der Organisation der Wirtschaft nach einem Plan. Außer der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Inflation, der Verringerung der Lohnunterschiede, kennt die sozialistische Wirtschaft des alten Programms nur noch das Ziel: „ununterbrochenes Wachstum und Vervollkommen der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.“ Die

sein. Bereits der 5. Parteitag der KPD hat die Konstruktion der einen Partei mit drei Sektionen aufgehoben und die Notwendigkeit einer selbstständigen kommunistischen Partei in der DDR ausgesprochen. Die nationale Frage wird im alten Programm vor allem in dem Kapitel „Deutschland im imperialistischen Weltsystem“ behandelt und als Punkt 10 des Kapitels „In der siegreichen Revolution wird die Arbeiterklasse folgendes Programm verwirklichen“ Fangen wir mit letzterem an:

„10. Sollte die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten nicht gleichzeitig erfolgen (womit zu rechnen ist), so wird der befreite Teil Deutschlands den noch nicht befreiten als einen unveräußerlichen Bestandteil eines sozialistischen Deutschlands betrachten und alles tun, um seine Befreiung vom kapitalistischen und ausländischen Joch zu erreichen. Er wird die Werktätigen dieses Teils Deutschlands bei ihrem Befreiungskampf unterstützen und ihnen brüderliche, einschließlich bewaffneter, Hilfe leisten. Das Ziel dieses Bemühens ist die Schaffung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands.“ (S. 125)

Das siegreiche russische Proletariat kam unter der Führung der Bolschewiki mit Lenin an der Spitze zu der Schlußfolgerung, daß der Standpunkt der Sicherung der proletarischen Macht unvereinbar war

tei bekämpft werden muß. Abgehandelt werden: die Sozialdemokratie, der sowjetische Revisionismus, der chinesische Revisionismus, der Eurokommunismus, der Titoismus und der DGB. Erwähnung finden noch: der Trotzismus, der Anarchismus, der Putschismus, der Zentrismus. „Die Grünen“ gab es 1977 noch nicht...

Zunächst einmal, ohne auf die Charakterisierung dieser Strömungen im einzelnen einzugehen: eine solche Abgrenzungsgorgie muß nicht nur auf den Leser einen verheerenden Eindruck machen, sie markiert auch eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte unserer Partei, denn der „schonungslose Kampf gegen alle Spielarten des Opportunismus und Revisionismus“ stand nicht nur auf dem Papier, er hatte praktische, oft auch handgreifliche Folgen.

Die gesamte Entwicklung der Einheitsfrontpolitik in den letzten Jahren steht im krassen Widerspruch zu den Ausführungen im alten Programm von 1977. Um das einzusehen, braucht's im Grunde keine langen theoretischen Erörterungen. Hier im Roten Morgen, nun zum allerletzten Mal, besonders krasse Beispiele aus dem „Leben und kämpfen wie im Belagerungszustand“, vergangener Jahre:

Über die SPD heißt es im alten Programm: „Sie betrog die Arbeiter mit reformistischen Phrasen, betrieb die politische, ideologische und militärische Entwaffnung des Proletariats und wurde damit zum Wegbereiter des Faschismus. Heute ist die SPD eine der großen Parteien der Monopölbourgeoisie in Westdeutschland und Westberlin. Mit dem Godesberger Programm entledigte sie sich des letzten Restes marxistischen Vokabulars und erklärte selbst, keine Arbeiterpartei mehr zu sein, sondern eine Partei des ganzen Volkes einschließlich der Kapitalisten. Damit hörte die SPD auf, hauptsächlich eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung zu sein und wurde offen zu einer Partei des westdeutschen Monopolkapitals. Der „linke“ (Anführungsstriche im alten Programm!) Flügel der SPD aber führt den sozialdemokratischen Revisionismus fort und arbeitet hauptsächlich als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. (...) Ihre Bedeutung als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung aber ist in dem Maße zurückgegangen, in dem sich mit dem modernen Revisionismus eine neue, weniger entlarvte bürgerliche Strömung in der Arbeiterbewegung entwickelte.“ (Seite 93/94)

Über die DKP und SEW heißt es: „DKP und SEW sind, indem sie die Massen angesichts der Gefahr des Faschismus in jeder Hinsicht entwaffnen, Wegbereiter des Faschismus. Sie bekämpfen die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht nur mit konterrevolutionärer Hetze, sondern auch mit sozialfaschistischem Terror. Sie bieten der Bourgeoisie die Errichtung einer sozialfaschistischen Diktatur als Ausweg zur Rettung der bürgerlichen Herrschaft vor dem revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse an.“ (S. 103) (Frage: Warum bekommen eigentlich DKP-Lehrer Berufsverbot?)

Über den DGB heißt es: „In Deutschland bestehen keine Klassengewerkschaften des Proletariats. Die beiden großen Gewerkschaftsverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) gehören vielmehr zu den wichtigsten Stützen der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse. (...) Innerhalb des DGB-Apparats haben sich trotz aller Widersprüche alle bürgerlichen Strömungen innerhalb der

Arbeiterbewegung gegen den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung zu einer gemeinsamen konterrevolutionären Front zusammengeschlossen. (...) Der von der DGB-Führung geführte und kontrollierte Gewerkschaftsapparat ist ein Bestandteil der kapitalistischen Ordnung in Westdeutschland und Westberlin. Er ist keine Kampforganisation der Arbeiterklasse, sondern dient der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie.“ (S. 104/105) (Frage: Warum kämpfen die Gewerkschaften gegen die von den Unternehmern und der Regierung betriebene Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, Paragraph 116?)

den Kollegen sonst die Quelle der Spaltung und Zerstörung ihrer notwendigen Einheit gegen Kapital und Reaktion im Kampf für die unmittelbaren Forderungen erscheint. Die Notwendigkeit des Bruchs mit dem Opportunismus kann den Massen nur deutlich werden, wenn sie den Opportunismus als Hindernis für das Fortschreiten ihrer Kämpfe erkennen. Bezogen auf die DKP bedeutet das etwa, daß sie in dem Maße isoliert werden kann, in dem den fortschrittlichen Arbeitern klar wird, daß es ihr gar nicht grundsätzlich um die Entwicklung der kämpferischen Aktivität der Arbeiterklasse geht, sondern daß sie sich sogar direkt dagegen stellt, wenn ihre

maßstab verbunden, wie sie sich in der Behauptung „Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution“ niederschlug. Diese internationale strategische Vorstellung hat sich als unrealistisch erwiesen.

Was die im alten Programm enthaltene Klassenanalyse betrifft — wir meinen nicht, daß eine notwendigerweise verkürzte Klassenanalyse ins Programm gehört —, muß auf die Einschätzung des Kleinbürgertums hingewiesen werden. Bei der Charakterisierung der kleinbürgerlichen Schichten wird vor allem vom klassischen Kleinbürgertum (Bauern, Handwerker, Händler) ausgegangen. Also ausgerechnet von jenen kleinen Produktionsmit-

Nicht zweckmäßig ist nach unserer Auffassung auch vieles, was im alten Programm zur Frage der gewaltsamen Revolution gesagt wird. Ihre Notwendigkeit muß dargelegt werden, einschließlich der Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats. Das muß aber eingebettet in Überlegungen zur Strategie der Arbeiterbewegung geschehen und nicht herausgelöst werden, als wäre das unser eigentliches Anliegen. (Beispiel dafür: die alte KPD/ML-Lösung: „Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her“) Ebenso haben Mutmaßungen über den möglichen Verlauf der Revolution wenig programmatischen Charakter, wie Versuche, eine revolutionäre Situation zu definieren oder Ausführungen über die politische, ideologische, organisatorische und militärische Vorbereitung der Arbeiterklasse und der Partei auf die Revolution. Besonders wenn letztere so nebulös bleiben, daß sie auch für alle unsinnigen Interpretationen Raum lassen. Zitat: „Das Proletariat muß unter Führung seiner revolutionären Partei seine Bewaffnung und allseitige militärische Ausbildung betreiben, um die militärischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die bis an die Zähne bewaffnete Bourgeoisie tatsächlich niedergeschlagen werden kann.“ (S. 111)

Was den Absatz „Für die revolutionäre Einheitsfront“ angeht, meinen wir, daß ein politisches Programm die einheitsfrontpolitischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten ohne besonderes Einheitsfrontkapitel deutlich machen kann. Die im alten Programm vorgenommene Einreihung unter „Weg zum Ziel“, erscheint politisch eher fragwürdig, weil dadurch Vorbehalte gegenüber Kommunisten begünstigt werden, die besagen, daß die Partei die Kämpfe der Arbeiterklasse und die Volksbewegungen gar nicht wegen deren Anliegen unterstützt, sondern nur um sie für die kommunistischen Parteiziele zu instrumentalisieren.

Die Frauen finden in dem 152 Seiten umfassenden Programm in ganzen 10 Zeilen Erwähnung und dies beschämend falsch und stinkkonservativ: „Den Frauen bietet der Sozialismus die Perspektive, die Ungleichheit gegenüber dem Mann zu beseitigen. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird sofort verwirklicht. Der sozialistische Staat wird alle notwendigen Voraussetzungen (Kinderkrippen, Entlastung vom Haushalt usw.) schaffen, damit sich die Frauen gleich den Männern auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens frei und unbehindert entwickeln können.“ (S. 123)

Genauso wie das alte Programm die Unterdrückung der Frau durch den Mann schlicht leugnet, kennt das alte Programm auch keinen Gegensatz zwischen Jung und Alt, keine Emanzipationsbestrebungen der Jugendlichen zur Lösung dieses Konfliktes. In blumigen Worten heißt es lediglich: „Der Sozialismus eröffnet der Jugend die einzigartige Perspektive, Erbauer der Welt von morgen, des Kommunismus zu sein.“ (S. 123) Was immer das heißen mag, es läßt sich vom Eisenbahnbau bis zur zwangsweisen Erfassung der Jugend in staatlichen Jugendverbänden alles hinein interpretieren.

Auch wenn wir nicht auf alle Teile des alten Programms eingehen konnten, hoffen wir, daß unser Fazit genügend bewiesen ist: Es war dringend notwendig, das alte Programm der KPD von 1977 außer Kraft zu setzen. Die KPD braucht ein neues Programm. Der Sonderparteitag hat den Entwurf dafür gebilligt.



Das war einmal und kommt nicht mehr: dunkle Kapitel in der Geschichte der KPD/ML

Daß der DGB nicht unter Agenturen behandelt werden kann, daß seine ganze Behandlung im alten Programm falsch ist, im völligen Widerspruch zur Wirklichkeit und unserer heutigen Politik steht, wollen wir hier nicht weiter begründen, dies ist an anderer Stelle im Roten Morgen bereits öffentlich geschehen. Ähnlich gilt, daß die Behandlung der SPD im alten Programm nicht mehr unserer Politik entspricht. Darauf sind wir inhaltlich ebenfalls schon an früherer Stelle eingegangen. Hinzu kommt, daß die Bedeutung der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung durch ein unzulässiges (weil schematisches und inhaltsleeres) Gegenüberstellen von „offener Partei des Monopolkapitals“ und „Agentur in der Arbeiterbewegung“ verwischt wird und indirekt behauptet wird, heute verlief die Hauptauseinandersetzung in der Arbeiterbewegung an der Frage des Einflusses des modernen Revisionismus.

Was die DKP anbelangt, so gehen wir heute nicht mehr davon aus, daß man ihr am besten dadurch beikommt, indem man ihre Veranstaltungen sprengt oder ihre Wahlplakate zerstört. Wir gehen heute davon aus, daß es notwendig ist, sich politisch mit diesen Strömungen auseinanderzusetzen. Wir verstehen heute, was es bedeutet, wenn Lenin darauf hinweist, daß wir den Kampf gegen den Revisionismus „im Namen der Arbeitermassen“ führen. Er darf eben nicht als ein vom Klassenkampf losgelöst, „reiner Parteienstreit“ geführt werden, weil er

grundsätzliche Taktik der Anlehnung an die Gewerkschaftsbürokratie und der Anbiederung an die sozialdemokratische Führung das als opportunistisch erscheinen läßt.

Wir können das hier nur kurz anreißen. Jedenfalls meinen wir, daß diesem Agentur-Kapitel alles abgeht, was wir in den letzten Jahren über die Bedingungen des Kampfes gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung gelernt haben.

Für trotzkistische, maoistische, anarchistische und ähnliche Organisationen halten wir die Behauptung, es seien „Agenturen der Bourgeoisie“ für wirklichkeitsfremd und falsch. Vielmehr handelt es sich bei der Mehrzahl der gemeinten Organisationen um Strömungen des revolutionären Sozialismus, für deren Einheit in einer Partei wir heute eintreten.

Zu einigen Kapiteln, auf die wir nicht ausführlich eingehen

Das Kapitel „Der Charakter unserer Epoche und die wesentlichen Widersprüche in der heutigen Welt“ ist im Grunde ein Relikt des chinesischen Einflusses. Im Zuge der „Entmaoisierung“ wurde es auf dem 4. Parteitag geändert und zusammengestrichen. Dadurch hat es auch seine eigentliche Funktion verloren; denn ursprünglich war damit eine bestimmte strategische Rolle vom Sieg der Revolution im Welt-

telbesitzern, die heute zahlenmäßig und politisch nur noch relativ geringes Gewicht haben und weiter an Gewicht verlieren werden. Praktisch nicht behandelt werden die lohnabhängigen Mittelschichten, die keine Produktionsmittel besitzen und ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Der Begriff „lohnabhängig“ ist dabei sicher nicht wissenschaftlich präzise, weil ein erheblicher Teil dieser Mittelschichten nicht einfach Lohn (Preis der Arbeitskraft) bekommt, sondern auch einen Profitanteil. Das zahlenmäßige und politische Gewicht dieser lohnabhängigen Mittelschichten ist in der Gesellschaft aber heute sehr viel größer als das der kleinbürgerlichen Sektoren.

In dem Kapitel der „Weg zum Ziel“ halten wir die langen Ausführungen zur führenden Rolle der Partei für falsch und dem Anliegen, die Rolle der Partei tatsächlich zu stärken, nicht gerade förderlich. Um so mehr deshalb nicht, weil die schlechte Abschreibung der Stalinischen Kernsätze überhaupt keinen Bezug zum Stand der Arbeiterbewegung bei uns hat. Der Sonderparteitag hat in der Resolution über das Selbstverständnis der Partei die politische Vorstellung von Vorhut, die das alte Programm verwendet, in der die Arbeiterklasse nur eine Manövrierarmee darstellt, grundsätzlich zurückgewiesen. Genauso selbstkritisch haben wir uns zu dem Wahnsinn verhalten, da sich eine Organisation mit ein paar hundert oder auch tausend Mitgliedern selbst zu „der Avantgardepartei in Deutschland“ ernennen.

Thesen zum Parteitag

(Teil II)

Auf seinem Treffen am 7./8. Dez. '85 hat das ZK über Thesen zur politischen Orientierung und Aufgabenstellung der Partei im Jahr 1986 diskutiert. Diese Thesen sollen

Grundlage für die Diskussion in der Partei und auf dem Parteitag selbst sein.

Wir haben in der letzten Ausgabe des RM den 1. Teil dieser Thesen veröffentlicht, die sich mit der allgemeinpoli-

tischen Orientierung der Partei, dem weiteren politischen Parteiaufbau und der Bundestagswahl '87 befassen.

In dieser Ausgabe des RM veröffentlichen wir den 2. Teil

der Thesen. Im Gegensatz zum 1. Teil wurde dieser 2. Teil im ZK noch nicht diskutiert. Das kann aus Zeitgründen erst auf der nächsten Sitzung des ZK im Januar '86 geschehen.

Stellungnahmen bzw. Änderungsanträge des ZK zu den von den entsprechenden Abteilungen vorgelegten Thesen werden anschließend im RM veröffentlicht.

Gewerkschaftspolitik

Bis weit in die 70er Jahre hinein bestimmte die Überzeugung, daß die „Wirtschaftswunderzeiten“ zurückzuholen seien, zumindest die Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft nur nebensächlich und vorübergehend seien, das Handeln der verschiedensten Kräfte in dieser Gesellschaft — seien es die Unternehmer und ihre Verbände, seien es die Gewerkschaften.

Das soziale und materielle Niveau der Lebenslage in der BRD, auch für die abhängig Beschäftigten, war im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Politikkonzepte und Strategien von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erreicht worden.

Grundlage dieser Entwicklung war die einmalige Situation anhaltender Vollbeschäftigung und hoher realer Zuwachsraten der Produktion.

Die „Verteilungskonflikte“ wurden hauptsächlich dadurch gelöst, indem man die Zuwächse verteilte. Die Proportionen — und natürlich auch die Besitzverhältnisse — blieben im Grundsatz unangetastet.

Diese Situation hat sich mit dem Beginn der 80er Jahre gewandelt.

Die offensichtliche Rückkehr zur Normalität der kapitalistischen Produktionsweise mit Krisen, Massenarbeitslosigkeit usw. führte die überwiegende Mehrheit der Kapitalisten zur Überzeugung, daß die Sicherung ihrer Position in Wirtschaft und Politik, in den Betrieben, Verwaltungen und im Staat es notwendig machen, eine härtere Gangart gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einzuschlagen. Dies nicht nur zur Durchführung einer Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten, sondern auch in Anbetracht der zu erwartenden härteren Auseinandersetzungen mit antikapitalistischen Strömungen und Bewegungen bei einem Anhalten der Krise.

Aufkündigung der bisherigen Form der Sozialpartnerschaft war das praktische Ergebnis; starke Konfrontation mit der Gewerkschaftsbewegung beispielsweise beim Metall- und Druckerstreik 84, Angriffe auf die Streikfähigkeit über eine Veränderung des § 116 sind nur zwei Beispiele für die Umsetzung dieser Politik im Interesse des Kapitals, wie sie von der Wenderegierung versucht wird. Arbeitsplatzabbau, Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die Politik der Wenderegierung tragen vor diesem Hintergrund natürlich auch in den Gewerkschaften zu einer verschärfen Debatte und Auseinandersetzung bei, wie der weitere Weg der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung aussehen soll.

Zwar hat die bisherige Entwicklung der Krise und der Angriffe der Unternehmer noch nicht zu einem so massenhaften Mitgliederverlust des DGB geführt wie beispielsweise die US-amerikanischen Gewerkschaften oder der TUC in Großbritannien ihn zu verzeichnen haben. Die Entwicklung bei der

Jugend, bei den männlichen Mitgliedern ist aber ebenfalls eindeutig nach unten gerichtet; der Rentneranteil in den DGB-Gewerkschaften ist teilweise erheblich — die notwendige und wünschenswerte Stärkung des DGB ist nicht eingetreten und wird auch nicht automatisch eintreten — im Gegenteil, wie die internationalen Beispiele zeigen.

Setzt sich innerhalb des DGB die Linie durch, die vor den Plänen von Regierung und Unternehmern kapituliert, die für „Vereinbarungen“ mit der Gegenseite eintritt, „um Schlimmeres zu verhüten“, wird der DGB auf Dauer nicht einmal mehr für die größere Attraktivität behalten, die z. Z. noch als „Stammbelegschaften“ hoffen, durch ein Sich-Anpassen käme man mehr oder minder ungeschoren durch die Krise. Ganz zu schweigen von einer Perspektive, die sich die Interessenvertretung aller abhängig Beschäftigten programmatisch und praktisch zur Aufgabe stellt. Eine solche Perspektive heute zu unterstützen bzw. mitzuentwickeln und durchzusetzen, ist für die Zukunft der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von entscheidender Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um die Konfliktlinien im DGB, wie sie sich z. B. im Metall- und Druckerstreik 1984 gezeigt haben („Fünferbände“ für Vorruhestand, IG Chemie u. a., IGM, IG Druck und Papier u. a. für 35-Stunden-Woche jetzt), sondern auch in den Einzelgewerkschaften, die für die 35-Stunden-Woche gekämpft haben, sind die Vertreter der „Kooperation mit Unternehmern und Staat“ ja nicht gerade schwach vertreten.

Einzelne Aufgaben '86

Im Verlauf des nächsten Jahres sind auf einer ganzen Reihe von Politikfeldern und gewerkschaftlichen Aufgabengebieten wichtige Anforderungen gestellt, auf denen wir eindeutig Partei ergreifen müssen, auf denen wir die Positionen stärken müssen, die für eine Politik des Widerstandes und der konsequenten Interessenvertretung eintreten.

Dazu zählt an erster Stelle die zu Beginn des Jahres 1986 sich fortsetzende Auseinandersetzung um die Verhinderung einer Änderung des § 116 AFG. Gegen die Position, wie sie z. B. Rappe vertritt, der von „Streik- und Aussperrungsrecht“ spricht, ist die Position wie sie Preis vom IGM-Vorstand vertritt — Widerstandsrecht der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen diese Pläne, die Gewerkschaften streikunfähig zu machen — zu unterstützen. Nur auf einer solchen Basis ist die notwendige Mobilisierung gegen die Unternehmer und ihre Wenderegierung erfolgversprechend möglich.

Ähnliches gilt für die vorgesehenen Änderungen am Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht.

Nicht in Zusammenarbeit mit dieser Regierung, sondern nur

durch entschiedenen Widerstand gegen sie, können diese Pläne verteidelt werden.

In der Tarifrunde 86/87 wird es vor allem um die folgenden Fragen gehen:

- Durchsetzung einer tatsächlichen Lohn- und Gehaltserhöhung, unter besonderer Berücksichtigung der unteren Lohngruppen.
- Kündigung der Manteltarife zur Arbeitszeit im Bereich der IGM und Fortsetzung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche.

In beiden Feldern geht es um die grundlegende Auseinandersetzung, ob man auf betriebliche und individuelle Flexibilisierungen der Arbeitsbedingungen eingeht oder festhält an brancheneinheitlichen, kollektiven Tarifverträgen und Mindeststandards.

Die Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche ergibt sich in erster Linie aus dem Anspruch „Arbeit für alle“, aus der Perspektive einer alle abhängig Beschäftigten erfassenden Gewerkschaftspolitik.

In diesem Zusammenhang wird auch die Auseinandersetzung, z. B. auf dem IGM-Kongreß im Oktober 86 geführt werden müssen, daß die DGB-Gewerkschaften die Arbeitslosen aufnehmen, bewußt Arbeitslosenarbeit machen müssen und dieses Feld nicht der AWO oder der Caritas überlassen dürfen.

Die laufenden Rationalisierungsprogramme in Betrieben und Verwaltungen, die schon durchgeführten und die geplanten Großfusionen und nicht zuletzt die Verschärfung der internationalen Handelsituation, werden die Auseinandersetzungen um Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsschließungen auch 1986 bestimmen.

Auch hier steht die Frage, Anpassung an die „marktwirtschaftlichen Zwänge“, etwas abgemildert mit Sozialplänen, so sie denn noch möglich sind, oder entschiedene Verteidigung der vorhandenen Arbeitsplätze mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln.

In diesem Zusammenhang steht in den Betrieben und Verwaltungen auch eine weitere wichtige Auseinandersetzung auf der Tagesordnung — nämlich die, wie die weitestgehende Abwehr der Ausweitung unstetiger, ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse möglich ist. Als Stichworte seien dazu die Probleme befristete Arbeitsverträge u. a. nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz und die Versuche der Unternehmer zur Ausweitung der Leiharbeit genannt. Neben der betrieblichen Auseinandersetzung über diese Fragen ist hier die Notwendigkeit eines gesetzlichen Verbots der Leiharbeit notwendig.

Schließlich wird spätestens nach der Sommerpause die Vorbereitung der Betriebsratswahlen, die im Frühjahr 1987 stattfinden, beginnen. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Wahlen wird ein entscheidender Abschnitt sein in der betrieblichen Frontbildung gegen die Unternehmer, für eine einzig an den Interessen der abhängig Beschäftigten orientierten Betriebsratsarbeit. Die stärkere Wahl von

Frauen und Ausländern in die Betriebsräte ist dabei ein wichtiger Punkt. Stärker noch als bei den Wahlen '84 wird damit zu rechnen sein, daß massiv „Unternehmerlisten“ auftauchen werden. Deren Verankerung in den Belegschaften zu verhindern, ist ein Ziel; das Eintreten für ein gemeinsames Auftreten und Arbeiten der kämpferischen und aktiven Gewerkschafter ein anderes.

Bisherige Versuche der Organisierung von klassenkämpferischen Kräften in den Gewerkschaften

Die bisherige Arbeit der RGO, auch ihre „offene“ Arbeit in den letzten Jahren, hat nicht dazu geführt, daß es wesentliche Fortschritte beim Zusammenschluß klassenkämpferischer Kräfte bundesweit gegeben hat.

Auch solche Initiativen wie z. B. das Info 35, das während des Streiks '84 bzw. in seiner Vorbereitung und Nachbereitung eine gewisse Rolle spielte, hat dies nicht erreicht.

Nach unserem Überblick haben die bisherigen Gespräche über eine „Arbeitsgemeinschaft klassenkämpferischer Gewerkschafter“ bis zum Sommer/Herbst des Jahres '85 ebenfalls noch keinen sichtbaren Erfolg gezeigt.

Die Notwendigkeit der bundesweiten Zusammenarbeit und der Koordination/Diskussion der Kräfte in den DGB-Gewerkschaften, in den Betrieben und Verwaltungen, die für eine entschiedene Frontstellung der DGB-Gewerkschaften gegen Kapital und Wenderegierung eintreten, die in den genannten Feldern der Gewerkschaftspolitik für eine konsequente Vertretung der Interessen aller abhängig Beschäftigten eintreten, ist heute allerdings mehr denn je nötig.

Dies bedeutet zum einen, die Mitarbeiten in und Unterstützung von Betrieben, die in diese Richtung gehen — sei es auf Bran-

chenebene (z. B. Stahl-, Automobil-, Chemiekoordination und Treffen) Einzelgewerkschaftsebene, Ein-Punkt-Fragestellungen (Info 35). Zum anderen auch bei allen Versuchen zur Verbesserung der bundesweiten organisierten Zusammenarbeit und Koordination klassenkämpferischer/klassenautonomer Kräfte innerhalb des DGB, jeglichen praktisch möglichen Fortschritt zu unterstützen und daran aktiv mitzuwirken.

Gleichzeitig ist aber notwendig in den verschiedenen Feldern gewerkschaftlicher Politik (neue Technologien, Arbeitslosenarbeit, Soziale Sicherungssysteme usw.) unsere eigene Politik weiterzuentwickeln und zu konkretisieren.

Eine breite Debatte dieser Fragen vor dem Hintergrund, wie sich die Gewerkschaften gegen Kapital und Wenderegierung wehren und bewegen müssen, scheint uns hilfreich und notwendig zu sein, um entscheidende Fortschritte beim Zusammenschluß aktiver Gewerkschafter zu machen.

Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang sicher notwendige Aktivitäten gegen die nach wie vor bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Dabei sollten wir auch klarstellen, wie wir zu berechtigten Kritiken an unseren früheren Positionen in der Gewerkschaftsfrage stehen.

Zur vertieften Debatte über die angeschnittenen Fragen und die konkrete Parteiarbeit in Betrieb/Gewerkschaft, über die Debatte auf dem Parteitag hinaus, sollte im Frühjahr 1986 eine erneute Konferenz der Betriebsarbeit stattfinden. Da wäre auch noch einmal die notwendige und bisher nicht erreichte personelle Stärkung der zentralen BuG-Arbeit konkret zu besprechen, ebenso der Stand und die Fortführung der Arbeitsgruppenarbeit, die auf der letzten Konferenz begonnen wurde.

Soziale Sicherungssysteme

Neben Angriffen auf kollektive Schutzrechte und Absicherungen im Tarifbereich fordern die Unternehmer seit Jahren Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme.

Schon unter der Regierung Schmidt wurden Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre in den verschiedensten Systemen zur „Konsolidierung der Staatsfinanzen“, tatsächlich aber zur Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten, schwerwiegende Einschnitte vorgenommen.

Seit der Wende ist unter dem Motto „Senkung der Lohnnebenkosten“, „Selbstbeteiligung“, „Subsidiarität“ sowie „mehr Eigenvorsorge“ eine systematische Offensive zur grundsätzlichen Umstrukturierung der sozialen Sicherungssysteme ideologisch und politisch-praktisch im Gange.

Schon seit Mitte der siebziger Jahre sind die Anteile des Staates und der Unternehmen an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme um mehrer Prozentpunkte zurückgegangen, während die Fi-

nanzierung durch die „privaten Haushalte“, d. h. in erster Linie die Beiträge der abhängig Beschäftigten, sowohl absolut als auch prozentual gestiegen sind.

Das reicht den Unternehmern aber noch lange nicht.

Wenn sich Zielsetzungen, wie beispielsweise die von Langmann, BDI-Präsident, geforderten „400 Milliarden DM Kapitalzufuhr für die deutschen Unternehmen“ verwirklichen lassen sollen, so sind weitere grundlegende Änderungen in den sozialen Sicherungssystemen notwendig. Die Forderungen der Unternehmerverbände dazu liegen mehr oder minder weit ausgearbeitet auf dem Tisch. In erster Linie für die beiden größten Bereiche — die Renten- und die Krankenversicherung. Gefordert werden u. a.:

„Senkung der Kosten bei Lohnfortzahlung durch Anpassung an das (niedrigere) Krankengeld und Einführung von Karenztagen“

„Mehr Selbstbeteiligung“

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

„Angesichts des in der BRD erreichten Wohlstandsniveaus müßte es ... eigentlich vollständig ausreichen, jeden Bürger zu verpflichten, sich unabhängig von seinem Arbeitsverhältnis oder seinem Einkommen gegen die wichtigsten Risiken zu versichern. Jede Absicherung über diesen Mindeststandard hinaus wäre dann die Privatangelegenheit eines jeden“, mit dieser allgemeinen Stoßrichtung äußerte sich das Institut der deutschen Wirtschaft auf seiner Tagung „Von der Finanzkrise zur Strukturreform der sozialen Sicherung“ 1984. Zwar sind für die Zeit bis zur Bundestagswahl 1987 keine entscheidenden weiteren Veränderungen zu erwarten, für die nächste Legislaturperiode hat die Wenderegierung allerdings schon angekündigt, daß dann die grundsätzlichen Weichen gestellt werden sollen.

Grundsätzliche Weichen heißt in diesem Zusammenhang, daß die kollektiven Sicherungssysteme in ihrer Arbeitsweise und Funktion abgelöst werden sollen durch die Privatversicherung, die sich natürlich nur an den jeweiligen Möglichkeiten (Finanzen) des einzelnen orientiert.

Besonder Bedeutung kommt von daher der Verteidigung dieser Sicherungssysteme zu.

Als Problem stellt sich dabei allerdings, daß die Frontbildung dagegen wenig weit fortgeschritten ist. Es ist sicher richtig, wenn Bäcker/Kühn feststellen:

„Die konservative Sozialpolitik wird durch eine offensive Antisozialstaatsideologie begleitet. Es ist ein Zeichen konservativer ideologischer Hegemonie, daß viele ihrer Deutungs- und Legitimationsmuster sowohl im grün-alternativen Spektrum als auch in SPD und Gewerkschaften anzutreffen sind. Dies als Ausgangspunkt genommen,

muß isolierte Kritik an sozialpolitischen Institutionen und Regelungen, Antiprofessionalismus usw. gewahrt sein, in das ideologische Magnetfeld kapitalorientierter Interessen zu geraten. Ist man sich dessen nicht bewußt, dann wird mit reformatorischem Gestus das Abtragen von Gebäuden legitimiert, deren Steine von konservativer Seite — im Wortsinne — gewinnbringend weiterverarbeitet werden.“ (In: Arbeit 2000) Dies bezieht sich m.E. auf zwei Felder: Einmal auf die in bestimmten alternativen Kreisen unterstützte Forderung nach einem Mindesteinkommen. Zum zweiten auf das in SPD und Gewerkschaften mitgetragene Konzept der „Kostensenkung und Kostenbegrenzung“ der Sozialleistungen. So unterscheiden sich — siehe die im nächsten Jahr stattfindenden Sozialwahlen — das Auftreten der DGB-Versichertenvertreter und der Kassen- bzw. Unternehmensvertreter bei den Krankenkassen, Rentenversicherungsträgern usw. kaum voneinander — alle stehen ein für: Kostensenkung!

(Zur näheren Auseinandersetzung damit siehe: „RGO-Nachrichten“ 5/85 — Zur Diskussion um Mindesteinkommen)

Unsere Position muß sein:

1. Verteidigung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme
2. Rücknahme der bisher durchgeführten Kürzungen
3. Einbau von Mindestsicherungen in den einzelnen Zweigen der Sicherungssysteme.

Für die einzelnen Zweige der Sozialversicherung steht vor der Arbeitsgruppe „soziale Sicherungssysteme“ eine weiter ins einzelne gehende Darstellung und Auseinandersetzung sowohl mit den Unternehmerkonzepten wie mit in den Gewerkschaften vorhandenen Alternativvorstellungen — als Stichwort sei hier nur der „Maschinenbeitrag zur Rentenversicherung“ genannt.

Soziale Sicherung

Bruttosozialprodukt:	1984	1750000 Mrd. DM
Sozialbudget:	1984	550 000 Mrd. DM
=		31,4%
davon:		
372000 Mrd. DM Einkommensleistungen		
43000 Mrd. DM Barerstattungen		
108000 Mrd. DM Waren und Dienstleistungen		
II Finanzierung:		
Private	Staat	Unternehmen
1979: 26,1%	41,5%	31,6%
1984: 28%	40%	30,9%
III		
Aufteilung Sozialbudget auf Bereiche: 1983 — 533 000 Mrd. DM		
Rentenversicherung:	162 500 Mrd. DM	
Krankenversicherung:	101 300 Mrd. DM	
Unfallversicherung:	11 200 Mrd. DM	
Arbeitslosenversicherung:	39 500 Mrd. DM	
Entgeltfortzahlung:	23 000 Mrd. DM	
Kindergeld:	15 500 Mrd. DM	
Kriegsopfer:	14 000 Mrd. DM	
Sozialhilfe:	19 500 Mrd. DM	

Die Friedensarbeit der KPD

Das „Friedensjahr '86“ wird v.a. von folgenden Themen geprägt sein: Der für Herbst '86 von der Bundesregierung vorgesehenen Stationierung von Cruise Missiles im Hunsrück, der Weltraummilitarisierung im Rahmen von SDI und Eureka, der konventionellen Aufrüstung vor allem im Rahmen des Bundeswehrplans 95 und den bereits installierten Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II. In dieser Frage wird die Friedensbewegung sich auf den kompromißlosen Standpunkt des Abbaus aller bereits installierten Pershing II und nicht auf den des „Wegverhandelns“ stellen (müssen).

Im Friedenskampf wird sich die KPD von folgenden Grundsätzen

leiten lassen:

1. In der Friedensbewegung verläuft eine Trennungslinie zwischen den sogenannten Unilateralisten (die Vertreter einseitiger Abrüstung der BRD, unabhängig von entsprechenden Gegenleistungen der WVO) und den Vertretern sogenannter Vorleistungsabrüstungsschritte (vor allem SPD und DKP), die Abrüstungsschritte in der BRD lediglich als Signal an den Warschauer Vertrag sehen, seinerseits nachzuziehen und die sich Abrüstung nur als einen gegenseitig abhängigen Prozeß vorstellen können, der in einer „neuen europäischen Friedensordnung“ münden soll. Entsprechend großes Gewicht nehmen bei diesen Kräften die

Verhandlungen beider Weltmächte (Genf) ein.

Demgegenüber vertreten wir als Kommunisten in der BRD und Westberlin den Standpunkt radikaler Einseitigkeit. Nicht deshalb, weil wir nicht auch für die Abrüstung der Warschauer-Vertrags-Organisation (WVO) eintreten, sondern weil wir als Kommunistinnen und Kommunisten wissen, daß es am kapitalistischen Klassenstaat BRD für die Arbeiterklasse nichts zu verteidigen gibt. Friedenspolitisch muß sich die Partei deshalb vor allem entlang der Losung „Für einseitige Abrüstung und NATO-Austritt“ profilieren. In diesem Bemühen treffen wir uns mit christlichen Friedenskräften, die aus moralischem Antrieb für einseitige Abrüstung eintreten, und mit dem unabhängigen Spektrum, das im wesentlichen in der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF) organisiert ist.

2. Nach wie vor geht die KPD davon aus, daß für einen erfolgreichen Friedenskampf die Verbindung von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Aber nach wie vor merken wir, wie schwer sich vor allem die organisierte Arbeiterbewegung tut, auf diesem Kampffeld zu erscheinen und wie der DGB friedenspolitische Vorstellungen, die den nationalen Rahmen in Sachen Sicherheitspolitik sprengen (etwa Ablehnung der Bundeswehr, NATO-Mitgliedschaft, einseitige Abrüstung), blockiert.

Nichts desto trotz müssen wir uns bemühen, in der Friedensbewegung so zu arbeiten, daß ein Fortschritt in dieser Richtung möglich ist. Inhaltlicher Hauptansatzpunkt dürfte der Bundeswehrplan '85 sein, der die Verdoppelung des Anteils der Militärausgaben am Bundeshaushalt bis zum Jahr 2000 vorsieht. Im Rahmen der Haushaltsdiskussionen, auch innergewerkschaftlich, dürfte anhand dieses Themas die Problematik „Rüstung und Sozialabbau“ aufwerfbar sein.

3. Die Friedensbewegung ist — was ihre Mobilisierungs- und Politikfähigkeit und ihre organisatorische Verfaßtheit angeht — in einem desolaten Zustand. Der Bonner Koordinationsausschuß der

Friedensbewegung ist nur mehr Debatteclub. Unzählige Basisfriedensinitiativen haben sich nach der Niederlage bei Pershing II aufgelöst.

Falls es im Jahr '86 nicht gelingt, gegen die blockierenden Kräfte eine Großaktion der Friedensbewegung durchzusetzen, werden die wesentlichen gemeinsamen Strukturen der Friedensbewegung endgültig zerfallen und nur noch Richtungsorganisationen übrigbleiben.

Welche politischen Orientierungen und Aufgabenstellungen ergeben sich daraus für die KPD?

1. Die KPD wird sich (im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen oder eigenständig) an dem für Frühjahr '86 geplanten Kongreß „Frieden mit der NATO?“ beteiligen und ihn nach Kräften mitvorbereiten. Im Rahmen dieser Diskussionen vertreten wir den Standpunkt des NATO-Austritts der BRD, der mittlerweile in einigen Randbereichen der SPD (SPD-Bremen, BBU) und in Teilen der Grünen mehr Anhänger gefunden hat. Im Rahmen der Auseinandersetzung um die Rolle der WVO in diesem Zusammenhang, vertreten wir die Konzentration unseres Kampfes auf die NATO, aber auch, daß über die Aufweichung der Akzeptanz der NATO-Mitgliedschaft in der Bevölkerung nicht nachgedacht werden kann, ohne gleichzeitig die Militärpolitik und die internationale Rolle der WVO zu problematisieren. Möglichst viele Genossinnen und Genossen der KPD sollten an dem Kongreß teilnehmen, und die Partei sollte sich auch in die vorbereitende inhaltliche Debatte (Reader) einschalten.

Zum demokratisch-antifaschistischen Kampf

1. Nachdem die Bonner Rechtskoalition sich in der ersten Hälfte ihrer Legislaturperiode neben der „geistig moralischen Wende“ in Verfolgung ihrer „Haushaltskonsolidierungspolitik“ vor allem durch eine Politik der Umverteilung des

2. Im Vorfeld der Bundestagswahlen '87 setzen wir uns in den Organen der Friedensbewegung (soweit wir dort vertreten sind) für eine Großaktion gegen die Stationierung von Cruise Missiles im Hunsrück ein. Eine solche Großaktion muß gegen den erklärten Willen der Wenderegierung gerichtet sein, diese Systeme aufzustellen, aber gleichzeitig für eine mögliche SPD-Regierung ab '87 so hohe Hürden errichten, daß sie — ohne Gesichtverlust — von der Forderung nicht mehr runterkommt („Wahlprüfsteine“).

3. An dem Problem „Rüstung und Sozialabbau“ muß weitergearbeitet werden. Vom BUF (unabhängige Friedensbewegung) wird eine „Antikonventionalisierungskampagne“ (Kampagne gegen die konventionelle Aufrüstung) für '86 vorbereitet. Wir sollten in diesem Zusammenhang vor allem nach Verbindungslinien zum betrieblichen Kampf suchen. Eine Einbindung von IG-Metall-Arbeitskreisen „Rüstungskonversion“ (Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion) erscheint zumindest möglich.

4. Zur Weltraummilitarisierung: Neben einer punktuellen Unterstützung der Anti-SDI-Kampagne sollten wir uns vor allem der Themen annehmen, die von anderen (interessierten) Kreisen gern vernachlässigt werden: europäische Weltraumrüstung vermittelt Eureka. Dies zunächst publizistisch, vielleicht Aktionsansätze im Rahmen der Haushaltszuweisungen '87 für Eureka möglich.

Die Kräfte der KPD in der Friedensbewegung

Etwa ein dutzend Genossinnen und Genossen der KPD arbeiten in der Friedensbewegung. Der größte Teil in Basisfriedensinitiativen, nur wenige in örtlichen oder regionalen (Friedensplenen) oder bundesweiten Bündnissen (Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen, Anti-NATO-Kongreß).

Es wird 1986 darauf ankommen, die Kräfte der Organisation stark zu konzentrieren auf ihre Mitarbeit in überörtlichen Bündnissen, weil dort in der Regel „die Politik“ der Friedensbewegung festgelegt wird. Klinken wir uns hier nicht ein, haben wir in der Bewegung nur mehr eine Statistenrolle und können sie — im wesentlichen — nur kommentierend begleiten. Trotz einiger Schwierigkeiten halten wir das Engagement im BUF für besonders wichtig, weil die BUF der Bündniszusammenhang in der Friedensbewegung ist, der am eindeutigsten für einseitige Abrüstung eintritt und eine Anti-NATO-Orientierung besitzt.

Ein Problem für KPD-Vertreter in Bündnissen ist, daß sie in der Regel „wenig an den Hacken“ haben. Wir müssen es in Zukunft verstehen, mit unseren wenigen Kräften mehr themen- und aktionsmäßig gebündelt zu arbeiten. (Etwa Mitarbeit am Anti-NATO-Kongreß, gestützt auf örtliche Initiativen gegen die NATO u.ä.).

Das Forum für diese innerparteiliche Abstimmung unserer Arbeit muß die bundesweite Friedens-AG der KPD sein.

Fortsetzung auf Seite 19

ERSCHIENEN

Dokumente vom Sonderparteitag der KPD (November 1985)

Inhaltsverzeichnis

Programm der KPD (Entwurf)	2
Statut der KPD	10
Resolution der KPD über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei	13
Resolution über die Vereinigung mit der GIM (Gruppe Internationaler Marxisten)	15

Bestellungen an: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Fortsetzung von Seite 18

und darauf konzentrierte und so in Konfrontation mit den Gewerkschaften ging, waren die mit der Wende befürchteten Vorstöße einer Kahlschlagspolitik in Sachen Demokratie zunächst weniger gravierend bzw. dort, wo sie anvisiert waren, nicht so zügig durchsetzbar.

Allerdings zeichnet sich seit einiger Zeit bereits ab, daß nach der ungeheuren Umverteilungsaktion von über 200 Milliarden DM nun verschärfte Angriffe beim Abbau demokratischer Rechte, bei der reaktionären Formierung in anderen gesellschaftlichen Bereichen und Feldern zu bemerken und erwarten sind.

2. Mit der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, die Tabu-Haltung der Kapitalisten und ihrer Verbände und die klare und eindeutige Parteinahme der Regierungskoalition gegen die Gewerkschaften und ihren Kampf wurde die Phase direkter **Angriffe auf Arbeiterschutzrechte und zur Unterhöhnung der Gewerkschaftsfreiheit und -stärke** eingeläutet.

Diese Vorstöße sind nicht so spektakulär wie beispielsweise die CSU-Rohmaterialien von 1979/80, sie haben aber das gleiche Ziel, heute die Auszehrung, Schwächung, in Perspektive die Ausschaltung der Gewerkschaften als wichtigster Interessenorganisation der Arbeiterklasse zu bewerkstelligen.

Diesem Zweck diene das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz, jetzt der § 116 zur Auslöschung des Streikrechts, das Urteil, das Beamte zur Streikbrechertätigkeit im öffentlichen Dienst verpflichtet, das neue „Minderheitenschutzgesetz“ usw. Diese Angriffe auf die Arbeiterschutzrechte und Gewerkschaftshandlungsfähigkeit sind ein zentrales Glied in der Kette der reaktionären Formierung in diesem Lande heute und ihre Abwehr wichtiger und unerlässlicher Bestandteil des antifaschistisch-demokratischen Kampfes.

3. Mehr heimlich als öffentlich werden von der Bonner Regierung **andere Vorhaben zur Einschränkung der Demokratie** auf den Weg gebracht. Nachdem man zunächst mit dem Volkszählungsgesetz gescheitert war und auf einen sehr schnell entstandenen Widerstand Volk gestoßen war, die Amnestie der Parteispender nicht durchgeführt werden konnte, wurde es zunächst um weitere Gesetzesinitiativen leiser: Inzwischen wurde ein Kompromiß in der Verschärfung des Demonstrationsrechts beschlossen (Gewalttätigkeiten, Vermummung, aber nicht totale Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagraphen), die durch das Brokdorf-Urteil eine weitere Einschränkung erfahren hat. Auch verabschiedet ist die Perversion des „Gesetzes gegen die Auswütlung“.

Seit einigen Monaten werden zwischen den Koalitionsparteien ein Bündel von **Gesetzen zur besseren Überwachung und Kontrolle der Bürger** ausgehandelt: erstmals ein Gesetz für den Militärischen Abschirmdienst (MAD), ein „Zusammenarbeitengesetz“ für die verschiedenen Sicherheitsbehörden, ein Paßgesetz und ein Gesetz für den BND, daneben die Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes, des Personalausweisgesetzes (maschinenlesbarer Personalausweis) und ein Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz (auf Länderebene). Hauptkennzeichen dieser Gesetzesvorhaben ist die Erweiterung des polizeilichen Aufgabenbereichs auf die „Vorsorge zur Gefahrenab-

wehr“ und die Verbesserung der Zusammenarbeit verschiedener Sicherheitsbehörden, engere Verkopplung aller Dienst vom BKA bis zum Zoll. Dazu kommt das Volkszählungsgesetz in zweiter Auflage Anfang 1987, gegen das sich erneut breiter Widerstand entwickeln kann.

Die **Berufsverbotspraxis** wird von den Unionsparteien weitergeführt oder gar verschärft. Ein schon weitgehendes Vorhaben ist das **neue Zivilschutzgesetz**, das der zivilmilitärischen Aufrüstung für den Notstands- und Kriegsfall dient.

4. Ein weiterer Komplex der reaktionären Formierung ist die **Ausländerpolitik**: Hier ist es bisher der Regierungskoalition nicht gelungen, eine Einheit und die Durchsetzung für das neue Ausländergesetz zu finden. Vom Tisch ist dieses Vorhaben nicht, einzelne Abschnitte sind allerdings auf breiten Widerstand sogar in den Reihen der Koalitionspartner (Zuzug 6 Jahre) gestoßen. Allerdings war die Ankündigung einer restriktiven Ausländerpolitik, angeblich zum Schutze der Ausländer, zur Vorbeugung von Ausländerfeindlichkeit, nicht ohne Erfolg. Hunderttausende haben die Bundesrepublik erzwungenermaßen „freiwillig“ verlassen, über die Förderung der Rückkehrbereitschaft, auch über die betriebliche Ebene und über das schlechte Klima, das die Ausländer zu spüren bekommen. Besonders angezogen worden ist die Asylpolitik. In diesem Kampf um die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung unserer ausländischen Mitbürger ist Widerstand auf folgenden Gebieten und Kampffeldern angesagt:

- Kommunales Wahlrecht — Niederlassungsrecht — ran-Kampagne — Asylrecht.

Kampfziele, die sich angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl auch die bundesweite Initiative Frankfurter Appell gesetzt hat und die auch deshalb unsere weitere Unterstützung und Förderung finden sollte. Unser Ziel ist die automatische doppelte Staatsbürgerschaft für alle ausländischen Mitbürger in der BRD.

5. Komplex — **Verbot faschistischer Organisationen**

Hier haben sich durch die Initiativen in NRW, die die SPD aufgegriffen und in den Landtag eingebracht hat, die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf um das Verbot der FAP, als neues Sammelbecken der Kühnen-Anhänger der verbotenen ANS, verbessert. Neben den außerparlamentarischen Initiativen ist unbedingt auch der parlamentarischen Initiative seitens der SPD Unterstützung zu geben. Das Verbot der FAP als faschistischer Partei durch das BVG bzw. der Kampf darum, verbessert auch die Bedingungen für das Verbot bzw. die Auflösung anderer faschistischer Organisationen, insbesondere auch der NPD, und wäre eine Niederlage für die Reaktion insgesamt. Das Verbot der NPD ist durch die Frankfurter Ereignisse und den Tod von Günter Saré noch dringlicher vor Augen gerückt worden. Der Kampf

dafür hat durch das Urteil des Frankfurter Verwaltungsgerichts vom 14. November 85 — Hinweis auf Artikel 139 GG (Gültigkeit und Anwendbarkeit der Befreiungsgesetze der Alliierten auf die NPD — weil wiederbelebend nationalsozialistische Bestrebungen) neue juristische Schützenhilfe bekommen.

6. Im antifaschistisch-demokratischen Kampf hat die Partei bislang viel Hoffnung auf die politisch-organisierende Kraft der **Volksfront** gesetzt. Nach der beim letzten Volksfront-Kongreß sichtbar gewordenen Orientierung der Volksfront derzeit, sind diesen in bezug auf die uns wichtigen Aspekte des antifaschistisch-demokratischen Kampfes geringer geworden: Abwehr der Angriffe auf die Arbeiterrechte, Anknüpfen an gute politische Initiativen wie ran-Kampagne oder FAP-Verbot in NRW und Präsentation und Profilierung der Volksfront als im eigentlichen Sinne antifaschistischer Massorganisation und weniger als parteiähnlicher anti-reaktionär-antikapitalistischer Bündnisorganisation revolutionärer Sozialisten. Das Bemühen um eine solche Orientierung und Initiativen in diesem Sinne sind weiter angebracht.

Stärker in den Mittelpunkt gerückt und von Interesse sind in letzter Zeit örtliche und regionale Aktionsbündnisse bzw. Initiativen wie **antifaschistische Gebietskonferenzen**, — Foren usw., auch solche zur Abwehr von Angriffen auf Arbeiterschutz- und Gewerkschaftsrechte. Dieser Entwicklung sollten wir große Aufmerksamkeit schenken.

7. Für unseren Kampf gegen reaktionäre Entwicklungen und faschistische Tendenzen und Gefahr ist nach wie vor wichtig, den Zusammenhang all dieser reaktionären Manöver der rechten Kräfte der Herrschenden in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu sehen, die bei Gefahr in schärferer Krisensituation auch den reaktionärsten Ausweg in einem offen diktatorischen Regime ins Kalkül ziehen und Weichen dafür heute stellen. Dieser **Prozeß von Faschisierung** ist sicher nüchtern und vorsichtig einzuschätzen, (an verstärkten Diskussionen sollten wir auch teilnehmen), aber dieser politische Formierungsprozeß ist hinter den reaktionären Maßnahmen und faschistischen Tendenzen zu sehen und sichtbar zu machen und eine möglichst breite antifaschistisch-demokratische Kampffront gegen die Strategen der Reaktion von schwarz bis braun schmieden zu helfen.

Dabei muß sich unsere Partei von ihren Kräften und Aktionsmöglichkeiten her sicher grundsätzlich und jeweils aktuell beschränken und konzentrieren auf bestimmte Kampffelder: Für Arbeiterschutzrechte und Gewerkschaftsfreiheit, für die politische Gleichstellung unserer ausländischen Mitbürger, für das Verbot der Faschisten und gegen den Auf- und Ausbau des Polizei- und Überwachungsapparates bzw. -staates, Notstandsvorbereitungen, für neue Wege und Formen direkter Demokratie, der Einbeziehung der Bürger in die gesellschaftspolitische Entscheidung.

Frauenpolitik

Ansatzpunkte für praktische Frauenpolitik liegen 1986 in folgenden Bereichen:

8. März

Immer noch sind 8. März-Veranstaltungen/Demonstrationen von Zersplitterung der Frauen gekennzeichnet. Gewerkschaftsfrauen, ASF, Autonome Frauengruppen, DFI/DKP bestreiten ihr Programm häufig getrennt voneinander. Bisher hat es nur wenige Ausnahmen

gemeinsamer Bündnisse gegeben. Neben der Unterstützung für ein gemeinsames Vorgehen steht für uns das Bestreben mit den Forderungen der Frauen zum 8. März aus den Sälen heraus auf die Straße und vor die Betriebe zu gehen, um so dem 8. März als Frauenkampftag mehr Gewicht zu geben. In den Gewerkschaften muß für eine breitere Mobilisierung zum 8. März gekämpft werden.

Muttertagsaktion

Diesem bisher einzigen bundesweiten Zusammenschluß von Gewerkschafts-, Partei-, kirchlichen und autonomen Frauen, haben wir bisher — besonders in der konkreten Vorbereitungsphase — zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Es sollte eine Genossin der Partei gefunden werden, die kontinuierlich die Vorbereitungstreffen wahrnimmt, daß wir mit unserer Position vertreten sind und nicht nur zur Demo bzw. anderen Aktivitäten aufrufen und dann in Erscheinung treten, wobei die konkreten Muttertagsaktionen auch größerer personeller — auch männlicher — Unterstützung durch die Partei bedürfen.

§ 218

Immer wieder gibt es Versuche, den § 218 in der heutigen Form — vor allem Abschaffung der sozialen Indikation — zu verschärfen. Daneben gibt es die kontroverse Diskussion um Anträge auf Abschaffung des § 218 in den Gewerkschaften, die immer mehr von Erfolgen der antragstellenden Frauen geprägt wird. Unbedingt notwendig ist die Verabschiedung solcher Anträge auf Gewerkschaftstagen der Einzelgewerkschaften und auf sämtlichen Ebenen des DGB. Des weiteren die Unterstützung aller Bestrebungen der Frauenbewegung zur Abschaffung des § 218 und Verhin-

derung einer Verschärfung des bestehenden Paragraphen.

Bundestagswahlen

Im Rahmen der Diskussion des Eingreifens unserer Partei sollten wir auch entscheiden, wie wir die Forderung „mehr Frauen in die Parlamente“ (Grüne und ASF-Frauen) unterstützen bzw. aufgreifen können.

Betriebsratswahlen

Mehr Frauen in die Betriebsräte — diese Forderung muß von unseren Betriebsgenossen und -innen bedingungslos als bisher aufgegriffen und unterstützt werden.

Erziehungsgeld

Bisher hat diese Änderung der Gesetzgebung kaum Widerstand seitens der Gewerkschaften oder der autonomen Frauenbewegung hervorgebracht. Es ist aber durchaus möglich, daß die Auswirkungen im Laufe des Jahres 1986 deutlicher spürbar werden und dadurch an Aktualität gewinnen.

Innerparteiliche Frauenpolitik

Weitere Diskussion und Ausarbeitung der bisher andiskutierten Themen und Thesen zu den Punkten:

- Verhältnis Produktion und Reproduktion im Kapitalismus
- Entwicklung der Unterdrückung der Frauen in Klassengesellschaften
- Rolle der Familie und der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft.

Jugendpolitik

Die KJD befindet sich gegenwärtig in der Phase eines Umbruchs. Mit der Vorbereitung des IV. Kongresses (Juni '85) begann eine breitere Debatte über ein neues Selbstverständnis revolutionär sozialistischer Jugendarbeit. Im Kern geht es dabei darum, die Jugendfrage nicht in erster Linie als eine Frage der Nachwuchsrekrutierung für die Partei zu stellen, sondern die politische Fähigkeit zu entwickeln, in Radikalisierungsprozesse innerhalb der Jugend, insbesondere der Arbeiterjugend, hineinzuwirken, sie im kommunistischen Sinne zu orientieren.

Die KPD hat in der Vergangenheit immer betont, daß Jugendpolitik nicht „klassenneutral“, sondern ausgehend vom Klassenwiderspruch entwickelt werden muß (Arbeiterjugend Teil der Arbeiterklasse — Jung und Alt, eine Klasse, eine Kampffront). Das ist in der grundsätzlichen politischen Orientierung richtig.

Den Widerspruch zwischen Jung und Alt, der ja nur in der Nebenseite ein Widerspruch zwischen Jugendlichen und Eltern ist, haben wir entweder als bürgerliche Ideologie abgetan oder nur als Nebenwiderspruch anerkannt. Tatsächlich entzündeten sich aber an diesem Widerspruch viele Jugendproteste, ist die Lage der Jugend auch heute noch dadurch geprägt, daß ihr weniger Rechte, oft keine Einflußmöglichkeiten zugestanden werden, weil sie jung und damit im offiziellen Sprachgebrauch „unmündig“ sind. In der grundsätzlichen politisch-theoretischen Debatte geht es also darum, beide Widersprüche — Klassenwiderspruch, Widerspruch zwischen Jung und Alt — als gleichgewichtig für die Entwicklung kommunistischer Jugendpolitik zu betrachten.

Dabei ist es notwendig, diese grundsätzliche Diskussion in einen konkreten Bezug zur realen Lage, insbesondere den Veränderungen und Entwicklungen, zu stellen. Hier gibt es gegenwärtig noch ein „Vakuum“ — weil wir uns in der Vergangenheit nur oberflächlich damit beschäftigt haben —, daß auch durch die von der KJD erarbeiteten Materialien nur ansatzweise gedeckt wird.

Der im Februar 1986 stattfindende KJD-Sonderkongreß wird erste Schlußfolgerungen aus dieser Diskussion ziehen. Die KJD wird sich nicht mehr als Jugendverband (Nachwuchsorganisation) der KPD verstehen, sondern ihre Aufgabe darin sehen, einen unabhängigen, revolutionär-sozialistischen Jugendverband aufzubauen. Eine solche Organisation — die wir heute weniger im Sinne „klassischer Jugendverbände“, mehr im Sinne einer „Sammlungsbewegung“/Dachorganisation selbständiger Gruppen, charakterisieren — kann nur entlang der Radikalisierungsprozesse und Kämpfe, die sich insbesondere in der Arbeiterjugend vollziehen, aufgebaut werden. Die KJD-Gruppen verkörpern heute nicht mehr als einen bewußten Ansatz zur Schaffung dieser Organisation. Auch eine mögliche Vereinigung mit der RSJ-Roter Maulwurf würde daran grundsätzlich noch nichts ändern.

Die jugendpolitische Diskussion der KPD hinkt gegenwärtig dieser Debatte in der KJD noch hinterher. Aufgrund der umfangreichen Diskussionen zur Vorbereitung des Sonderparteitages war es nicht möglich, einen besseren Einklang zu schaffen. Die ersten Monate des Jahres 86 sollten deshalb genutzt werden, um dieses Defizit aufzuholen, so daß die KPD zukünftig einen wesentlichen Eckpfeiler ihrer Jugendpolitik darin sieht, die Bestrebungen zum Aufbau eines unabhängigen revolutionär-sozialistischen Jugendverbandes tatkräftig zu unterstützen. Das bedeutet für die Parteileitungen und Grundeinheiten der KPD, sich neben der politisch-theoretischen Diskussion, auch mit den politischen Aufgaben auseinanderzusetzen, die der KJD-Sonderkongreß für 1986 beschließen wird. (Ein denkbarer Schwerpunkt könnte ein jugendpolitisches Eingreifen in den Bundestagswahlkampf sein). Die erfolgreiche Umsetzung der praktischen Aufgaben '86, wie generell Fortschritte beim Aufbau eines unabhängigen Jugendverbandes, hängen in starkem Umfang davon ab, wie weit die KPD ihre Unterstützung für ein solches „Projekt“ von Worten in Taten umsetzt.

Dezember 1986

WENDE

Zeitung gegen
Arbeitnehmer
ABHÄNGIG · PARTEILICHZehntausende demonstrieren:
Auch die Sozialhilfe will Bonn jetzt
noch streichen. Die Bosse jubeln.

Diese Seite ist ein Teil der Rückseite eines vierseitigen Flugblattes der IG-Metall-Bezirksleitung Hamburg. Unter der Überschrift „Heute Satire — morgen Wirklichkeit“ beschreibt die „WENDE-Zeitung gegen Arbeitnehmer“ wie sich die Zustände im nächsten Jahr verändern

könnten, wenn, ja wenn wir das nicht verhindern. Die schönen kleinen Artikel und die beiden Anzeigen sind natürlich auch gute Druckvorlagen für Betriebszeitungen und Flugblätter im Kampf für das Streikrecht. Viel Spaß beim Lesen.

Bonn zum Metaller-Streik: „Neutralität der Sozialhilfe gefährdet“

Arbeiter plündern Sozialamt

Das hat es in Norddeutschland noch nie gegeben: Von Flensburg bis Emden stürmen Arbeiter und Angestellte die Sozialämter. Zahlreiche Kommunen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein und die Städte Bremen und Hamburg sind kurz vor der Pleite.

Grund: Als vor vier Wochen in Süddeutschland 40 000 Metaller

im Maschinenbau in den Streik getreten waren, hatten die Unternehmer dort mehr als 150 000 ausgesperrt. Gleichzeitig wurden in anderen Tarifgebieten über 500 000 Arbeitnehmer nach Hause geschickt, weil angeblich wegen des Arbeitskampfes nicht mehr weiterproduziert werden konnte. Nachdem die Regierung den § 116 AFG

geändert hat, haben die Betroffenen keinen Anspruch mehr auf Kurzarbeitergeld und müssen zum Sozialamt. Jetzt haben die FDP und 130 Abgeordnete von CDU und CSU einen Gesetzentwurf vorgelegt um auch die Sozialhilfe in Zukunft zu verhindern. „Es geht um die Neutralität der Sozialämter“, hieß es dazu gestern in Bonn.

Das meinen unsere Spitzen-Politiker:



Arbeits- und Sozialminister Norbert Blum (CDU): „Also ich verstehe nicht, warum die Gewerkschaften schon wieder gegen alles sind. Natürlich müssen die Sozialämter bei Arbeitskämpfen neutral sein. Aber ich sag immer: Laßt uns doch erst einmal zusammensetzen und über alles vernünftig reden. Nix wird so heiß gegessen wie's gekocht wird. Aber die METALL-Zeitung ist natürlich wieder dagegen. Also wenn das 'ne Zeitung für Arbeitnehmer ist, dann ist der Playboy das Mitteilungsblatt des Heiligen Stuhls, sag' ich. Hi Hi, He He, Ho Ho.“



Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU): „Ich kann das Gejammer nicht mehr hören. Die Sache ist ganz einfach: Wenn nicht gestreikt wird, dann gibt es auch kein Problem. Was soll überhaupt das Streikrecht? Im letzten Jahr habe ich meinen Freund General Alfredo Stroessner in Paraguay besucht. Da herrscht Ruhe und Ordnung und gestreikt wird nicht. Und wenn, dann wird nicht erst lange gefackelt. Für die Wirtschaft ist das so am besten. Wie man damit umgehen kann, sieht man ja auch bei unseren Freunden in Südafrika.“



Otto Graf Lambsdorff (FDP), nach seiner Begnadigung wieder Wirtschaftssprecher der FDP: „Der Gesetzgeber muß noch vor den nächsten Wahlen (1987) handeln, um die Neutralität der Sozialämter bei Arbeitskämpfen wiederherzustellen. Die Sozialämter sind schließlich für alle da und dürfen nicht zur Streikkasse der Gewerkschaft werden. Außerdem müssen wir dem Anspruchsdenken einen Riegel vorschieben. Wir werden noch in diesem Jahr eine Gesetzesinitiative einbringen, gemeinsam mit CDU-Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung.“

Hannelore und Helmut
Kohl: Lieber Bauer.

Kohl gesteht: „Ich wäre lieber Bauer“

Kein Witz, sondern wirklich wahr: Bundeskanzler Helmut Kohl möchte lieber Bauer sein. In einem von der „Morgenpost“ am 14. November 1985 veröffentlichten Interview gestand der Kanzler: „Meine heimliche Liebe gilt der Landwirtschaft. Ich wäre ja immer gern Landwirt geworden, das hat mich immer fasziniert und tut es auch heute noch.“ Allerdings, ergänzte Kohl, hätte seine Familie große Bedenken gegen seinen Wunschtraum. Ehefrau Hannelore, so war zu hören, fürchtet vom Fleisch zu fallen, falls ihr Gatte die Landwirtschaft mit gleicher Entschlossenheit und Energie anpackt, wie die Regierungsgeschäfte.

Warteschlangen
in ganz Nord-
deutschland.
Statt Kurzar-
beitergeld müs-
sen die kalt
Ausgesperrten
jetzt Sozial-
hilfe beantra-
gen. „Es reicht
nicht einmal
für die Miete“,
sagt ein Wert-
arbeiter.

Arbeitgeberpräsident Esser:

„Gesetz ändern!“

Arbeitgeberpräsident Otto Esser hat Arbeitsminister Norbert Blum über die Vorstellungen der Arbeitgeber zur Neutralitätspflicht der Sozialämter informiert.

„Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie die Chancengleichheit zwischen den Tarifpartnern wiederherstellt“, sagte Esser nach dem Gespräch. „Es kann nicht angehen, daß die Sozialämter als Streikkasse der IG Metall mißbraucht werden. Wir erwarten eine Gesetzesänderung, damit in Zukunft in solchen Fällen keine Sozialhilfe mehr gezahlt wird.“



Arbeitsminister Blum (rechts) läßt sich von Otto Esser die Vorstellungen der Arbeitgeber erklären. „Neutralität muß sein“, sagte Blum danach. „Das ist nur gerecht.“

Regierung optimistisch:
Bald weniger
Arbeitslose!

Auch 1986 ist es der Regierung wieder gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verlangsamen. „Wenn der positive Trend sich fortsetzt, gibt es bald auch weniger Arbeitslose“, erklärte Regierungssprecher Ost. Voraussetzung dafür sei aber Kohls Wiederwahl 1987.

Grüne Lüge entlarvt:
Wald ist gar
nicht kaputt

Das Innenministerium hat bewiesen, daß unser Wald gar nicht kaputt ist. „In vielen Gebieten gibt es heute überhaupt keinen Wald mehr“, erklärte ein Sprecher. „Und wo nichts mehr ist, kann auch nichts kaputtgehen. Das Waldsterben ist eine Lüge der Grünen.“

AN DIE INDUSTRIE:

JETZT GEHT'S ERST
RICHTIG LOS!

Wir haben viel getan für Wirtschaft und Industrie:

- Kündigungen erleichtert. Befristung von Arbeitsverträgen ausgeweitet. Jugendarbeitsschutzgesetz gelockert. Sozialplanpflicht eingeschränkt. Kündigungsschutz für Schwerbehinderte abgebaut. Stabile Erwerbslosen-Zahlen schützen Sie vor überhöhten Forderungen Ihres Human-Kapitals.
- Gleichzeitig: Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten. Senkung von Vermögens- und Gewerbesteuern. Damit steht die Bundesrepublik einmalig in der Welt da. Sie merken es an Ihren explodierenden Gewinnen und den vielen Extras Ihrer privaten Lebensführung. Bitte sehr!
- Sie sehen: Wir sind für Sie da. Wir sind ganz auf Ihrer Seite. Unsere Bitte an die Industrie deckt sich mit Ihren Interessen: Helfen Sie uns — wie 1983 — auch die nächste Wahl zu bestehen, und wir garantieren Ihnen: Dann geht's erst richtig los.



Der Bundesminister für Wirtschaft

ANZEIGE

Ihre Bank informiert:

Liebe Kunden!

Anfang 1986 hat die Bundesregierung den § 116 AFG geändert. Das bedeutet, daß jetzt in keinem Fall mehr Kurzarbeitergeld gezahlt werden darf, wenn Sie, lieber Kunde, infolge von Streiks oder Aussperrungen in anderen Tarifgebieten, vorübergehend nicht beschäftigt werden. Dazu reicht es, wenn Ihr Arbeitgeber behauptet aus derartigen Gründen die Produktion einschränken zu müssen. Er ist nicht verpflichtet, dafür den Nachweis zu erbringen.

Sie werden verstehen, lieber Kunde, daß wir Ihnen bei dieser neuen Rechtslage vorsorglich Ihren Überziehungskredit kündigen müssen, falls irgendwo in der Bundesrepublik in irgendeiner Branche Streiks oder Aussperrungen stattfinden. Da Sie Arbeitnehmer sind und jederzeit von dem geänderten Gesetz betroffen und mittellos werden können, nehmen wir Daueraufträge (Miete, Strom, Gas, usw.) nur noch unter Vorbehalt an.

Sichern Sie Ihre Familie:

Sorgen Sie vor und sichern Sie Ihrer Familie die Zukunft. Bedenken Sie: Wenn Ihr Arbeitgeber Sie morgen nach Hause schickt, weil irgendwo ausgesperrt oder gestreikt wird, dann bekommen Sie — nach der Änderung des § 116 AFG — keinen Pfennig Kurzarbeitergeld.

Und die Sozialhilfe reicht doch hinten und vorn nicht: Miete, Raten für's Auto, Urlaub, usw. Das könnten Sie sich nicht mehr leisten. Sie würden vielleicht Wohnung, Möbel, Auto und alles andere verlieren und dazu noch haufenweise Schulden haben. Welche Zukunft könnten Sie dann noch Ihren Kindern bieten?

Unser Angebot: Versichern Sie sich dagegen durch die neue „Arbeitnehmer-Risiko-Versicherung“. Unsere Tochtergesellschaft, die Güterlings-Versicherungs-AG, berät Sie gern.

Denken Sie immer daran: Wir haben die Gesetzes-Änderung nicht gemacht und Sie haben sie nicht verhindert.

Herzlichst Ihr
Werner Leiser-Kies
(DB-Vorstandsvorsitzender)

Dreiste Bank

4630 Bochum, Kontaktadresse
Jochen Beyer, Josefstr. 1104600 Dortmund (Brackel), Kon-
taktadresse: Helmut Weiss,
Am Westheck 109 a, Tel.:
(0231) 209314100 Duisburg 12, Kontakt-
adresse: D. Feldmann, Metzger
Str. 24, Tel.: (0203) 4430144000 Düsseldorf (Eller), Kon-
taktmöglichkeiten zur KPD:
Antifaz, Antifaschistisches
Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet:
Sa 10 - 12 Uhr2000 Hamburg 6, Thälmann-
Buchhandlung, Margarethen-
str. 58, Tel.: (040) 430709, ge-
öffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.3000 Hannover 91, Kontakt-
adresse südliches Niedersach-
sen: Wolf-Jürgen Herzog,
Ossieltzky-Ring 29, Tel.: (0511)
466529Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

7100 Heilbronn, Kontaktadres-
se: F.-H. Stockmar, Eisen-
bahnstr. 3/12300 Kiel 1, KPD, Rendsburger
Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110,
geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr5090 Leverkusen 3, Kontakt-
adresse: A. Brand, Kantstr. 20,
Tel.: (02171) 413186700 Ludwigshafen, Kontakt-
möglichkeit zur KPD Rhein-
land-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr.
21, Tel.: (0621) 6993827000 Stuttgart 1, Parteibüro der
KPD, Haußmannstr. 107, Tel.:
(0711) 2624388, geöffnet Mo u.
Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 -
18.30 UhrKPD Saar: 6685 Heiligenwald,
Kontaktadresse: E. Bittner,
Waldwiesstr. 13Sektion Westberlin: 1000 Berlin
44 (Neukölln), Parteibüro der
KPD, Mainzer Str. 18, Tel.:
(030) 6228474